

**“EU UND NATO-OSTERWEITERUNG
POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND GESELLSCHAFTSPOLITISCHE KONSEQUENZEN
FÜR DEUTSCHLAND, POLEN UND TSCHECHIEN”**

KLAUS-HEINRICH STANDKE (HRSG.)

**BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG
UND INTERNATIONALE AKADEMIE SCHLOß BARUTH
INTERNATIONALES SYMPOSIUM
POTSDAM. 16-18 APRIL 1998
DOKUMENTATION, BERLIN, 1998**

Inhaltsverzeichnis:

Vorwort

Klaus-Heinrich Standke

Präsident der Internationalen Akademie Schloß Baruth

Grußwort

Manfred Stolpe,

Ministerpräsident des Landes Brandenburg

Begrüßung

Arved Kandler,

Leiter der Außenstelle Berlin, Bundeszentrale für politische Bildung

Begrüßung

Antje von Meer,

in Vertretung von Herrn Klaus Groth,

Geschäftsführender Gesellschafter, Groth + Graalfs GmbH, Berlin

Eröffnungsansprache und Einführung

Klaus- Heinrich Standke,

Direktor a.d. bei den Vereinten Nationen und bei der UNESCO

Präsident der Internationalen Akademie Schloß Baruth

I. Die politische Dimension

Einführungsreferat:

Christoph Frhr. von Marschall, Der Tagesspiegel, Berlin

Statement:

Boris Lazar, Gesandter und Leiter der Außenstelle Berlin

der Botschaft der Tschechischen Republik

Statement:
Jerzy Marganski, Gesandter und Leiter der Außenstelle Berlin
der Botschaft der Republik Polen

Statement:
Albrecht Conze, Legationsrat, Auswärtiges Amt, Bonn

DISKUSSION ZUM TEIL I 18

II. Die sicherheitspolitische Dimension

Einführungsreferat:
Wolfgang Harms, ehemaliges Mitglied des Geschäftsführenden Präsidiums
der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik 20

Statement:
Werner von Scheven, General a. D., Geltow/Potsdam
20

Statement:
Holm Eggers, Vorsitzender der Landesgruppe Niedersachsen und Regionalbeauftragter
für die
Republik Polen des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V.
Hannover 24

DISKUSSION ZUM TEIL II 25

Gastredner: General Hans-Peter von Kirchbach,
Generalleutnant, Kommandierender General, IV. Korps, Potsdam 30

III. Die wirtschaftliche Dimension

Einführungsreferat:
Manfred Busche, Vorsitzender der Geschäftsführung, Messe Berlin GmbH
und Vorsitzender des Ost-und Mitteleuropavereins, Berlin/ Hamburg
34

Statement:
Václav Lavicka, Leiter der Wirtschaftsredaktion, DNES Mlada Fronta:
Die Erwartungshaltung der tschechischen Wirtschaft 37

Statement:
Winfried A. Häusle, Ministerialrat, Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn / Berlin:
Die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland, Polen und
Tschechien 37

Statement:
Heinrich Machowski, Kooperationsbüro Osteuropa-Forschung im Deutschen

Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin:
Das Abenteuer EU-Osterweiterung nach Amsterdam und Luxemburg
38

Statement:
Wolfgang Schaaf, Geschäftsführer der Treuhand Osteuropa Beratungsgesellschaft mbH,
Berlin:
Vergleich der Privatisierungskonzepte in Ostdeutschland, Polen und Tschechien
40

IV. Erfahrungen aus der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit
Einführungsreferat:
Jürgen Kloß, Dipl.-Ing. oec. Oberbürgermeister der Stadt Zittau:
Grenznahe Erfahrungen auf kommunaler Ebene im Dreieck Deutschland-Polen-
Tschechien 42

Statement:
Helmut Moelle, Vorstandsvorsitzender, Euroregion Spree-Neiße-Bober e.V., Guben:
Erfahrungen bei der Lösung von Problemen beim grenzüberschreitenden Verkehr
zwischen Deutschland-Polen-Tschechien
44

Statement:
Reinhard Klein, Vorstand, Deutsch-Polnische Wirtschaftsförderungsgesellschaft AG,
Gorzow:
Grenznahe dauerhafte wirtschaftliche Zusammenarbeit im Vorfeld des EU-Beitritts Polens
45

DISKUSSION ZU DEN TEILEN III UND IV 47

V. Die gesellschaftspolitische und kulturelle Dimension

Einführungsreferat:
Gabriele Muschter, Vorsitzende des Stiftungsrates der Kulturstiftung Haus Europa
49

Statement:
Dietger Pforte, Freie Universität Berlin, Geschäftsführer, Kulturfonds GmbH:
Gemeinsame Kultur und Kulturpolitik in Polen, Tschechien und Deutschland
51

Statement:
Berthold Ettrich, Direktor, Fürst-Pückler-Museum, Cottbus:
Überlegungen zur Erhaltung und Zusammenführung eines europäischen
Gartenkunstwerkes
in einer historisch bestimmten Kulturlandschaft
53

DISKUSSION ZUM TEIL V

54

VI. Sensible Themen bei der NATO- und EU-Erweiterung: Hoffnungen und Ängste:

Einführungsreferat:

Hanns-Dieter Jacobsen, Studienforum Berlin und Freie Universität Berlin

57

Statement:

Ludmilla Rakusanova, Radio Free Europe, Deutsch-Tschechisches Diskussionsforum, Prag 60

Statement:

Rolf Seutemann, Vizepräsident, Landesarbeitsamt Berlin-Brandenburg, Berlin

62

Statement:

Wolf Burkhard Wenkel, Hauptgeschäftsführer der Fachgemeinschaft Bau Berlin-Brandenburg e. V., Berlin

65

DISKUSSION ZUM TEIL VI

67

VII. Die Agenda 2000 der Europäischen Kommission

Einführungsreferat:

Eckart D. Stratenschulte, Leiter, Europäische Akademie, Berlin

70

Statement:

Bernd Kunzmann, Leiter, Außenstelle Berlin des Europäischen Parlaments

71

Statement:

Pavel Cernoch, Vertretung der Europäischen Kommission, Prag

72

Statement:

Orlof Zimmermann, Vorsitzender Europa-Union, Düsseldorf

74

DISKUSSION ZUM TEIL VII

74

VIII. Ausblick

Einführung:

Christoph von Marschall, Der Tagesspiegel, Berlin
76

Statement:
Frantisek Cerný Botschafter der Tschechischen Republik
in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn
77

Statement:
Jerzy Holzer, Direktor, Institut für politische Wissenschaften,
Akademie der Wissenschaften, Warschau
78

DISKUSSION ZUM TEIL VIII 79

IX. Zusammenfassung der Tagungsergebnisse 83

Klaus-Heinrich Standke,
Präsident der Internationalen Akademie Schloß Baruth

X. Alphabetische Auflistung der Referenten, der Teilnehmer und Ehrengäste
94

Vorwort
Klaus- Heinrich Standke
Präsident der Internationalen Akademie Schloß Baruth

Genau zwei Wochen vor der Eröffnung dieses Symposiums, am 31. März 1998, haben die offiziellen Beitrittsverhandlungen mit der ersten Runde von Beitrittskandidaten aus den Mittel- und Osteuropa (Polen, Tschechien, Ungarn, Slowenien, Estland) sowie Zypern auf Empfehlung der Europäischen Kommission begonnen.

Die hier vorgelegte Dokumentation eines gemeinsam von der Außenstelle Berlin der Bundeszentrale für politische Bildung und der Internationalen Akademie Schloß Baruth durchgeführten Symposiums befaßt sich mit allen Facetten sowohl der EU-Osterweiterung als auch der NATO-Osterweiterung am Beispiel dreier Länder, welche gemeinsame Grenzen und eine oft leidvolle gemeinsame Geschichte verbindet: Deutschland, Polen und Tschechien.

Mitte Mai 1998 wurde - wiederum in dem schönen Rahmen der Villa Kampffmeyer und wiederum in Kooperation mit der Bundeszentrale - zusammen mit dem Komitee zur Förderung des Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrages e.V., ein anderes ‚Dreiecksverhältnis‘ behandelt, nämlich das sog. ‚Weimarer Dreieck‘.
Es ist uns wichtig, daß die Bundeszentrale für politische Bildung ausdrücklich diese grenzüberschreitenden Diskussionen zur Vorbereitung auf das neue größere Europa unterstützt. Die deutsche Bevölkerung ist genau so wie die Bevölkerungen der anderen beteiligten Länder zunehmend überfordert mit dem vielen Neuen, das auf sie einströmt:

Die Wiedervereinigung Deutschlands ist auch nach fast acht Jahren weder psychologisch, ‚mental‘ wie man heute sagt, noch sozial oder wirtschaftlich ‚verkräftet‘. Als Beitrag zur ‚Europawoche 1998‘ haben wir daher am 8. Mai 1998 im Jean-Monnet-Haus in Berlin ein Kolloquium veranstaltet mit dem Titel "Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Erfahrungen aus dem deutschen Vereinigungsprozeß für die Integration Mittel- und Osteuropas in die Europäische Union". Es ist dies ein Thema, welches einen der Schwerpunkte unserer künftigen Arbeit bilden soll.

Die Entscheidung über die Einführung des ‚Euro‘ ist im wesentlichen gefallen und trifft auf eine wachsende Akzeptanz in der Bevölkerung. Einerseits wird sie zu einer noch schnelleren Wirtschaftsverflechtung der beteiligten Länder führen; andererseits ist nicht zu verhehlen, daß die Einführung des ‚Euro‘ mit dem fast zeitgleich einsetzenden Prozeß der EU-Osterweiterung als Ergebnis die Gefahr zu einer neuen Stückelung Europas in sich birgt und zwar zu einer ‚Vierteilung‘:

1. Diejenigen 11 der gegenwärtigen EU-15, die die Euro-Kriterien erfüllen (werden sie das ‚Kern-Europa‘ bilden, von dem seinerzeit das ‚Schäuble-Lamers‘-Papier sprach?),
2. Diejenigen 4 der gegenwärtigen EU-15, die - wie Großbritannien und Schweden - zumindest einstweilen der Euro-Einführung abwartend gegenüberstehen und die anderen, die die Euro-Kriterien einstweilen noch nicht erfüllen,
3. Diejenigen 5 MOE-Länder, die bei der ersten Osterweiterungsrunde dabei sind, aus der die EU-20 hervorgehen wird,
4. Diejenigen 5 ebenfalls beitragswilligen Länder im Osten und im Südosten Europas, die sukzessiv an die Europäische Union herangeführt werden sollen -einige von ihnen möglicherweise, wie manche hoffen, auf einer ‚Überholspur‘.

Von einer weiteren Kategorie europäischer Nicht-Euro-Länder, zu der so unterschiedliche Volkswirtschaften wie die Schweiz, Norwegen, die Türkei, einige der Nachfolgeländer der ehemaligen Sozialistischen Bundesrepublik Jugoslawien oder der europäischen GUS-Länder ist hier erst gar nicht zu sprechen.

Auch die Osterweiterung der NATO, die manchen der betroffenen Länder offenbar noch wichtiger als die EU- Osterweiterung erscheint, hat noch nicht vorhersehbare Konsequenzen für die Schaffung einer europäischen Identität. Wie denken die einen, wie Tschechien und Ungarn, deren Parlamente dem nun möglich gewordenen NATO-Beitritt zustimmen und wie denken die anderen, deren NATO- Beitritt in naher oder ferner Zukunft angestrebt wird? Schließlich, wie betrachtet Rußland diesen Prozeß? Es war nützlich, daß der Leiter der politischen Abteilung der Russischen Botschaft in Berlin, Herr Nikolai Platoschkin, in der Diskussion dieses Themas sich wortgewaltig geäußert hat.

Europa wird also weiterhin viele Gesichter haben und sich in sehr unterschiedlichen Geschwindigkeiten bewegen. Auch dies sind Aspekte, die für unsere Dreierkonferenz von Relevanz waren, ohne daß sie ausdrücklich auf der Tagesordnung stehen.

Die vorgestellte Dokumentation folgt dem inhaltlichen Ablauf des Symposiums:

In Form von 9 Bausteinen bzw. 9 Programm-Modulen, die mosaikartig zusammengesetzt wurden, ist der Versuch unternommen worden, das Rahmenthema des Symposiums flächendeckend zu behandeln. Jeder Programmteil hatte seinen eigenen Moderator, der nach einer kurzen Einführung mit den Mitwirkenden in seinem ‚Panel‘ wichtige Einzelaspekte des behandelnden Rahmenthemas vertieft hat.

Die Dokumentation beginnt mit dem Aufzeigen der politischen Rahmenbedingungen der EU- NATO- Osterweiterung aus polnischer, aus tschechischer und aus deutscher Sicht. Die Gesprächsleitung dieses ersten Teils- wie auch des letzten Programmteils- hat

freundlicherweise sozusagen als ‚Alpha‘ und als ‚Omega‘ Christoph von Marschall vom ‚Tagesspiegel‘ übernommen.

Im Teil II. geht es um die sicherheitspolitische Dimension, für deren Gesprächsleitung Prof. Dr. Wolfgang Harms verantwortlich zeichnet. Während dieses Gesprächsteils war bereits als Ehrengast General Hans-Peter von Kirchbach anwesend, der in seinem faszinierenden ‚After Dinner-Speech‘ auch einige Aspekte dieser sicherheitspolitischen Gesprächsrunde aufgenommen hat.

Teil III behandelt nach einem einführendem Referat von Prof. Manfred Busche die wirtschaftliche Dimension, die einen zentralen Platz eingenommen hat.

Im Teil IV. ging es um Erfahrungen aus der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Deutschland einerseits und Polen und Tschechien andererseits. Ich bin dankbar, daß der Oberbürgermeister von Zittau, Herr Jürgen Kloß, der fast in Fahrradreichweite das Länderdreieck Polen-mittelbaren Augenzeugenbericht zu unserem Konferenzthema liefern konnte, die Gesprächsleitung übernommen hat.

Im Teil V. wurde unter Gesprächsleitung von Frau Gabriele Muschter, Geschäftsführerin der "KulturBrauerei" auf die wichtige und oft nicht ausreichend gewürdigte gesellschaftspolitische und kulturelle Dimension eingegangen, deren Bedeutung auch Herr Ministerpräsident Manfred Stolpe in seinem Grußwort an uns besonders betont hat.

Schließlich führte uns Teil VI. zu den ‚sensiblen Themen‘, zu den Hoffnungen und Ängsten, die die Bevölkerung nicht nur in den drei beteiligten Ländern hegen. Dieser Konferenzteil ist im Grunde sozusagen der ‚rote Faden‘, der sich - ausgesprochen oder nicht ausgesprochen- durch die anderen Programmteile zieht.

Im Teil VII. wurde durch die Gesprächsleitung von Dr. Eckart Stratenschulte, Leiter der Europäischen Akademie im Grunewald, die ‚Agenda 2000‘ der EU dargestellt, die in der Öffentlichkeit leider fast ausschließlich mit dem Agrarsektor identifiziert wird.

Im Teil VIII, wiederum geleitet von Christoph von Marschall, wurde eine Art von "Ausblick" hergestellt, der Visionen aufzeigte, wohin die Reise gehen könnte. Wir sind dankbar, daß der neue Botschafter der Tschechischen Republik in der Bundesrepublik Deutschland, Frantisek Cerny, seine erste offizielle Dienstreise dazu verwandt hat, um bei der Schlußsitzung des Symposiums bei uns zu sein. Prof. Jerzy Holzer, ebenfalls wie Botschafter Cerny eines unserer Gründungsmitglieder, hat aus polnischer Sicht einen Ausblick auf den weiteren Gang der Dinge gegeben.

Im Teil IX. habe ich versucht, die Vielzahl von Eindrücken und Anregungen, die dieses Symposium vermittelt hat, in einer Reihe von zusammenfassenden Schlußbemerkungen wiederzugeben.

Gedankt sei hier der Bundeszentrale für politische Bildung, Außenstelle Berlin, nicht nur für ihre finanzielle Unterstützung, ohne die dies Symposium nicht stattgefunden hätte, sondern auch für eine gute partnerschaftliche Zusammenarbeit.

Herrn Klaus Groth vom Hause Groth + Graalfs gebührt unser besonderer Dank dafür, daß er uns als Tagungsgebäude die für diesen Zweck durch ihren Clubhauscharakter besonders geeignete Villa Kampffmeyer zur Verfügung gestellt hat.

Die Qualität der Tagungsleiter und Referenten hat die Veranstaltung in der Meinung der Tagungsteilnehmer zu einem besonderen Erfolg werden lassen.

Herr Matthias R. Grether hat sich der mühsamen Aufgabe unterzogen, die Texte der vorliegenden Dokumentation aufzubereiten. Dafür sei ihm an dieser Stelle ausdrücklich gedankt.

Klaus-Heinrich Standke

Berlin, im Oktober 1998

GRÜßWORT
MANFRED STOLPE,
MINISTERPRÄSIDENT DES LANDES BRANDENBURG

Potsdam, den 15. April 1998

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich begrüße Sie sehr herzlich zum Symposium der Internationalen Akademie Schloß Baruth in Potsdam.

Die Veranstalter hatten eine glückliche Hand bei der Wahl des Ortes - die aufwendig wiederhergestellte Villa Kampffmeyer in Sichtweite zur Glienicker Brücke ist ein Ort, der Historie und Zeitgeschichte sinnfällig verbindet. Sie wählten ein Thema von brennender Aktualität - EU- und NATO-Osterweiterung spielen auch für Brandenburg eine wichtige Rolle. Und Sie konnten mit Hans-Peter von Kirchbach wie allen anderen Referenten und Teilnehmerinnen und Teilnehmern kompetente Gesprächspartner gewinnen.

Bedauerlicherweise halten mich anderweitige, bereits fest zugesagte terminliche Verpflichtungen ab, am Potsdamer Symposium der Baruther Akademie teilzunehmen.

Berlin-Brandenburg ist eine wichtige europäische Wachstums- und Entwicklungsregion. Wir Brandenburger sind daran interessiert, daß endlich die Trennlinien mitten durch Europa überwunden werden. Gerade hier war die Spaltung zwischen Ost und West besonders deutlich zu spüren. Deshalb sollten nicht zuletzt von dieser Region aus Strategien der Zusammenarbeit entwickelt werden, sollten im geistig-kulturellen Austausch Visionen künftiger Entwicklungen entstehen.

Besonders glücklich bin ich über die Tatsache, daß während des Symposiums neben den grundlegenden Fragen der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit die kulturpolitischen Dimensionen der Osterweiterung der Europäischen Union angesprochen werden.

Ich wünsche allen Beteiligten anregende Tage in Potsdam und hoffe mit den Organisatoren von der Internationalen Akademie Schloß Baruth auf interessante Diskussionsergebnisse.

1. Tag des Symposiums: Donnerstag, 16. April 1998

Begrüßung

Arved Kandler,

Leiter der Außenstelle Berlin, Bundeszentrale für politische Bildung

Europa ist seit den ersten Tagen des Bestehens der Bundeszentrale für politische Bildung, seit Herbst 1952 also, ein Kernthema unserer Arbeit.

Seminare, Tagungen, Kongresse und Symposien sowie Publikationen unterschiedlichster Art haben sich immer wieder diesem Themenkomplex gewidmet und werden dies auch in Zukunft tun.

Dieser Tatbestand ist auch der entscheidende Grund, warum die Außenstelle Berlin der Bundeszentrale für politische Bildung gemeinsam mit der Internationalen Akademie Schloß Baruth zum Symposium "EU- und NATO-Osterweiterung - Politische, wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Konsequenzen für Deutschland, Polen und Tschechien" eingeladen hat, zu dem ich Sie auf das Allerherzlichste hier in Potsdam in der repräsentativen Villa Kampffmeyer willkommen heißen darf.

Die EU- und NATO-Osterweiterung sind nicht mehr aufzuhalten. An der Schwelle zum 21. Jahrhundert geht der Ausbau des ‚europäischen Hauses‘ zügig voran. Um im Bilde zu bleiben: Die Zimmer für Polen und die Tschechische Republik als Beitrittsmitglieder zum Atlantischen Bündnis und als Kandidaten erster Güte für die Erweiterung der Europäischen Union sind nahezu fertiggestellt - fertiggestellt auch mit deutscher Unterstützung - und können in Bälde bezogen werden. Der ursprünglich zu Recht beklagte unscharfe Fahrplan der Europäischen Union hinsichtlich der Osterweiterung hat klarere Konturen angenommen. Der Weg zu noch mehr Demokratie und Marktwirtschaft, zu noch mehr Stabilität im Innern beider Staaten ist frei.

Ohne die Tagungsergebnisse vorweg nehmen zu wollen, kann gesagt werden, daß Polen und Tschechien wie einige andere mitteleuropäische Staaten kurz vor dem Schritt in ein neues Zeitalter stehen. In diese Richtung sehen beide Veranstalter dieses Symposium, einen Beitrag, von dem eine gewisse Werbefunktion für diesen Schritt ausgehen soll; aber auch als einen Beitrag zur deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Verständigung. Der beschlossene NATO-Beitritt beider Staaten und die beginnenden EU-Beitrittsverhandlungen werden im Ergebnis die geostrategische Isolation der neuen Partner beseitigen und unsere gemeinsamen nachbarschaftlichen Verhältnisse weiter vertiefen. Gute Gründe, warum Deutschland sich von Anfang an für die Integration seiner östlichen Nachbarn in die euro-atlantischen Strukturen eingesetzt hat.

Zwei Anmerkungen gestatten Sie mir noch:

Zum ersten möchte ich Sie schon jetzt einladen, vom Publikationsangebot der Bundeszentrale - zusammengestellt unter Berücksichtigung des Veranstaltungsthemas - reichlich Gebrauch zu machen. Bedienen Sie sich bitte an unserem Büchertisch im Laufe des Symposiums, solange der Vorrat reicht, bzw. nutzen Sie die kostenlose Bestellmöglichkeit - abgesehen vom Versandporto - über das aufliegende Publikationsverzeichnis.

Zum zweiten bedanke ich mich ganz herzlich bei der Firma Groth + Graalfs für die freundliche und großzügige Bereitschaft, den Veranstaltern die Villa Kampffmeyer als Tagungsstätte für das Symposium zur Verfügung zu stellen.

Ich wünsche uns allen nun einen interessanten, einen informativen Tagungsverlauf, bei dem der offene Dialog dominiert. Auf ein gutes Gelingen.
Vielen Dank.

Begrüßung
Antje von Meer
in Vertretung für Klaus Groth,
Geschäftsführender Gesellschafter, Groth + Graalfs GmbH, Berlin

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich in Namen von Herrn Klaus Groth, der Sie alle herzlich grüßen läßt, heute leider jedoch nicht persönlich anwesend sein kann, ein paar kurze Worte zur Tagungsstätte sagen:

Die Villa Kampffmeyer liegt inmitten des sog. "Arkadien", dies ist der Name eines Bauprojekts der Firma Groth + Graalfs. Errichtet wurde die Villa von 1923 bis 1926. Sie gehörte einer alten brandenburgischen Müllerfamilie, der Familie Kampffmeyer, daher der Name.

Nach dem Krieg wurde die Villa zu einem Jugendclub der ehemaligen DDR umfunktioniert und war anschließend kurzzeitig der Sitz der Paßkontrolleinheiten der Staatssicherheit der ehemaligen DDR.

Seit 1991 gehört die Villa der Firma Groth + Graalfs und wird seitdem denkmalgerecht restauriert. Sie ist ideal für Tagungen der hier vorliegenden Art und wird Ihnen in dieser Funktion auch noch eine Zeit lang erhalten bleiben.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Eröffnungsansprache und Einführung

Dr. Drs. h. c. Klaus-Heinrich Standke,

Direktor a.D. bei den Vereinten Nationen und bei der UNESCO

Präsident der Internationalen Akademie Schloß Baruth

Wir wollen uns im Rahmen dieses Symposiums mit den drei Ländern Deutschland, Polen und Tschechien befassen; aber nicht nur Polen und Tschechien sind für die erste Beitrittsrunde zur EU nominiert, sondern auch Slowenien, Estland und Ungarn.

Im Rahmen der NATO-Osterweiterung wird zusätzlich zu Polen und Tschechien ebenfalls Ungarn sofort mit von der Partie sein.

Ich freue mich deshalb besonders, die Vertreterin der ungarischen Botschaft, Frau Agnes Klekot, hier begrüßen zu dürfen.

Bereits in einem Monat werden die Bundeszentrale für politische Bildung, Außenstelle Berlin, das Komitee zur Förderung des Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrages unter ihrem Präsidenten, Herrn Dr. Krill de Capello, und die Internationale Akademie Schloß Baruth ebenfalls in der Villa Kampffmeyer das Symposium "Frankreich-Polen-Deutschland - Hat das ‚Weimarer Dreieck‘ eine Zukunft?" veranstalten, in dessen Verlauf auch Parallelen zu anderen denkbaren ‚Dreiecken‘, z. B. Deutschland-Frankreich-Rußland oder Ukraine-Polen-Deutschland gezogen werden sollen.

Es ist uns wichtig, daß die Bundeszentrale für politische Bildung diese grenzüberschreitende Diskussion zur Vorbereitung auf das neue größere Europa unterstützt.

Die deutsche Bevölkerung ebenso wie die Bevölkerung der EU-Beitrittsstaaten Ost- und Mitteleuropas ist mit dem vielen Neuen, das auf sie einströmt, nicht vertraut.

Die Wiedervereinigung Deutschlands ist weder mental, noch sozial, noch wirtschaftlich verkraftet. Wir werden hierzu am 7. Mai 1998 im Jean-Monnet-Haus in Berlin ein Colloquium über die "Politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfahrungen aus dem deutschen Vereinigungsprozeß für die Integration Mittel- und Osteuropas in die Europäische Union" veranstalten. Es ist wichtig, voneinander aus Erfahrungen zu lernen, gerade auch um den Ländern Mittel- und Osteuropas einiges zu ersparen.

Die Entscheidung zur Einführung des Euro ist weitgehend getroffen. Einerseits wird dieser zu einer noch schnelleren Verflechtung der teilnehmenden Länder führen, andererseits aber auch - weil er fast zeitgleich mit der EU-Osterweiterung zusammenfällt - zu einer neuen Stückelung Europas, genauer einer Vierteilung: in die 11 EU-Mitgliedstaaten, die

von Anfang an an der Währungsunion teilnehmen werden, weil sie die Euro-Kriterien erfüllen, in die restlichen 4 präsenten EU-Mitglieder, die nicht von Anfang an von der Partie sind, weil entweder nicht teilnehmen wollen (z. B. Großbritannien) oder nicht dürfen, weil sie die Euro-Kriterien auch auf absehbare Zeit nicht erfüllen; ferner in die 5+1 Länder Mittel- und Osteuropas, mit denen die EU zuerst Beitrittsverhandlungen aufnimmt, und schließlich in die übrigen 5 Antragsteller, die erst sukzessive an die EU herangeführt werden können.

Auch die Erweiterung der NATO hat noch nicht vorhersehbare Konsequenzen für die Schaffung einer europäischen Identität. Gestern hat das tschechische Parlament dem Beitritt seines Landes zur NATO mit großer Mehrheit zugestimmt.

Wir wollen in unserem Symposium nun betrachten, wie dies von den Nachbarn Polen und Deutschland gesehen wird, aber auch wie Rußland den Prozeß der EU- und NATO-Osterweiterung sieht. Ich begrüße hierzu den Leiter der Politischen Abteilung der Botschaft der Russischen Föderation, Herrn Nikolai Platoschkin, der heute anwesend ist.

Ich darf nun das Symposium offiziell eröffnen und den Gesprächsleiter des ersten Symposiumsteils - ‚Die politische Dimension‘ -, Herrn Dr. von Marschall, sowie die Gesandten und Leiter der Außenstellen der Botschaften der Republik Polen und der Tschechischen Republik sowie den Vertreter des Auswärtigen Amtes auf das Podium bitten. Vielen Dank.

I. Die politische Dimension

Gesprächsleitung: Dr. Christoph Freiherr von Marschall
Der Tagesspiegel, Berlin

Referenten: Dr. Boris Lazar
Gesandter und Leiter der Außenstelle Berlin,
Botschaft der Tschechischen Republik

Dr. Jerzy Marganski
Gesandter und Leiter der Außenstelle Berlin,
Botschaft der Republik Polen

Dr. Albrecht Conze
Legationsrat, Auswärtiges Amt, Bonn

Einführungsreferat Christoph von Marschall:

Auch ich darf Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, recht herzlich zu diesem Symposium begrüßen, von dem mir die Gesprächsleitung des Teils I (Die politische Dimension) und des Teils VIII (Ausblick) übertragen wurden.

Zunächst jedoch zur politischen Dimension:

Zur Definition des Begriffs ‚politische Dimension der EU- und NATO-Osterweiterung‘ ist zunächst zu sagen, daß dieser nicht ein klares Problemfeld umreißt, sondern - im Gegensatz zur sicherheitspolitischen Dimension, die in erster Linie die NATO meint, und

der ökonomischen Dimension, womit hauptsächlich die ökonomischen Aspekte der Erweiterung der Europäischen Union gemeint sind - ein bißchen von allem, d. h. von allen anderen in diesem Symposium noch zu behandelnden anderen Dimensionen beinhaltet.

Zur politischen Dimension der EU- und NATO-Osterweiterung gehört vor allem aber auch die historische Dimension. Für die Bundesrepublik Deutschland bedeuten die Erweiterungsbestrebungen einen Zugewinn an Stabilität. Zugleich stellt die Erweiterung des Stabilitätsraumes für die Europäische Union eine Herausforderung dar.

Für die Bundesrepublik bedeutet die EU-Osterweiterung geographisch, daß die dann ehemalige Ostgrenze zur Binnengrenze wird. Mit der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahre 1990 ist Deutschland zwar größer geworden, aber bisher immer noch Frontstaat geblieben. Bislang ist die deutsche Ostgrenze der EU immer noch die große Teilungsgrenze, die unterschiedliche Räume von unterschiedlicher Stabilität, unterschiedlicher Wirtschaftskraft und unterschiedlichem militärischen Potential trennt. Diese Grenze wird mit der Osterweiterung der Europäischen Union nach Osten verschoben, wodurch Lasten abgegeben werden an weiter östlich liegende Länder, was andererseits aber auch einen großen Stabilitätsgewinn für Deutschland bedeutet.

Gleichzeitig sind die an Deutschland angrenzenden und alle anderen mittel- und osteuropäischen Staaten in einem Transformationsprozeß begriffen, von ehemaligen Volksdemokratien zu europäischen Demokratien nach unserem Verständnis.

Hierbei taucht die Frage auf nach der Kompatibilität der politischen Systeme. Wir haben es bei den Ländern Mittel- und Osteuropas mit Staaten unterschiedlicher politischer Kulturen zu tun, die sich erst nach und nach aneinander angleichen werden. Hierzu gehört auch die Frage: Wer verändert sich letztendlich denn eigentlich im Zuge der Osterweiterungsprozesse? Müssen sich die in Zukunft zur Europäischen Union beitretenden Staaten an die bestehenden Regeln halten und sich dementsprechend anpassen oder muß sich nicht auch zusätzlich die EU in ihren Strukturen verändern?

Zwar werden mit dem Beitritt von MOE-Staaten, wie z. B. Polen und Tschechien, keine fundamentalen Änderungen des EU-Konsenses, d. h. beispielsweise bezüglich Binnenmarkt und Freizügigkeitsregelungen zu erwarten sein, aber dennoch muß sich die Europäische Union sehr wohl in ihren inneren Strukturen ändern, weil ihr demnächst vielleicht einmal über 20 Staaten angehören werden statt bisher 15. Und über die notwendigen Reformen der EU selbst wird noch zu wenig gesprochen, obwohl der Reformprozeß der Europäischen Union weit weniger fortgeschritten ist als die inneren Reformbestrebungen der einzelnen MOE-Staaten.

Lassen Sie mich aber nochmals auf die angesprochene historische Dimension der EU- und NATO-Osterweiterung zurückkommen: In den letzten 50 Jahren der Teilung Europas, die für ein Menschenleben einen sehr großen Zeitraum bedeuten, war niemandem klar, daß diese einmal überwunden werden würden. Der uns beherrschende Panzer der Teilung schien für die Ewigkeit konzipiert.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion und der damit verbundene Abschied von den kommunistischen Systemen in den osteuropäischen Staaten bedeutete aber dann trotzdem für die davon betroffenen Länder nicht die Erfindung von etwas völlig Neuem, sondern im historischen Kontext die Rückkehr zur Normalität.

Die EU- und NATO-Osterweiterung beinhaltet sowohl Konsequenzen für Osteuropa als auch für Westeuropa. Es sind nicht wenige, die es beispielsweise überrascht hat, daß heute der größte Aus-senhandelspartner Deutschlands unter den MOE-Staaten nicht Rußland ist, sondern Polen, und daß selbst Tschechien mit seinen rd. 10 Mio. Einwohnern

in absehbarer Zeit Rußland (mit 150 Mio. Einwohnern) von Platz 2 der größten Außenhandelspartner Deutschlands verdrängen wird.

Der Handel der Bundesrepublik Deutschland mit den MOE-Staaten insgesamt übersteigt bereits den Handel des Landes mit den Vereinigten Staaten von Amerika; es handelt sich hierbei also keineswegs mehr um 'Peanuts'.

Manche fragen sich nun, was denn eigentlich mit der politischen Dimension der EU- und NATO-Osterweiterung konkret gemeint ist. Sind die politischen Strukturen an einzelnen Personen festgemacht - wie im Falle der Tschechischen Republik an Vaclav Havel - und braucht die Tschechische Republik eigentlich überhaupt die Stabilitätsfunktion der Europäischen Union, Herr Lazar?

Statement

Boris Lazar (Tschechische Botschaft)

Um sofort auf Ihre Frage zu antworten: Wir brauchen alle - auch die bisherigen Mitgliedstaaten der EU - die Stabilität der Europäischen Union.

Auch ich habe mich gefragt, was die politische Dimension eigentlich bedeutet, und war über den Titel dieses Symposiumsabschnitts etwas verwundert. Aber ich habe mir, ohne nachzufragen, was der Veranstalter damit meint, die folgenden Gedanken gemacht:

Das Seltsame am Ende des Kalten Krieges war, daß alle Seiten fröhlich waren: Es gab nur Sieger.

Entscheidendes vorangegangenes Ereignis war die deutsche Wiedervereinigung.

Die tschechischen Dissidenten und die im Aufstand befindlichen Ungarn waren im Jahre 1990 der Ansicht, daß sie nicht nur den Osten Europas verändern würden, sondern auch den Westen Europas.

Aber es kam anders: Die westlichen Werte wurden einfach übernommen - manche sagen übergestülpt; das will ich nicht behaupten.

Das gleiche geschieht jetzt mit dem Modell der Europäischen Union. Das Modell der EU-Osterweiterung wurde in Deutschland etabliert und entschieden. Ich sehe hierin eine Parallele zu dem oben beschriebenen Ende des Kalten Krieges.

Einen weiteren Punkt im Zuge der EU-Osterweiterung, auf den ich zu sprechen kommen will, ist die Übernahme des 'acquis communautaire' durch die Tschechische Republik. Die Tschechische Republik hat große Fortschritte gemacht bei der Übernahme von bestehenden Gesetzen, Normen und Regelungen der Europäischen Union. Wir haben auch keine Probleme mit den Wertvorstellungen des westlichen Europas, aber wir haben Probleme bei der Umsetzung von übernommenen Gesetzen. Ich möchte dies an einem Beispiel verdeutlichen, weil Beispiele mehr bedeuten als allgemeine Behauptungen:

Stellen Sie sich einmal vor, wenn Deutschland die derzeit gültigen Steuern der USA und den dort gültigen Benzinpreis (1 DM statt vielleicht bald 5 DM) übernehmen müßte. Das würde zu großen Problemen führen. Und genauso stellt für die Tschechische Republik die Übernahme von Umweltnormen westeuropäischen Standards ein großes Problem dar: Dies wird sehr, sehr teuer für unser Land werden.

Ein anderes, jetzt ein gesellschaftliches, Beispiel, um dies zu verdeutlichen, sind die Autos: Wenn in Tschechien - wo das durchschnittliche Alter von Autos 14 Jahre, nicht wie in Deutschland: 7 Jahre beträgt - Autos, die die 3D-Norm nicht erfüllen, höher besteuert

werden würden als solche, die die 3D-Norm erfüllen, gäbe es in Tschechien eine Sozialrevolte, weil sich dann einfache Leute kein Auto mehr leisten könnten.

Dieses Beispiel verdeutlicht, warum wir große Schwierigkeiten haben, Reformen wie die oben beschriebene umzusetzen. Die Einführung von Regelungen auf legislativem Niveau ist die eine Seite, mit der wir schon weit vorangeschritten sind, die andere Seite ist aber die Einhaltung dieser Normen, die auch den Aufbau einer effizienteren Exekutive erfordert.

Der zweite Bereich, in dem in Tschechien Veränderungen vorgenommen werden müssen, ist der Finanzsektor: das Finanzwesen, die Privatisierung von Banken, die Fonds. Hierzu fehlt uns nicht der Wille, aber die Erfahrung.

Viele Probleme wird uns auch noch der Bereich der inneren Sicherheit der Tschechischen Republik bereiten: Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die auf Ebene der Polizei schon weit vorangeschritten ist, muß allgemein stärker harmonisiert werden. Allerdings fehlt uns die hierzu notwendige Ausrüstung (z. B. funktionierende Grenzsysteme) und auch die Erfahrung, wodurch wir Schwierigkeiten haben, die organisierte Kriminalität erfolgreich zu bekämpfen.

Auch die Kooperation mit Österreich auf diesem Gebiet ist schwierig: Der österreichische Innenminister hat kürzlich von der Tschechischen Republik und von Ungarn verlangt, daß umgehend eine Visa-Pflicht für Rumänen und Armenier eingeführt werden soll. Dies würde große Probleme für die Beziehungen Tschechiens zu den beiden Ländern mit sich bringen. Denn je näher wir uns der Europäischen Union annähern wollen, desto stärker müssen wir auch Anwälte unserer östlichen Nachbarn sein. Wir müssen größeres Verständnis gegenüber Rumänien und Rußland aufbringen und uns auch den baltischen Staaten und der Ukraine annähern.

Die Agenda 2000 der Europäischen Union empfinde ich als etwas sehr, sehr Positives. Denn mit ihr hat die politische und wirtschaftliche Klasse begriffen, daß die Zeit von Versprechungen vorbei ist und jetzt die Zeit der Verhandlungen beginnt.

Diesbezüglich muß die gute Zusammenarbeit der Tschechischen Republik mit dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, vor allem mit Staatsminister Hoyer, hervorgehoben werden, von der mir diplomatische Vertreter der Tschechischen Republik berichteten: Die Gespräche mit der Tschechischen Republik würden von deutscher Seite sehr ehrlich und sehr offen geführt.

Ein weiterer wichtiger Punkt bei der EU-Osterweiterung ist die Erfüllung der in Amsterdam von der Europäischen Kommission aufgestellten Kriterien:

Zwei Bedingungen erfüllt die Tschechische Republik hiervon schon heute:

1. die Stärke der Demokratie und
2. Unsere Sozialstandards sind mit anderen europäischen vergleichbar, meines Erachtens sogar zu hoch.

Ich hoffe, ich konnte mit diesen Ausführungen die politische Dimension der EU- und NATO-Osterweiterung darstellen. Vielen Dank.

Christoph von Marschall:

Vielen Dank, Herr Lazar, für diesen kompakten Vortrag. Sie haben auch psychologisch wichtige Aspekte der Osterweiterung angesprochen, die analog auch für die Republik Polen Gültigkeit haben. Die neue Regierungspartei in Polen, die AWS, verfügt über eine

starke nationale Ausrichtung. Es wurden kürzlich als Protest gegen die EU-Osterweiterung, die teilweise als starker Eingriff in die inneren Angelegenheiten Polens empfunden wird, EU-Fahnen öffentlich verbrannt.

Auch der existierende Vorschlag, die Belegschaft in den polnischen Zechen zu halbieren, liefert genügend sozialen Sprengstoff.

Wie sehen die Erfahrungen mit der neuen Regierung in Polen aus polnischer Sicht aus, Herr Marganski?

Statement

Jerzy Marganski (Polnische Botschaft)

Zur politischen Dimension aus der Sicht Polens ist zunächst folgendes zu sagen:

Zu kommunistischen Zeiten sagte man in Polen: "Alles ist Politik", und wie ich sehe, es ist so geblieben.

Die polnische Republik rechnet mit einem harmonischen Prozeß der Angleichung Polens an die Europäische Union: Wir wollen die EU nicht verwandeln, und wir möchten auch die Normen einhalten.

Es wird jedoch Probleme bei den harten Beitrittsverhandlungen geben. Schwierigkeiten sind vor allem bei den vier Freiheiten, die die EU garantiert, zu erwarten, d. h. auf der Ebene von:

- Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt,
- Gemeinsamer Agrarpolitik,
- Fragen der Strukturfonds und
- Fragen der Regionalfonds.

Die Interessen Polens gehen hier gegenüber der EU, aber auch im polnisch-deutschen Verhältnis und im Verhältnis Polens zu anderen EU-Mitgliedstaaten auseinander. Dies unterscheidet die EU-Beitrittsverhandlungen Polens auch von dem NATO-Beitritt Polens, hinsichtlich dessen kaum un-

terschiedliche Interessen vorlagen. Deshalb benötigte auch die Ausarbeitung des NATO-Protokolls weniger als einen Monat.

Die Beitrittsverhandlungen Polens zur EU werden dagegen sehr viel mehr Zeit beanspruchen. Auch die Bevölkerung ist teilweise gegen den EU-Beitritt Polens. Würde im Grenzgebiet Polens ein diesbezügliches Referendum abgehalten, käme man zu einem nur mäßig positiven, vielleicht sogar negativen Ergebnis.

Zur allgemeinen politischen Dimension der EU-Erweiterung und der NATO-Erweiterung:

Allgemein wird in der Bevölkerung die EU-Osterweiterung sehr pathetisch gesehen; als das Ende der Teilung Europas durch Jalta. Wir können uns endlich einem Wertesystem anschließen, zu dem wir uns schon immer zugehörig gefühlt haben. Auch wenn die pro-europäische Stimmung der polnischen Bevölkerung von anfangs über 90 % auf jetzt 64 % gefallen ist, weil einzelne Probleme offenbar wurden, hätten wir selbst im Falle eines Referendums keine Probleme mit dem EU- und auch nicht mit dem NATO-Beitritt.

Mit dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten öffnet sich für EU und NATO eine neue Welt; ein Teil Europas kehrt zurück, seit der Eiserne Vorhang nicht mehr da ist. Und durch den Beitritt wird die EU eine neue Perspektive erhalten: Ihre Nordflanke (d. h. die skandinavischen EU-Mitgliedstaaten, die teilweise auch NATO-Mitglieder sind, sowie Deutschland und Polen) wird eine wichtigere Rolle innerhalb der EU spielen.

Für die osteuropäischen Staaten - auch für Polen - beinhaltet der Beitritt zu EU und NATO mehrere neue Dimensionen:

1. Es wird für sie leichter, weil es keinen Kalten Krieg mehr gibt und zugleich schwieriger, weil die Öffnung nach außen auch verstärkt direkte Nachbarschaftskontakte bedeutet, was wiederum bedingt, daß man sich den Problemen der Nachbarstaaten - für Polen ist dies z. B. auch Weißrußland - nicht mehr verschließen kann.

2. Die Öffnung der EU nach Osten bedeutet für sie auch mehr Handel und mehr politische Kontakte mit Polen und anderen osteuropäischen Staaten. Man muß darüber nachdenken, wie die Rolle der osteuropäischen Länder innerhalb der EU definiert werden soll.

Mit der bisherigen Öffnung der Europäischen Union nach Osteuropa sind nur wenige osteuropäische Staaten zufrieden: Die EU muß sich an die künftigen Mitglieder anpassen, denn diese bedeuten nicht nur eine Zahl, sondern auch eine Qualität. Reformen sind auf EU-Ebene hinsichtlich der Mechanismen und Prozeduren, die in der EU eine Rolle spielen, ebenso wichtig wie Reformen auf der nationalen Ebene.

Eine EU mit 20 oder 25 Mitgliedstaaten ist schwieriger zu regieren als eine EU mit 15 Mitgliedern. Man muß deshalb darüber nachdenken, wie man die Beitrittskandidaten möglichst schnell und reibungslos an die Europäische Union heranführt. Hierbei können z. B. intergouvernementale Mechanismen, wie sie vorhin Herr Standke am Beispiel des Weimarer Dreiecks erwähnte, dienen. Das Weimarer Dreieck, das zunächst als Diskussionsforum der Außenminister geplant war, wurde ausgebaut zum Diskussionsforum auch der Verteidigungsminister und der Umweltminister, und vor kurzem gab es einen Weimarer Gipfel in Polen.

Solche Projekte sollten schneller verwirklicht werden. Das Weimarer Dreieck sollte als Integrationsforum bei der Verwirklichung der Osterweiterung der Europäischen Union dienen.

Christoph von Marschall:

Vielen Dank, Herr Marganski. Sie haben gleich einen konkreten neuen Vorschlag gemacht. Sicherlich erheben dann auch bald die Tschechische Republik und Ungarn Anspruch auf ein eigenes ‚Dreieck‘. Ich begrüße an dieser Stelle die Vertreterin der ungarischen Botschaft, Frau Agnes Klekot. Auch ein Treffen zwischen Deutschland, Frankreich und Rußland gibt es schon.

Angesprochen ist hiermit auch die Dimension einer neuen deutschen Ostpolitik. Das innere Funktionieren der Republik wird sich durch den Wechsel von der Bonner zur Berliner Republik nicht fundamental ändern. Die Dimension der neuen Ostpolitik stellt eine neue Herausforderung für Deutschland dar. Wie stellt sich diese aus deutscher Sicht dar, Herr Conze? Man muß hierbei natürlich berücksichtigen, daß die neue Ostpolitik nicht Ersatz für die alte Westbindung ist, sondern ein zusätzliches Element der alten Westbindung, das einen größeren Raum einnehmen wird, als es in der alten Republik einnehmen konnte.

Statement

Albrecht Conze (Auswärtiges Amt)

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die deutsche Ostpolitik wurde in den späten Sechziger Jahren definiert. Zu dieser Zeit hatten wir ein geteiltes Land mit einer geteilten Hauptstadt, die diese Funktion nicht mehr

Deutschland ist momentan (auch im Hinblick auf die bevorstehende wichtige Bundestagswahl) sehr stark auf sich selbst konzentriert. Es gibt bei uns nicht viel geistige Kapazität, die über Deutschland hinausdenkt. Deutschland meint, am wenigsten von der EU-Osterweiterung "durchgeschüttelt" zu werden, ist sich zwar der Lasten, aber nicht des großen Nutzens, die sich aus ihr ergeben, bewußt: Deutschland wird einen großen Handel mit Ländern führen, die zu den dynamischsten der Welt gehören und denen die Asienkrise fast nichts anhaben konnte.

Die politische Lage Deutschlands wird sich durch den EU-Beitritt sehr stark verändern, stärker als dies in der Öffentlichkeit perzipiert wird.

Christoph von Marschall:

Vielen Dank, Herr Conze, auch für die Klarstellung zu den Dreiecken und anderen geometrischen Figuren. Auch Sie haben noch einmal stark die historische Dimension der EU- und NATO-Osterweiterung betont. Ich darf nun die Diskussion eröffnen.

DISKUSSION ZUM TEIL I

Nikolai Platoschkin:

Der Teilnehmer des Symposiums, Leiter der politischen Abteilung der Außenstelle Berlin der Russischen Botschaft, verliest ein mehrseitiges Diskussionspapier zur NATO-Osterweiterung (Titel: "Die NATO-Erweiterung ist ein Fehler"), das aus der Feder eines Vertreters der Vereinigten Staaten, Gerry Hurt, stammt:

Wichtige Aussagen dieses Papiers sind z. B.:

"Es ist eine historische Ungerechtigkeit, daß die NATO-Erweiterung so schnell gekommen ist.

(...)

Ost- und Mitteleuropa brauchen kein westliches Bündnis, sondern den Zugang zu den Märkten.

(...)

Wie können wir die Stabilität in Europa stärken, wenn wir die Instabilität in Rußland fördern?

(...)

Die NATO-Osterweiterung könnte sich als Brunnenvergiftung im deutsch-amerikanischen Verhältnis herausstellen.

Christoph von Marschall:

Vielen Dank, Herr Platoschkin. Allerdings gehört dieses Thema klar zum nächsten Teil des Symposiums: zur sicherheitspolitischen Dimension. Wir können deshalb an dieser Stelle nicht näher hierauf eingehen. Weitere Wortmeldungen?

Godehard Uhlemann:

Kann mit der Offenbarwerdung von Problemen durch die EU-Osterweiterung in der Bevölkerung eine gewisse Europa-Müdigkeit oder gar Europa-Verdrossenheit eintreten?

Albrecht Conze:

Europa hat mit den Empfehlungen der ‚Agenda 2000‘ große Aufgaben, ja mehr noch, eine Herkulesarbeit zu leisten, die zum Teil sehr unpopulär sein kann, weil die innere Gemeinschaft der Europäischen Union auch zu inneren Verwerfungen führen kann. Allerdings befand sich Portugal kurz vor seinem Beitritt zur EU in einer schlechteren Verfassung, als es heute beispielsweise für Polen zutrifft. Und trotzdem wurde die EU durch den damaligen Beitritt Portugals nicht aus dem Ruder geworfen.

Die ‚Agenda 2000‘ birgt jedoch viel Zündstoff, sowohl für die in den Mitgliedstaaten und den Beitrittsstaaten für die nationale Politik Verantwortlichen, als auch für die inneren Reformen der Gemeinschaft als supranationaler Organisation.

Walter Romberg:

Meine Frage richtet sich an Herrn Marganski und betrifft die sozio-ökonomischen innenpolitischen Folgen des EU-Beitritts Polens: Die Agrarreform in Polen stellt ein sehr großes Problem dar. Wenn der Agrarsektor Polens die gleiche Struktur wie in den präsenten EU-Mitgliedstaaten erhalten soll, bedeutet dies in diesem Bereich für Polen drei Millionen Arbeitslose zusätzlich. Die Frage stellt sich also, wie in Polen eine nichtkapitalintensive, sondern arbeitsintensive, d. h. also nicht industriemäßige landwirtschaftliche Produktion aufgebaut werden kann, die andererseits natürlich auch konkurrenzfähig sein muß. Die EU hat sicherlich kein Interesse daran, sozial destabilisierende Strukturen zu haben. Manche sagen deshalb, der Reformprozeß müsse sehr langfristig angelegt sein. Wie sieht Ihre diesbezügliche Perspektive aus?

Jerzy Marganski:

Die Agrarreform ist eines der größten Probleme, die in Polen im Laufe des EU-Beitritts gelöst werden müssen. Hierzu einige Bemerkungen:

1. Die polnische Landwirtschaft wird sehr wenig subventioniert, während auf EU-Ebene für die Gemeinsame Agrarpolitik im Jahre 1996 49 % des gesamten EU-Haushalts aufgewendet wurden.

Wenn man also überhaupt von einem Erfolg der EU-Agrarpolitik sprechen kann, mußte dieser sehr sehr teuer bezahlt werden.

Die Probleme in Polen sollten schnell gelöst werden. Allerdings wird die Reform der EU-Agrarpolitik nicht leichter als die Reform auf dem polnischen Agrarsektor.

2. Nach einer Analyse des polnischen Landwirtschaftsministeriums hat Polen derzeit nicht viel schlechtere Voraussetzungen im Agrarsektor für den EU-Beitritt, als sie seinerzeit Portugal, Spanien und Griechenland hatten.

3. Zur Situation des Agrarsektors in Polen: 27 % der Bevölkerung leben von der Landwirtschaft, erwirtschaften aber nur 7 % des BIP Polens. Dagegen sind im EU-Durchschnitt nur 3-6 % der Bevölkerung der jeweiligen Mitgliedstaaten in der Landwirtschaft beschäftigt, die jeweils zwischen 7 und 8 % des BIP erwirtschaften. Deshalb wird eine große Freisetzung von Arbeitskräften in der Landwirtschaft im Zuge der Agrarreform in Polen erwartet.

4. Ein spezifisch polnisches Problem in der Landwirtschaft besteht darin, daß nach dem Zweiten Weltkrieg ein Großteil der landwirtschaftlichen Betriebe in privaten Händen war. So bildeten sich im Zuge der Industrialisierung des Landes Doppelberufe heraus, d. h.

Landbesitzer, die gleichzeitig in der Industrie beschäftigt sind. Dieser Sachverhalt könnte in Bezug auf die polnische Agrarreform sogar einen Vorteil darstellen.

Christoph von Marschall:

Vielen Dank, Herr Marganski, für Ihre Ausführungen zur Problematik des Agrarsektors. Ich möchte zum Abschluß der Diskussion noch der Vollständigkeit halber einen Themenbereich ansprechen, der auch zur politischen Dimension der EU- und NATO-Osterweiterung zählt, hier aber nicht mehr detailliert behandelt werden kann: Auch die Frage der Rolle der Türkei und die damit verbundene Zypernfrage stellt vermutlich ein politisches Problem dar. Vielen Dank.

II. Die sicherheitspolitische Dimension

Gesprächsleitung: Prof. Dr. Wolfgang Harms
Freie Universität Berlin
ehem. Mitglied des Geschäftsführenden Präsidiums
der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V.
Gründungsmitglied der Internationalen Akademie Schloß Baruth

Referenten: Werner von Scheven
General a. D., Geltow/Potsdam

Holm Eggers
Vorsitzender der Landesgruppe Niedersachsen und
Regionalbeauftragter des Verbandes der Reservisten der
Deutschen Bundeswehr e. V., Hannover / Bonn

Einführung Wolfgang Harms

Ich darf Sie zum Teil II dieses Symposiums, der "sicherheitspolitischen Dimension", recht herzlich begrüßen. Auch wenn ich mich durch und durch als Zivilist fühle, ist es mir als einem nur passiv an Sicherheitspolitik Interessierten eine besondere Ehre, Ihnen heute zwei aktive Vertreter der Sicherheitspolitik vorzustellen, General a. D. Werner von Scheven und Holm Eggers.

In Rückerinnerung an den Beitrag Herrn Platoschkins vorhin habe ich mir die Frage gestellt, wieso fürchten sich die Russen vor der NATO-Osterweiterung eigentlich so? Der viel beschworene Nord-Süd-Konflikt ist nicht akut: Menschen aus Algerien kommen nicht nach Deutschland, um uns zu erobern, sondern weil sie uns um Asyl bitten. Ich sehe niemanden, der sich in Europa gegen uns verbünden könnte: weder an der Nordflanke, noch im Osten noch im Süden. Wir befinden uns sozusagen auf einer "Insel der Ruhe". Müßten wir aus dieser Sicherheit heraus nicht vielmehr dort Frieden schaffen, wo Konflikte bestehen, General von Scheven?

Statement Werner von Scheven

Auch ich fühle mich mittlerweile mehr als Zivilist, da ich vor kurzem in den Ruhestand berufen wurde. Ich freue mich, daß General Hans-Peter von Kirchbach heute anwesend ist, der uns später noch die aktuelle sicherheitspolitische Dimension im Konkreten erläutern wird.

Ich werde das Thema "Die sicherheitspolitische Dimension der EU- und NATO-Osterweiterung" allgemeiner betrachten:

Die sicherheitspolitische Dimension bezieht sich nicht nur auf die NATO, sondern auch auf die EU. Darauf komme ich später noch zurück.

Beide Institutionen haben sich bewährt (die Geschichte ist eine Erfolgsstory) und beide sind im Wandel begriffen.

Für die Bewältigung der Zukunftsprobleme Europas sind EU und NATO ohne Alternative, die Schaffung einer Stabilitäts- und Prosperitätszone wäre - trotz des Kalten Krieges - ohne sie nicht denkbar gewesen.

Die osteuropäischen Beitrittskandidaten wollen an Sicherheit, Stabilität und Prosperität teilnehmen, und sie wollen Mitverantwortung für europäische Stabilitäts- und Sicherheitspolitik übernehmen.

Die Aufnahme von Polen, Tschechien und Ungarn in die NATO bedeutet Familienzuwachs. Damit verbinden die Deutschen Freude, Hoffnungen, Erwartungen, aber die Deutschen übernehmen damit auch Verpflichtungen.

Auch die Westintegration in den Fünfziger Jahren gab es nicht zum Nulltarif; die Westintegration Osteuropas geht einher mit Modernisierungsbestrebungen. Zu deren Finanzierung müssen die alten Mitgliedstaaten ihren Anteil leisten, der Hauptanteil wird jedoch von den Beitrittsstaaten selbst aufzubringen sein.

Der Begriff "Osteuropa" trifft, obwohl häufig gebraucht, nicht tatsächlich zu: Bei Polen, Tschechien und Ungarn handelt es sich um die Mitte Europas.

Offizielle Moskauer Proteste gegen die NATO-Osterweiterung stehen den Äußerungen des russischen Präsidenten auf der 1993 stattgefundenen OSZE-Konferenz entgegen und bezeugen das immer noch vorhandene "alte Denken" Rußlands.

Deutschland hat ein vitales Interesse daran, daß seine Außengrenzen nicht mit den EU- und NATO-Grenzen aufeinanderfallen. Auch an den Ostgrenzen nur noch Verbündete zu haben, bedeutet für Deutschland einen Zugewinn von militärischer und sonstiger Stabilität, der über jedes Kostenkalkül und über die Sicherheit auf dem Kontinent allein hinausweist.

Für Deutschland kann ein historischer Wandel des Sicherheitsbegriffes festgestellt werden:

Bis 1945 spricht man von Instabilität, nach 1945 von schwankender Stabilität, durch die die eine Hälfte Europas prosperierte und an der die andere Hälfte Europas zu leiden hatte; seit 1990 besteht die dritte Chance der Schaffung von Sicherheit und Stabilität für ganz Europa.

Für die alte Bundesrepublik war die trans-atlantische Sichtweise prägend, was für die ehemalige DDR nicht zutraf. Das vereinigte Deutschland entwickelt ein neues Verständnis und richtet seinen Blick auch nach Südosten, Osten und Süden sowie über das Mittelmeer.

Die Bundeswehr verändert ihren Aufgabenzuschnitt und damit ihre Organisation. Die Entwicklung der Korps ist wichtig bei der Entwicklung der europäischen Verteidigungsidentität. Schon das Maastricht II-Abkommen postuliert eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Für diese ist eine größere Verteidigungsidentität notwendig. Eine entscheidende Möglichkeit hierfür bieten multinationale Truppenkorps, wobei Erfahrungen aus dem deutsch-französischen Verhältnis als Modell dienen können.

Die Bundeswehr engagiert sich mehr als viele andere Länder bei der Integration von osteuropäischen Ländern in die NATO. Hierbei hat die Ausbildung von Menschen Vorrang: Männer und Frauen sind es, die das Bündnis zu dem machen, was es ist. Der Vorbereitung der Aufnahme in die NATO dienen auch die grenznahen Truppenkontakte als eine Form der praktischen Zusammenarbeit.

Seit 1993 existiert das Programm 'Partnership for Peace (PFP)', das z. B. jährlich ca. 20 gemeinsame Übungen umfaßt: Einzelheiten hierüber werden Sie sicherlich noch dem Vortrag General von Kirchbachs entnehmen können.

Die nicht materiellen Erträge der praktischen Zusammenarbeit umfassen u. a.: Ausbau der Kommunikationsfähigkeit (z. B. gegenseitiges Fremdsprachenlernen), gegenseitige Achtung, Initiative von unten, Erschütterung falscher Feindbilder aus der Vergangenheit, Abbau von Vorurteilen

Die Integrationshilfen kosten natürlich auch Geld: Für das PFP und den Bereich bilaterale Sicherheitskooperation gibt die Bundesregierung im Jahre 1998 123 Mio. DM aus.

NATO und EU, die sich in ihrer sicherheitspolitischen Wirksamkeit ergänzen, stellen zwei Bausteine im Rahmen einer europäischen Sicherheits- und Stabilitätsordnung dar, OSZE und Europarat die anderen beiden Bausteine.

Weil die EU die europäische politische Union zum Ziel hat, stellt sich die Aufnahme neuer Beitrittskandidaten schwieriger dar als die Erweiterung der NATO.

Die Listen der Mitgliedstaaten, ebenso wie die Listen der Beitrittskandidaten, von EU und NATO sind nicht kongruent, weshalb es ein abgestimmtes, aber nicht gleichartiges Vorgehen bei den beiden Erweiterungsprozessen geben wird.

Die Investitionen für die EU-Integration übersteigen die Investitionen in die NATO-Erweiterung bei weitem: Von Deutschland wurden bisher 125 Mrd. DM in die Russische Föderation und weitere 65 Mrd. DM in die osteuropäischen Länder investiert.

Deutschland muß sich insofern auch als europäisches Zentrum einer neu entstehenden Friedens- und Stabilitätsordnung der Nordhälfte der Welt begreifen, wobei es nicht zum Problem, sondern zur Kraftquelle der Erweiterungsprozesse werden sollte.

Diesbezüglich muß Deutschland in der Lage sein, auf folgende sicherheitspolitische Grundfragen, die Nordamerika, Deutschland und Rußland gleichermaßen angehen, zu antworten:

1. Welche NATO?

Für mich, Herr Conze, ist dieses Thema noch nicht erledigt. Die Inaktivität der NATO in Bosnien vor dem Dayton-Abkommen hat zu einem Ansehens- und Kohäsionsverlust der NATO geführt. Durch den Einsatz der NATO in Bosnien erleben wir einen Paradigmenwechsel: von der kollektiven Verteidigung des Vertragsgebietes zur kollektiven Verteidigung gemeinsamer Gebietsinteressen.

Die Tatsache, daß der Osterweiterung der NATO im Bundestag auch die Sozialdemokraten sowie die Hälfte der Grünen zugestimmt haben, zeigt, daß die Zustimmung zur Allianz in hohem Maße von ihrer Problemlösungsfähigkeit abhängt; dies gilt analog auch für die Akzeptanz der Bundeswehr.

Gewichtige Stimmen in Amerika fordern eine globale Rolle der NATO; das Interesse der USA an der NATO-Osterweiterung ist es, verlässliche Bündnispartner im globalen Krisenmanagement der einzig verbliebenen Supermacht zu gewinnen.

Nahostkrise, fundamentalistische Schurkenstaaten sowie die Proliferation von Nuklearwaffen stellen Bedrohungen der internationalen Sicherheit von höchster Dringlichkeit dar.

2. Welche EU?

EU der 25? Welche Schnittmenge bleibt übrig? Die unterschiedlichen Wahrnehmungen der Mitgliedstaaten und der Beitrittskandidaten weichen von Nord nach Süd und von West nach Ost voneinander ab, z. B. hinsichtlich der Frage der illegalen Einwanderung.

Auch das Verhältnis zu Rußland einerseits und den USA andererseits wird nicht einheitlich gesehen: britisches oder französisches Modell? Deutschland und Polen dazwischen? Kompromisse werden nicht immer ausreichen.

Europa als Staatenbund oder Bundesstaat? Diese Frage scheint entschieden zu sein.

Europa als Krämer oder als strategische Gemeinschaft? Das wird die Zukunft zeigen.

Freihandelszone oder Zusammenschluß integrierter Volkswirtschaften? Hierfür wird eine wichtige Weichenstellung durch die Währungsunion erfolgen.

3. Welches Verhältnis zwischen EU und Nordamerika?

Handelsrivalen oder Partner? Wenn Partner, welche Art von Partnerschaft? Reicht die G7 als Koordinierungsmechanismus aus?

4. Welches Verhältnis zwischen EU und NATO einerseits und Rußland und Ukraine andererseits?

Beide Partner müssen in die Sicherheitsarchitektur der europäischen Friedens- und Stabilitätsordnung eingebunden sein.

Die Interessen Rußlands sind in mancher Hinsicht mit den Interessen der osteuropäischen Beitrittskandidaten unvereinbar.

Rußland hat seit der Auflösung der Sowjetunion nur im Süden und im Osten ernsthafte Probleme gehabt, jedoch nicht im Westen. Insofern stellt die NATO-Osterweiterung keine neue Bedrohung der Sicherheit Rußlands dar; sie ist auch keine Provokation Rußlands, sondern freie Entscheidung freier Nationen, sich einem Bündnis anzuschließen, das sich

im Wandel befindet, das sich nicht mehr dezidiert gegen Rußland richtet und von dem niemals Krieg ausgegangen ist.

Diese vier Fragen stehen miteinander in Wechselbeziehung; Deutschlands Politik wird in allen vier Fragen entscheidendes Gewicht beigemessen.

Die NATO kann den Sicherheits- und Stabilisierungsprozeß nur militärisch absichern. Dafür benötigt sie drei militärische Fähigkeiten:

1. die Fähigkeit, die zukünftige Kapazität der mit Abstand größten Militärmacht auf dem Kontinent, nämlich Rußlands, auszubalancieren;
2. die Fähigkeit und Bereitschaft zu kollektivem Einsatz - auch mit Nicht-NATO-Mitgliedstaaten, wie jetzt in Bosnien-Herzegowina - im Rahmen des internationalen Krisenmanagements in und für Europa;
3. die Fähigkeit, unterschiedlichsten Bedrohungen der europäischen Sicherheit - auch aus dem Krisenbogen rund um das südliche Mittelmeer sowie dem Nahen und Mittleren Osten - durch kollektive Maßnahmen wirksam zu begegnen.

Die NATO kann militärisch abschirmen, was sich als politischer Prozeß herausstellt; ökonomische und politische Stabilisierung verlangen hingegen nach der Europäischen Union.

Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen benötigen die OSZE.

D. h. nur im Zusammenwirken der euro-atlantischen Institutionen wird auf Dauer Erfolg erzielen zu sein, wobei Deutschlands Rolle den Grad des Erfolgs wesentlich mitbestimmt.

Statement Holm Eggers

Ich bin der konkreten Frage nachgegangen, wie Militär und Reservisten auf die EU- und NATO-Osterweiterung reagieren.

Mir kam dabei ein Ereignis wieder in den Sinn, das sich im Rahmen des von Herrn von Scheven schon erwähnten PFP-Programms stattfand. 400 Soldaten - davon 80 aus Deutschland, der Rest aus Polen - besuchten gemeinsam einen Militärfriedhof in Krakau in Polen, wo deutsche und polnische Tote direkt nebeneinander beerdigt worden waren. Und als wir, nachdem wir Kränze an den deutschen und polnischen Ehrenmälern, die auch nur 150 m auseinanderlagen, niedergelegt hatten, gemeinsam das Lager von Auschwitz besuchten, wurde es einigen von uns doch ganz anders zumute, denn bei all dem spürten wir keinerlei Ressentiments unserer polnischen Kollegen, im Gegenteil: Diese halfen einigen von uns, die diese Stätten noch nie zuvor aufgesucht hatten, den Anblick besser zu verkraften.

Ein zweites Beispiel für die praktische Kooperation, hier von Reservisten, ist ein gemeinsames Seminar in Strausberg bei Berlin von polnischen und deutschen Reservisten. In Polen gibt es keine Organisation - wie in Deutschland - für ehemalige Wehrpflichtige, sondern die Möglichkeit der freiwilligen Teilnahme an Reservistenverbänden. Diesbezüglich sollte in Polen nicht vergessen werden, daß nicht nur aktive Truppen in die NATO-Strategie integriert werden sollten, sondern auch Reservisten nicht hintenüberfallen dürfen.

Die Herausforderung, vor der die polnischen Streitkräfte derzeit stehen, ist mit den drei großen RRR, d. h. Reduzierung, Reorganisation und Restrukturierung, erklärbar. Hierzu sollte aber sinnvollerweise auch noch das Fremdsprachenlernen gezählt werden, das eine Annäherung von Truppen unterschiedlicher Staaten erheblich erleichtert.

In Polen besteht die Angst, daß in Zukunft über Polen hinweg die deutsch-russische Beziehung gepflegt wird. Obwohl die Bevölkerung stark die EU- und noch stärker die NATO-Osterweiterung befürwortet, ist vielen seit Herbst letzten Jahres bewußt geworden, daß dieser Prozeß der Annäherung für Polen nicht nur Nehmen, sondern auch Geben beinhaltet.

Aber das Treffen der drei Staatschefs von Deutschland, Frankreich und Polen vor kurzem in Posen berührt die Menschen viel mehr, dabei leisten auch die Partnerschaften von Korps ihren Beitrag: Es gibt Tage, an denen in 50 verschiedenen Orten Polens rund 1200 Soldaten unterschiedlicher staatlicher Herkunft aktiv sind.

Bezüglich der EU-Osterweiterung muß konstatiert werden, daß man in Deutschland noch gar nicht begriffen hat, was die Freizügigkeit innerhalb Europas überhaupt langfristig bedeutet: Hier wird es zu einer Veränderung der deutschen Stundenlöhne kommen müssen.

Zur sicherheitspolitischen Dimension der NATO-Osterweiterung ist allgemein zu sagen, daß die polnische Bevölkerung als Mitglied einer europäischen Kulturgemeinschaft - ebenso wie Militär und Reservisten - den NATO-Beitritt befürwortet. Jüngeren Menschen fällt dies leichter als älteren, die, weil sie lange in einem fremdbestimmten System aufgewachsen sind, sich erst noch an die neuen demokratischen Regeln gewöhnen müssen.

Wolfgang Harms:

Vielen Dank, Herr Eggers. Sie haben unter anderem dargestellt, daß auch in Polen der NATO-Beitritt leichter erfolgen wird als der EU-Beitritt, was hier lange umstritten war. Ich möchte hiermit die Diskussion auch den Teilnehmern des Symposiums eröffnen. Wir sammeln einige Fragen.

DISKUSSION ZUM TEIL II

Godehard Uhlemann:

Ich wende mich an Herrn von Scheven: Die EU-Osterweiterung verschiebt die militärischen Gewichte in Europa ganz erheblich, womit sich auch die Abrüstungsverträge verschieben. Diesbezüglich zwei Fragen:

1. Müssen die bestehenden Verträge neu ausgehandelt werden, weil sie zu Zeiten des Warschauer Pakts entstanden sind?
2. Zu Zeiten des Kalten Krieges war die Türkei ein hervorragender NATO-Partner. Hat die Immobilie Türkei heute an Gewicht verloren?

Hanns-Dieter Jacobsen:

Ebenfalls eine Frage an Herrn von Scheven: Wie stellt sich aus Ihrer Sicht die sicherheitspolitische Identität bezüglich der WEU dar? Oder ist dieses Thema schon nicht mehr aktuell?

Werner von Scheven:

1. Der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa legt Obergrenzen fest und nimmt eine Einteilung in Zonen vor. Seit sich NATO und Warschauer Pakt nicht mehr gegenüberstehen, hat es Veränderungen in der Zonenaufteilung gegeben, z. B. wurden Rußland gegenüber im Kaukasus-Konflikt Zugeständnisse gemacht, die über den Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa hinausreichten.

Hinzu kommt, daß die Obergrenze, die der Vertrag vorsieht, von allen beitretenden Staaten bei weitem unterschritten wird, so daß man Überlegungen angestellt hat, diese Obergrenze weiter zu senken, was auch einen Abbau des Potentials der Bundeswehr bedeuten würde.

Man hat Moskau signalisiert, daß auch der Beitritt weiterer Staaten in die NATO kein neues Potential für die NATO bedeuten würde.

2. Die Türkei befindet sich in einer besonderen strategischen Situation. Ihre NATO-Mitgliedschaft, die allgemein sehr betont wird, ist derzeit nicht so entscheidend. Es geht ihr vielmehr um die Aufnahme in die Europäische Union. Es bestehen allgemein komplizierte regionale Balancen, auch zwischen den Mittelmeerländern, die nur über älteres Waffenmaterial verfügen. Diese neuen Nehmerländer werden in eine ähnliche Situation wie die Türkei kommen und deshalb evtl. Hilfe von Nehmerländern erhalten.

3. Die WEU soll den militärischen Arm der EU darstellen, aber die Mitgliedstaaten von WEU, EU und NATO sind nicht kongruent. Teile des Adria-Einsatzes der NATO wurden unter WEU-Kommando durchgeführt. Insgesamt war die WEU jedoch lange wenig effizient, weswegen ihr ein Generalstab geschaffen wurde.

Der größte Promotor der WEU ist Frankreich. Dies führte jedoch zu Divergenzen zwischen den USA und Frankreich, da die USA die WEU nicht sonderlich ernst nimmt.

Den Ausschlag geben für die Zukunft der WEU einerseits und der NATO andererseits die jeweilige Problemlösungskompetenz.

Wolfgang Harms:

Schwindet mit dem schwindenden Ost-West-Gegensatz nicht auch die strategische Bedeutung der Türkei? Liegt die strategische Bedeutung der Türkei nicht darin, daß sie eine Stütze im Ost-West-Ausgleich ist oder eben nicht?

Werner von Scheven:

Die Türkei definiert ihre Rolle neu, z. B. im Verhältnis zu Mittel- und Ostasien (Stichwort: Turkistan). Ihre strategische Bedeutung für die Befriedung des Nahen und Mittleren Ostens ist eher noch gewachsen als gesunken.

Sicherheitsexperten befürchten, daß der nächste Krieg über das Wasser ausbrechen wird, wobei die Türkei eine nicht unbedeutende Rolle spielt. Hierbei ist einleuchtend, daß eine Türkei, die Mitgliedstaat des Bündnisses ist, besser ist als eine nicht organisierte Türkei.

Walter Kaul:

In welchen konkreten Schritten wird die NATO-Erweiterung stattfinden (Stichworte: gemeinsames Korps, gemeinsame Stationierung) und wer trägt die Kosten? Wird sie Extrakosten erfordern und wenn ja, wer trägt diese?

Wolfgang Harms:

Bevor Herr von Scheven antwortet, folgende Anmerkung:

Die Kosten für die NATO-Erweiterung werden sehr unterschiedlich hoch geschätzt. Ein Datum, das kursiert, lautet: etwa acht Milliarden DM.

Werner von Scheven:

Es existieren Kriterien für den NATO-Beitritt:

Das am schwierigsten zu erfüllende politische Kriterium war z. B. in Polen: die ‚Rolle des Militärs im polnischen Staats- und Gesellschaftssystem‘. Polen ist hierbei jetzt aber auch auf dem Stand aller bisherigen Mitgliedstaaten. Neben den politischen Kriterien gibt es auch militärische Kriterien: Hierzu gehören v. a. die sog. ‚Interoperabilitäten‘ zwischen den Streitkräften, d. h. die Fähigkeiten, gemeinsam zu operieren: Kommunikationsfähigkeit/Fremdsprachenlernen, Kooperation bei der Ausrüstung und bei der Technologie sowie die Führung kleinerer gemeinsamer Truppenverbände.

Die Kosten für die NATO-Osterweiterung sind in erster Linie von den beitretenden Staaten selbst aufzubringen, aber jede Erweiterung hat der NATO bisher auch enorme eigene Kosten beschert.

Im Falle der Osterweiterung ist wiederum mit erheblichen Kosten für die NATO selbst zu rechnen, obwohl sich diese eher im einstelligen Milliardenbereich als im zweistelligen bewegen werden.

Holm Eggers:

Alle existierenden Zahlen über die Kosten der NATO-Osterweiterung sind völlig unverbindlich: Sie schwanken zwischen 5 und 100 Mrd. DM.

Albrecht Conze:

Herr von Scheven, ich teile alles, was Sie gesagt haben. Nur im Blick auf die drei bereits aufgenommenen Staaten haben wir uns, glaube ich, mißverstanden. Das Communiqué von Madrid vom Juli 1997 beinhaltet die "Formel von der offenen Tür". Dies bedeutet, daß die NATO-Erweiterung mit Polen, Tschechien und Ungarn nicht für alle Ewigkeit abgeschlossen ist, sondern daß, wenn die Bedingungen von der NATO als günstig erachtet werden, man durchaus über weitere Beitritte nachdenken sollte.

Zwischenfrage Publikum:

Gab es auch von anderen NATO-Mitgliedstaaten Initiativen zur Organisation von polnischen Reservisten außerhalb Deutschlands?

Eine Frage an Herrn von Scheven speziell zur Situation der Nuklearwaffen: Auf russischer Seite werden taktische Nuklearwaffen als Möglichkeit der Ergänzung von zu schwachen konventionellen Waffen gesehen. Wie sehen Sie den weiteren Prozeß der Revision im Hinblick auf nukleare Waffen?

Holm Eggers:

Die NATO-Reservisten-Offiziers-Vereinigung ZIOR hat beispielsweise in Krakau einen Kongreß für polnische Reservisten abgehalten. Allgemein ist hierbei anzumerken, daß solche Zusammentreffen meist in der Nähe der jeweiligen Reservistenverbände liegen, da

Fahrten zu Kongressen privat finanziert werden müssen. Es gibt jedoch auch eine Vielzahl anderer Kontakte mit niederländischen, belgischen und französischen Freunden.

Werner von Scheven:

An dieser Stelle sollte, denke ich, noch einmal der Unterschied zwischen freiwilliger Reservistenarbeit, von der Herr Eggers spricht, die in eingetragenen Verbänden stattfindet, und der Organisation zu mobilisierender Truppenteile durch Reservisten aufgezeigt werden: Nur bei letzterem handelt es sich um offizielles staatliches Handeln mit dem Ziel, militärische Streitkräfte zu unterstützen.

Nun aber zu der Frage, ob die Russen in ihrer NATO-Strategie den Nuklearwaffen wieder stärkere Bedeutung beimessen:

Nuklearwaffen stellen nur noch eine Residualkategorie dar: Es gibt keinen Weg zurück in die 60er/70er Jahre, sie operativ zu gebrauchen; wenn die sog. 'Schurkenstaaten' aber nicht berechenbar und nur noch mit Gewalt beeindruckbar sind, dann ist auch eine Bedrohung mit Nuklearwaffen denkbar.

Wenn in Rußland im Zuge der NATO-Osterweiterung wieder an eine Aufrüstung von nuklearen Waffen gedacht wird, dann verdeutlicht dies einmal mehr das noch vorhandene 'alte Denken':

Seit 1970 hat militärisches Denken in Rußland eine absolut dominierende Rolle gespielt. Selbst die Landwirtschaft wurde nach militärischen Prinzipien definiert und auch heute noch ist in der politischen Rhetorik russischer Staatsmänner ein Unterfüttertersein von militärischem Denken erkennbar. Es wird noch eine Zeit vergehen, bis ziviles Denken in die Köpfe einzieht, eine Entwicklung hin zu zivilem Denken in Rußland wäre jedoch wünschenswert.

Aber nochmals: Die nukleare Bewaffnung in der NATO stellt nur noch eine Restkategorie dar, auch die ‚Nukleare Planungsgruppe‘ der NATO kommt nur noch pro forma zusammen.

Allerdings stellt die ballistische Bedrohung Europas von außerhalb, aus dem oben beschriebenen Krisenbogen, zumindest für die nächsten zehn Jahre eine ernsthafte Bedrohung dar; diesbezüglich muß mit den Bündnispartnern über Nuklearwaffen diskutiert werden.

Wolfgang Harms:

Im Zentrum der Diskussion sollte die Reaktion Rußlands auf die NATO-Osterweiterung stehen, wieder Nuklearwaffen zu stationieren.

Ist es nicht sinnvoller, der NATO das Feindbild zu nehmen, als sich als Gegner der NATO zu erweisen, indem man die Atomwaffen wieder an die Grenze schafft? Vielleicht könnte der anwesende Vertreter der Außenstelle Berlin der russischen Botschaft hierzu einmal Stellung beziehen?

Nikolai Platoschkin:

Ich trete hier auf als ein Vertreter der von ihnen erwähnten ‚Schurkenstaaten‘.

Herr von Scheven hat es eben wiederholt, daß die NATO Gegner Rußlands ist. Er sagte, "die Hauptsache der NATO ist es, Rußland auszubalancieren". Das ist eigenartig, denn die NATO ist uns heute im konventionellen Bereich 4 : 1 überlegen. Man fühlt sich

deshalb bei solchen Äußerungen in die Vergangenheit zurückversetzt, denn: Wir haben das Teufelszeug doch aus Europa herausgebracht, und jetzt steht das Thema erneut an.

Wenn die nukleare Kategorie bei der NATO wirklich eine Restgröße darstellen würde, wie es Herr von Scheven behauptet, dann erklären Sie mir einmal, warum sich die Bundesrepublik geweigert hat, über die atomwaffenfreie Zone in Osteuropa zu sprechen. Deutschland war als einziger Staat dagegen, die anderen Staaten haben im Prinzip zugestimmt.

Ich weiß nicht, ob die NATO wirklich Stabilität exportiert. Die NATO-Mission in Bosnien mit 26 teilnehmenden Staaten wäre politisch ohne uns zum Scheitern verurteilt gewesen, weil die Serben - historisch bedingt - uns mehr vertrauen als der NATO.

Oder was hat die NATO z. B. auf Zypern bewirkt, wo Großbritannien Stützpunkte hat und die beiden sich gegenüberstehenden Parteien riesige Aufrüstungsprogramme gegeneinander - nicht gegen Rußland - aufgelegt haben?

Nehmen Sie das Beispiel Finnland. Finnland hat mit uns zwei Kriege geführt, aber es hat aus der Geschichte gelernt, daß es besser ist, sich mit uns freundlich zu stellen. Heute ist Finnland sogar so kühn, bei uns Waffen zu kaufen, und trotzdem leidet unsere gute Beziehung darunter nicht.

Oder wieso erhält die Türkei keine Zulassung zu EU-Beitrittsverhandlungen, obwohl sie NATO-Mitglied ist. Handelt es sich denn bei EU und NATO um zwei verschiedene Wertegemeinschaften?

Wolfgang Harms:
(unterbricht Herrn Platoschkin)

Die Geschichte kennen wir auch alle. Meine konkrete Frage an Sie wäre: Fühlen Sie sich konkret von der NATO-Osterweiterung bedroht, oder ist die Ablehnung nur emotional bedingt?

Nikolai Platoschkin:
Noch 1994 behaupteten die Amerikaner, daß das PFP-Programm als Ersatz für die NATO-Osterweiterung anzusehen sei.

Wolfgang Harms:
Wieso protestieren Sie denn so. Daß in der Geschichte auf beiden Seiten Fehler gemacht wurden, ist bekannt. Aber Sie wollen doch auch Wirtschaftshilfe von uns?

Nikolai Platoschkin:
Das ist schon richtig, aber Rußland wird wirtschaftlich irgendwann einmal wieder erstarren.
Aber bedenken Sie: Die Franzosen - beispielsweise - sind dem Madrider NATO-Gipfel ferngeblieben, weil sie von der Erneuerung der NATO nicht überzeugt sind. Wie soll Rußland der NATO-Osterweiterung zustimmen, wenn selbst die engsten Verbündeten Deutschlands von der Erneuerung der NATO nicht überzeugt sind?

Werner von Scheven:

Ich halte es zunächst einmal schlicht nicht für fair, wenn Sie sich hier als Vertreter eines ‚Schurkenstaates‘ darstellen.

Davon abgesehen, ist Rußland die mit Abstand größte Nuklearmacht, die größte Seemacht und die größte Luftmacht.

Niemand hätte 1988 vorausgesehen, was 1989 Wirklichkeit wurde. Genauso kann man nicht voraussehen, welche sicherheitspolitischen Konstellationen in Rußland in den Jahren 2005 - 2007 existieren werden. Sicherheitsvorsorge bedeutet auch, eingepackt zu sein in politische Strategien: daß man Streitkräfte wieder zur Verteidigung aufbauen muß - das würde auch Rußland als legitim erachten.

Das Hauptproblem Ihrer Äußerungen ist, daß Rußland befürchtet, aus Europa herauszufallen, aus dem Zusammenwachsen eines Stabilitäts- und Prosperitätsraums. Diese Angst läßt sich auch anhand der Rußland-Akte erkennen.

Orlof Zimmermann:

Eine Frage an Herrn von Scheven: Welche Rolle spielen die USA im Verhältnis zur WEU? Die Europäer sind so gefragt im ehemaligen Jugoslawien, daß man sich sogar einer WEU erinnert. Die WEU wurde stets mehr oder weniger stark von Frankreich unterstützt, obwohl dies die deutschen Medien so nicht wiedergegeben haben. Stattdessen wird in diesen der Eindruck erweckt, daß die NATO ohne Frankreich auskommen könne. Ob das gut ist, weiß ich nicht.

Die zwei wichtigsten Themenbereiche, die Rußland - nach Aussage der russischen Botschaftsvertreter Tarasov und Koslikin in Bonn - derzeit beschäftigen, sind die Erweiterung der EU und die Erweiterung der NATO: Ersteres beinhaltet keine Gefahr für Rußland; auch die Erweiterung der NATO berge keine Gefahr, wenn bewiesen wird, daß das Trauma des Jahres 1941 nicht wiederholbar ist durch die Einbindung Rußlands in den europäischen Kontinent.

Dies kann für Rußland eine große Sicherheit bedeuten. Deshalb meine zweite Frage: Wie wichtig ist es, eine Allianz mit Rußland zu bedenken, auch im Hinblick auf eine mögliche islamische Bedrohung?

Werner von Scheven:

Integration macht kollektiv angriffsunfähig. Betrachtet man beispielsweise die Rolle der Amerikaner in Ex-Jugoslawien, so war es kein Ruhmesblatt, daß sich die Europäer aus dem Konflikt heraushalten wollten und sich für unfähig hielten, gemeinsame Aktionen anzuführen. Erst als die Amerikaner zustimmten und nach dem Dayton-Abkommen Europa bereit war einzugreifen, kam es zu IFOR und SFOR.

Das zeigt: Europa muß selbst handlungsfähig sein, wenn auf dem Kontinent eine Krise ausbricht, und nicht erst nach Anrufen der Amerikaner, denen man sich dann anschließt.

Die NATO legt Wert darauf, daß auch Nicht-NATO-Mitglieder gemeinsam Verantwortung mitübernehmen. Im ‚Multinationalen Korps‘ in Straßburg versammelt das NATO-Hauptquartier auch Nicht-NATO-Mitglieder aus der ganzen Welt.

Dementsprechend sollte die NATO weitere dieser sog. ‚combined joint task forces organisations‘ schaffen, d. h. Führungsorganisationen, die sowohl NATO-Einheiten als auch Nicht-NATO-Einheiten befehligen.

Zur Frage nach der Allianz mit Rußland: Die Amerikaner werden in 10 oder 20 Jahren wahrscheinlich einen Machtrivalen auf der Welt haben: China; deshalb wollen die Amerikaner nicht, daß Rußland ihnen gegnerisch gegenübersteht, sondern den Staat als Verbündeten. Amerika entdeckt in China eine Bedrohung der Weltsicherheit, nicht in der russischen Militärmacht, in der Amerika einen potentiellen Verbündeten sieht, der in der globalen Rolle der NATO mitziehen muß.

Der frühere amerikanische Verteidigungsminister Perry hat auch einmal geäußert, daß Rußland in ferner Zukunft einmal Mitglied der NATO werden könnte.

Dies ist jedoch wirklich noch Zukunftsmusik.

Wolfgang Harms:

Vielen Dank Ihnen allen. Ich bedaure, daß die Russen sich von der Osterweiterung der NATO wenn nicht bedroht, so zumindest ausgeschlossen fühlen, und ich hege den Ausdruck der Hoffnung, daß dies in absehbarer Zeit der Vergangenheit angehören wird. Vielen Dank.

Gastrede

General Hans-Peter von Kirchbach

Generalleutnant

Kommandierender General, IV. Korps, Potsdam

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich freue mich, heute Abend vor Ihnen sprechen zu dürfen, und besonders über die Anwesenheit von meines Vorgängers in Brandenburg, General a.D. Werner von Scheven. Im Jahre 1997 kamen auf dem Marktplatz in Greifswald die 14. Division aus Brandenburg, eine Division aus Dänemark und eine polnische Division zusammen. Dort haben die Verteidigungsminister der drei Staaten die Urkunden einer trilateralen Partnerschaft den kommandierenden Generälen übergeben.

Zum ersten Mal in Stettin bin ich Mitte 1991 gewesen, um dort den Dialog aufzunehmen.

Damals war ich noch Oberst und es war große Medienpräsenz vorhanden, als ich von einem Vertreter des polnischen Fernsehens gefragt wurde, was ich über die Gründung einer deutsch-polnischen Brigade dächte.

So etwas war damals noch ‚Science-fiction‘, deshalb gab ich zur Antwort, daß ich wohl mit dem Außenminister Hans-Dietrich Genscher verwechselt worden sei.

Im letzten Jahr trafen sich in Stettin in Polen unter einem deutschen Brigadekommandeur, einem französischen Kommandeur und einem polnischen Kommandeur ein deutsch-französischer Truppenkörper, der auch noch Streitkräfte von drei weiteren Staaten, darunter ein Zug von Albanern, unter sich vereinigte.

Auch an einem SFOR-Einsatz, der nicht unter NATO-Kommando stand, beteiligten sich albanische Truppen, und ihm war zudem ein ukrainisches Bataillon angegliedert:

Welche Entwicklung der Zeit!

In einem Jahr findet in Washington ein NATO-Gipfel statt, den viele schon heute als historisch ansehen aus zweierlei Gründen:

Zum einen wird dabei das 50-jährige Jubiläum der NATO begangen, zum zweiten kann das Bündnis auf eine Zeit des Erfolgs zurückblicken.

Die NATO war über ein halbes Jahrhundert Garant von Frieden und Freiheit, aber sie war kein problemloses Bündnis. Manchmal hätte man sich eine bessere Handlungsfähigkeit gewünscht, aber die NATO hat es verstanden, das, was es seinen Mitgliedstaaten vertraglich zugesichert hat, gegenüber seinen Mitgliedstaaten auch einzuhalten. Dieser Sachverhalt überwiegt alle Probleme.

Die NATO von heute ist längst nicht mehr die NATO des Kalten Krieges. Die Neuorientierung der NATO zeigt sich daran, daß sich das Bündnis neuen Aufgaben stellt; es orientiert sich an den Herausforderungen von heute und morgen: Es hat lange gedauert, bis es zu Schritten wie in Bosnien kommen konnte. Aber die Bereitschaft der NATO, an Maßnahmen zur Krisenbewältigung teilzunehmen, hat den SFOR-Einsatz erfolgreich gemacht; denn: Die UNO-Truppen standen schon vorher da, offensichtlich hatten sie aber keinen Erfolg.

Es war kein Betriebsunfall, weitere Staaten in die NATO zu integrieren, sondern gewollte und bewußte Politik dieses Bündnisses.

Das Ziel der NATO ist Sicherheit und Stabilität in Europa und die Bereitschaft, das Bündnisgebiet zu verteidigen. Dies läßt sich gut am Beispiel der Bundeswehr illustrieren: Es gab eine Zeit des Kalten Krieges, in der deutsche Truppen binnen 48 Stunden nach Alarmierung bereit waren, an der innerdeutschen Grenze die Verteidigung aufzunehmen. Dies ist heute nicht mehr notwendig, darauf bereiten wir uns auch nicht mehr vor. Heute geht es darum, die Fähigkeit zu besitzen, innerhalb weniger Monate einsatzfähig zu sein. Dies ist ein Riesenunterschied gegenüber früheren Zeiten. Internationale Krisenmaßnahmen benötigen dagegen kürzere Zeiten zur Herstellung der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr.

Die sich nun vollziehende NATO-Osterweiterung ist nicht die erste NATO-Erweiterung. Schon kurz nach ihrer Gründung im Jahre 1949 setzte sich die Erkenntnis durch, daß es ohne die Integration Deutschlands in die NATO keine sicherheitspolitische Stabilität in Europa geben kann.

Im Jahre 1982 stellte man sich die Frage, wie Spanien in der Nach-Franco-Zeit in das System integriert werden könnte. Spanien wollte beitreten und wurde integriert.

Vor drei Wochen hatten wir dann im Deutschen Bundestag eine ganz breite Mehrheit für den NATO-Beitritt Polens, Tschechiens und Ungarns; eine ähnlich hohe Befürwortung ist aus den USA zu erwarten.

Deutschland ist sicher ein ganz besonderer Befürworter dieser Öffnung für neue Mitglieder. Dies läßt sich durch besondere Gründe aus seinem eigenen Schicksal heraus erklären.

Der polnische Drang nach Freiheit war eine Initialzündung für ein vereinigtes Europa. Wir haben auch alle noch in Erinnerung, wie der damalige ungarische Außenminister, Gyula Horn, den ungarischen Grenzstacheldraht zerschnitten hat: Polen und Ungarn haben ihre Freiheit wiedererlangt und Deutschland seine Einheit in Freiheit und Frieden.

Die USA und Rußland haben eine große Rolle in diesem Prozeß gespielt. Deren Rollen muß man akzeptieren.

Rußland muß in die Sicherheitsordnung miteinbezogen werden, darf nicht aus ihr ausgeklammert werden.

Polen, Tschechien und Ungarn gehören zum zentraleuropäischen Kulturraum. Die Einbindung dieser in das Bündnis deckt sich mit den fundamentalen Sicherheitsinteressen Deutschlands, weil dieses dann im Osten und im Westen von Bündnispartnern umgeben ist.

Im Kern geht es bei der Öffnung der NATO jedoch um die Schaffung von Stabilität, eines friedlichen Raums, in dem es keinen Krieg mehr gibt.

Der Erweiterungsprozeß kann nur langsam und schrittweise ablaufen und nur mit Staaten, die die politischen und militärischen Bedingungen des Bündnisses erfüllen: Es darf nicht sein, daß durch die Öffnung des Bündnisses nicht Stabilität exportiert, sondern Instabilität importiert wird. Daher ein schrittweises, politisch abgesichertes Vorgehen.

Die neuen Mitglieder treten einer neuen NATO bei mit einem veränderten strategischen Konzept. Die Zahl der Hauptquartiere werden drastisch reduziert, weil sie für die Zeit des Kalten Krieges geschaffen waren und die Masse davon heute nicht mehr gebraucht wird.

Bisher war hauptsächlich von der einen Hälfte Europas die Rede, die zweite Hälfte Europas betrifft nunmehr Rußland. Die Einbindung Rußlands ist begonnen mit der 'Grundakte zur gemeinsamen Sicherheit zwischen NATO und Rußland'.

Es gibt einen neuen NATO-Rußlandrat, der zur gemeinsamen Formulierung und Gestaltung gemeinsamer Auffassungen geschaffen wurde und der auch bereits funktionsfähig arbeitet. In der Akte fand dieser ebenso Niederschlag wie die Aussage, daß eine Sicherheitspartnerschaft notwendig ist.

Kein Staat außerhalb des Bündnisses besitzt ein Veto-Recht gegen Beschlüsse der NATO. Die neuen Mitgliedstaaten werden die gleichen Rechte und Pflichten haben wie alle bisherigen Mitgliedstaaten.

Es wird und darf keine Absprachen mit der NATO zu Lasten Rußlands geben.

Der institutionalisierte Dialog mit der Russischen Föderation stellt eine Chance dar, zu gemeinsamem Handeln zu gelangen.

Die Öffnung der NATO, die Änderung der NATO, der Export von Stabilität und die Partnerschaft mit Rußland sind ein Konzept, und keines ist vom anderen zu trennen.

Die Bundeswehr engagiert sich in Osteuropa wie keine andere Armee. Die erforderlichen Maßnahmen werden von den Staaten selbst organisiert, die Bundeswehr steht helfend zur Seite. Es gibt grenzüberschreitende Partnerschaften und gemeinsame Übungen. Die neue Orientierung der NATO wird beispielsweise an der gemeinsamen Übung zwischen Deutschland, Dänemark und Polen auf einem Truppenübungsplatz in Polen erkennbar. Dies ist ein Beweis für die Zeitenwende, in der wir leben: Das Bündnis wird nicht von Waffen zusammengehalten, sondern von Männern und Frauen, die sich gegenseitig fortbilden.

Die Integration der osteuropäischen Staaten verlangt jahrelange Bemühung der beteiligten Mitgliedstaaten.

Hinter vielen Fragen nach den Kosten der NATO-Osterweiterung stehen die Interessen der Rüstungsindustrie.

Es gab keinen Tag, an dem Waffen oder Ausrüstung unterschiedlicher Truppenherkunft identisch waren: Die Öffnung der NATO ist keine Frage gemeinsamer Waffensysteme, sondern Frage der Fähigkeit zur Zusammenarbeit in gemeinsamen Sicherheitsstrukturen.

Unsere Nachbarstaaten haben auf dem Weg in die NATO bereits Beeindruckendes geleistet. So haben polnische Truppen im Jahre 1996 eine Übung in Stettin mit

Teilnehmern anderer Staaten selbst durchgeführt, wobei die hierfür notwendige Ausbildung der polnischen Offiziere in der Fremdsprache Englisch selbst bewerkstelligt worden war. Diese Übung wurde in ähnlicher Zusammensetzung im Jahre 1997 in Dänemark wiederholt.

Von insgesamt 750 Übungen entfallen 200 auf Polen und Tschechien, bei denen auch persönliche Freundschaften zwischen den Soldaten entstehen.

Der Brückenschlag der Oder und der Handschlag der Verteidigungsminister von Deutschland und Polen in der Mitte über der Oder war ein wichtiges Ereignis, noch wichtiger war aber das gemeinsame freundschaftlich-partnerschaftliche Bivakieren im Anschluß daran gewesen, das der Völkerfreundschaft zwischen Deutschland und Polen diene.

In Stettin ist die Einrichtung eines trinationalen Korps (Deutschland, Polen und Dänemark) geplant, ähnlich dem Eurokorps. Der Sinn dieser Initiative ist es, daß sich die Kinder der Großväter, die sich im Zweiten Weltkrieg feindlich gegenüberstanden, wiedervereinigen.

Es gibt keine anderen Streitkräfte außerhalb der deutschen, die ihre Truppen so multilateral eingebunden haben, z. B. deutsch-niederländisches Korps, deutsch-amerikanisches Korps, Eurokorps, deutsch-französische Brigade.

Es gibt keine besseren Maßnahmen zur Schaffung des Vertrauens als die Einbindung von Truppen in partnerschaftliche Strukturen. Das IV. Korps Potsdams in Brandenburg hat die ureigenste Aufgabe, Schrittmacher bei der Einbindung der osteuropäischen Partner in Partnerschaften zu sein.

Es gibt Verbindungen auf Divisions- und Brigadenebene, wobei auch mit tschechischen Truppen zusammengearbeitet wird, z. B. in Olmütz.

Das deutsch-polnische Verhältnis hat als Parallele das deutsch-französische Verhältnis zum Vorbild, wichtig für Deutschland sind aber auch Beziehungen zu amerikanischen, britischen und niederländischen Streitkräften.

Das Bündnis ist auch mit Risiken behaftet; aber Risiken und Gefahren sind keine Entschuldigung dafür, nicht zu handeln. Wir müssen die Chancen nutzen auf dem Weg in die Zukunft und die Vision eines Bündnisses, das fähig ist zur Bewältigung von Krisen in einer Partnerschaft mit Rußland. Diese ist sicherlich des Schweißes wert.

2. Tag des Symposiums: Freitag, 17. April 1998

III. Die wirtschaftliche Dimension

Gesprächsleitung: Prof. Dr. Manfred Busche
Vorsitzender der Geschäftsführung, Messe Berlin GmbH,
Vorsitzender des Ost- und Mitteleuropa-Vereins e. V., Berlin /

Hamburg

Referenten: Václav Lavicka
Leiter der Wirtschaftsredaktion,
DNES Mlada Fronta

Winfried A. Häusle
Ministerialrat

Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn / Berlin

Dr. Heinrich Machowski
Kooperationsbüro Osteuropa-Wirtschaftsforschung im
Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin

Wolfgang Schaaf
Geschäftsführer der Treuhand Osteuropa Beratungs-
gesellschaft mbH, Berlin
Gründungsmitglied der Internationalen Akademie Schloß Baruth

Einführungsreferat Manfred Busche

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

erfreulicherweise haben die deutschen Wirtschaftsbeziehungen mit den MOE-Staaten im Jahre 1997 neue Rekordhöhen erreicht. Vor allem der Handel mit den 10 wirtschaftlich stärksten MOE-Staaten stieg beträchtlich an: Hier war ein Anstieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum von 25 % zu verzeichnen, was einer - in der Geschichte der Bundesrepublik einmaligen - doppelt so hohen Steigerung wie der Steigerung des Gesamtexportes der Bundesrepublik Deutschland im selben Zeitraum entspricht.

Damit ist es erstmals gelungen, daß der Anteil der deutschen Exporte in die MOE-Staaten am Gesamtexport der Bundesrepublik Deutschland die 10%-Marke erreicht hat (in den Achtziger Jahren lag dieser Anteil noch bei rd. 5 %).

Damit überstiegen die deutschen Ostexporte erstmals die Exporte in die Vereinigten Staaten und reichten beinahe an das deutsche Exportvolumen nach Frankreich, dem größten Wirtschaftspartner Deutschlands, heran.

Deutschland wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten vor allem zwei Aufgaben haben:

1. Die Wirtschafts- und Währungsunion:

Hierfür müssen die Beitrittskandidaten die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformen noch vornehmen, die die EU-Mitgliedstaaten bereits hinter sich gebracht haben.

2. Die EU-Osterweiterung:

Diesbezüglich hat die Europäische Kommission langwierige Untersuchungen angestellt, um die Schritte, die zur Angleichung der wirtschaftlichen und demokratischen Standards der Beitrittskandidaten an EU-Standards bereits vorgenommen worden sind, und diese, die noch in Angriff zu nehmen sind, zu analysieren.

Das PHARE-Programm dient in hohem Maße dazu, die institutionellen, aber auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu erfüllen.

Die Problematik der Finanzierung der EU-Osterweiterung wird sicherlich noch in Teil VII dieses Symposiums (Agenda 2000 der Europäischen Kommission) noch genauer behandelt werden. Vorab jedoch einige Stichpunkte hierzu:

Allgemein ist festzustellen, daß die bisherigen Nettozahler innerhalb der EU-Mitgliedstaaten, zu denen auch Deutschland zählt, befürchten, daß mit der Osterweiterung der EU die Höhe der Beitragszahlungen weiter ansteigen wird. Andererseits verspricht sich Deutschland von der Agrarreform, die im Rahmen der EU-Osterweiterung angestrebt wird, finanzielle Entlastungen auf dem Agrarsektor.

Für die Vorbereitung der EU-Osterweiterung standen von 1993 bis 1999 200 Mrd. ECU bereit. Für die Folgephase sind weitere 275 Mrd. ECU eingeplant, wobei die Finanzierung hauptsächlich durch eine Umschichtung innerhalb der Mitgliedstaaten erreicht werden soll.

In Polen hat die Privatisierung weitgehend von unten stattgefunden, d. h. durch aktive Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten. So umfaßt der Privatsektor Polens mittlerweile rund 67 % aller Arbeitskräfte in Polen und erwirtschaftet rd. 60 % des polnischen BIP.

Allerdings gibt es Branchen, die bisher noch in unzureichendem Maße privatisiert wurden: Hierzu gehören Großbanken, Transportbetriebe und große Industriebetriebe. Bei letzteren hat eine Art "Scheinprivatisierung" stattgefunden, weil diese nunmehr in Besitz halbstaatlicher Großbanken bzw. deren Investmentfonds sind. Die polnische Regierung will diesbezüglich jedoch Veränderungen vornehmen.

Es wird prognostiziert, daß das polnische BIP im Jahre 1998 um 2,5 % ansteigen wird, von 1999 an sogar jährlich um 3-4 %.

An den ausländischen Direktinvestitionen in Polen besitzt Deutschland einen Anteil von 23 % des investierten Kapitals.

Polen ist der größte Außenhandelspartner Deutschlands unter den MOE-Staaten.

Aber, um dies dem Vortrag Herrn Lavickas voranzustellen, der uns gleich die wirtschaftliche Situation Tschechiens detaillierter darstellen wird: Analysen des DIHT in Kooperation mit der Deutsch-Tschechischen Außenhandelskammer zufolge befindet sich die Tschechische Republik nach Polen auf Platz 2 der größten Außenhandelspartner Deutschlands unter den MOE-Staaten.

Tschechien hat im Jahre 1997 60 % - 70 % seiner Ausfuhren in die EU exportiert.

Václav Lavicka

Die Erwartungshaltung der tschechischen Wirtschaft

Vielen Dank, Herr Busche.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte Ihnen nun die makroökonomischen Grundvoraussetzungen für den Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union verdeutlichen.

Tschechien muß in absehbarer Zeit folgendes gelingen:

1. Eine deutliche Reduzierung des Abstands des tschechischen BIP vom durchschnittlichen BIP der EU-Mitgliedstaaten. In der jetzigen Situation macht das tschechische BIP nur knapp 14 % des deutschen BIP aus.

2. Es muß eine Annäherung des tschechischen Zinsniveaus an das durchschnittliche EU-Zinsniveau erfolgen.

3. Tschechien muß wieder ein höheres Wirtschaftswachstum erzielen. Während Tschechien im Jahre 1995 noch ein revidiertes Wirtschaftswachstum von 6,4 % erreicht hat, war es 1997 nur rd. 1 %. Allerdings ist für 1998 ein Wachstum von 2-2,5 % prognostiziert. Damit könnte Tschechien im Jahre 1998 erstmals wieder das quantitative wirtschaftliche Niveau von 1990 erreichen. Die Republik Polen hat dieses Niveau bereits vor zwei Jahren überschritten.

Die Tschechische Republik wird vom IWF und anderen multilateralen Organisationen hinsichtlich der Öffnung zum Weltmarkt häufig als Vorreiter der mittel- und osteuropäischen Integration der Transformationsländer dargestellt. Aber nicht die Regierung, sondern die Unternehmer sind die wirklichen Eigentümer, die auch ein Interesse an der Weiterentwicklung der tschechischen Wirtschaft haben.

Die bestehende tschechische Gesetzgebung begünstigt jedoch nur die Schuldner; die Betriebe können sich nicht über Kapitalmärkte refinanzieren. Dadurch besteht eine ungesunde Abhängigkeit der Betriebe von den Banken.

Die wirtschaftliche Entwicklung Tschechiens war im Zeitraum von 1990 bis 1994 ungesund: Es ergab sich ein durchschnittliches jährliches Leistungsbilanzdefizit von 7 % des BIP. Dieses verringerte sich im Jahre 1996 auf 6 %, weitete sich im Jahre 1997 jedoch erneut aus.

Derzeit gibt es Divergenzen zwischen den Vorstellungen der tschechischen Regierung und der tschechischen Zentralnotenbank hinsichtlich der Zinspolitik der Zentralnotenbank: Die derzeitige tschechische Regierung hat stärkere Restriktionen der tschechischen Zentralnotenbank gefordert. Im Hinblick auf die EU-Osterweiterung ist man der Ansicht, daß mehr Geld in die Wirtschaft gepumpt werden müsse, wofür eine weitere Zinssenkung erforderlich wäre.

Einen solchen Schritt lehnt die tschechische Zentralnotenbank jedoch kategorisch ab, weil sie ein weiteres Ansteigen der hohen Inflation in Tschechien, die derzeit ohnehin schon 13 % beträgt, befürchtet.

Das Mandat der derzeitigen Regierung läuft im Sommer 1998 aus; dann wird es sehr wahrscheinlich zu einer kleinen Koalition zwischen Christdemokraten und Sozialdemokraten kommen.

Letztere streben ein Wirtschaftswachstum von 6-8 % an, wobei sie eine Inflation von 12 % in Kauf nehmen wollen, was wiederum in diametralem Gegensatz zu den Vorstellungen der tschechischen Zentralnotenbank steht. Zudem ist eine stärkere Förderung des Mittelstandes und eine Erleichterung von Auslandsinvestitionen geplant, wobei die Finanzierung dieser Programme jedoch noch nicht geklärt ist.

Die Tschechische Republik will alle Normen der Europäischen Union als Grundvoraussetzungen für die Freizügigkeit, auch des freien Güterverkehrs, übernehmen. Es wurden auch bereits große Fortschritte bei der Umsetzung der Normen gemacht, allerdings werden Übergangsfristen notwendig sein - analog zu anderen Beitrittskandidaten - im Bereich der Umweltschutzaufgaben: Beim Zeitpunkt eines möglichen Beitritts zum Jahre 2004 oder 2005 wird Tschechien diese Auflagen nicht einhalten können.

Die Tschechische Republik hat großes Interesse daran, daß mit dem Beitritt zur EU auch die spezifisch tschechische Beziehung zur EU aufrechterhalten wird, d. h. der Handel mit landwirtschaftlichen Produkten und Nahrungsmitteln.

Die tschechische Regierung erwartet, daß die EU gegenüber Tschechien eine Einschränkung bei der Freizügigkeit von Arbeitskräften fordert. Diese Einschränkung kann jedoch auch eine Beschränkung der Mobilität der tschechischen Wirtschaft, d. h. vor allem eine Beschränkung der Beweglichkeit von Kapital und Dienstleistungen, innerhalb der EU nach sich ziehen. Die von der EU im Rahmen der Osterweiterung befürchtete Überschwemmung der EU mit billigen östlichen Arbeitskräften wird dadurch relativiert, daß eine schrittweise Angleichung der Lohnniveaus der EU-Mitgliedstaaten erfolgen wird.

Zusammenfassend kann konstatiert werden, daß die Tschechische Republik die makro-ökonomischen Voraussetzungen für den Beitritt zur Europäischen Union weitgehend erfüllt hat; kritische makro-ökonomische Variablen bleiben jedoch die hohe Inflation und das noch nicht angepaßte Zinsniveau. Vielen Dank.

Manfred Busche:

Vielen Dank, Herr Lavicka. Meine Damen und Herren, Sie haben soeben eine Premiere erlebt: Herr Lavicka hat hiermit seinen ersten Vortrag in deutscher Sprache gehalten. Es folgt Applaus.

Ich darf nun Herrn Häusle bitten, die wirtschaftliche Dimension der EU-Osterweiterung aus deutscher Sicht darzustellen.

Winfried A. Häusle

Die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland, Polen und Tschechien

Obwohl es ein breites Spektrum wirtschaftlicher Verhältnisse in den MOE-Staaten gibt, sind die Wachstumskräfte in diesen Ländern insgesamt stärker als innerhalb der Europäischen Union, teilweise auch stärker als in Deutschland. Dies ist ein wichtiger Aspekt für die gesamtwirtschaftliche Stabilität in Europa.

Die Wettbewerbsbeziehungen sind sehr vielfältig: Es besteht beispielsweise Wettbewerb zwischen Slubice und Frankfurt/Oder, zwischen Deutschland und Polen, zwischen der EU und Nordamerika und es besteht Wettbewerb der EU und Nordamerikas mit Japan.

Es bestehen Unterschiede in der wirtschaftspolitischen Ausrichtung der einzelnen Staaten Mittel- und Osteuropas: Tschechien war sehr viel stärker an Stabilität interessiert, Polen hingegen mehr an der Umstrukturierung der Wirtschaft, d. h. an der Erreichung interner wettbewerbsfähiger Strukturen, z. B. im Bereich der Verwaltung und im Bankwesen. Letzteres stellt einen innenpolitisch schwierigen Weg dar, weil hierbei weitere Arbeitskräfte freigesetzt werden. Beide Länder sind darauf angewiesen, ihre jeweiligen Erfolge im Land zu vertiefen. Ein tragfähiger Dienstleistungssektor konnte sich noch nicht überall etablieren. Hier sind weitere Anstrengungen erforderlich.

Die Europäische Union versucht den Transformationsprozeß zu unterstützen. So bestehen beispielsweise Expertenprogramme im Zollbereich und im Bankenbereich; obwohl die zur Verfügung stehenden Mittel stärker gestückelt werden, werden insgesamt immer mehr EU-Mittel ausgeschüttet.

Die Entscheidungen über Investitionen in den MOE-Ländern werden meist nicht auf großen Messeplätzen getroffen, sondern erfolgen eher regional. Die im Zuge der EU-Osterweiterung zu erwartende Wettbewerbsverschärfung werden die Grenzstaaten tragen. Dies betrifft z. B. auch Österreich im Bereich der Ansiedlung von kleinen und mittelständischen Unternehmen, weil die Entfernung von Deutschland nach Budapest die gleiche ist wie nach Wien.

Für die Wirtschaftsbeziehungen nach Polen ist die Deutsch-Polnische Wirtschaftsförderungsgesellschaft eine erwähnenswerte Einrichtung; es wäre begrüßenswert, wenn auch Tschechien eine solche Kooperationseinrichtung mit Deutschland errichten würde.

Den Auslandshandelskammer-Niederlassungen in Warschau und Prag sollten weitere Kooperationsinitiativen folgen, um die Verzahnung der Wirtschaft im Kleineren voranzutreiben.

Als dramatisch ist die Umkehr der Wirtschaftsströme der MOE-Staaten nach außen anzusehen: 50-60 % der Exporte gehen in die EU, davon wiederum 50 % nach Deutschland.

Der deutsche Export bringt den MOE-Staaten vor allem Vorteile in der Versorgung mit Investitionsgütern und hochwertigen Verbrauchsgütern.

Das gesamtwirtschaftliche Interesse Deutschlands muß lauten: Nicht nur Steigerung der deutschen Exporte, sondern auch gleichzeitig Steigerung der Wirtschaftskraft der MOE-Staaten, damit diese mehr Marktanteile in Deutschland und der EU erlangen.

Der deutsche Handel mit den MOE-Staaten - Herr Busche erwähnte es vorhin bereits - liegt mittlerweile knapp unter dem Volumen mit Deutschlands Außenhandelspartner Nr. 1, mit Frankreich.

Deutschlands Osthandelspartner Nr. 1 ist Polen, nicht Rußland - trotz dessen hoher Energieexporte - und an zweiter Stelle folgt - in absoluten Zahlen - Tschechien. Vielen Dank.

Manfred Busche:

Vielen Dank, Herr Häusle, für die Darstellung aus deutscher Sicht. Ich darf nun Herrn Machowski bitten, uns seine spezifische Sichtweise der wirtschaftlichen Dimension der EU-Osterweiterung vorzutragen.

Heinrich Machowski

Das Abenteuer EU-Osterweiterung nach Amsterdam und Luxemburg

Die Europäische Union ist seit dem Gipfel von Amsterdam nicht erweiterungsfähig: Weder auf dem Gipfel von Amsterdam noch auf dem Gipfel von Luxemburg wurden die Voraussetzungen geschaffen, die für eine Erweiterung der Europäischen Union notwendig sind.

Die Grundlage der Beitrittsverhandlungen, die am 31.03.1998 begonnen haben, war die Erstellung der Agenda 2000. Und hierbei darf nicht vergessen werden, daß die Europäische Kommission hierin gesagt hat, daß kein Land beitragsreif ist. Es wurden also 5+1 Länder nominiert, mit denen zwar die Beitrittsverhandlungen begonnen werden konnten, die aber auch die Kriterien nicht erfüllen.

Alle anderen Beitritts-Antragsteller wurden als Beitrittspartner bezeichnet, mit denen zunächst nicht verhandelt wird, mit denen die EU jedoch zu einem Dauer-Dialog bereit ist.

Alle Zahlen, die man heute bezüglich der Kosten der EU-Osterweiterung vorfindet, sind unverbindlich: Selbst der Gipfel von Luxemburg hat hierzu nichts gesagt.

Im Zuge der Beitrittsverhandlungen wird die EU-Kommission weitgehende Mitspracherechte über die Wirtschaftspolitiken der MOE-Staaten erlangen. Der Druck, der hierbei in Form der Verpflichtung zur vollständigen Übernahme des ‚acquis communautaire‘ auf die MOE-Staaten seitens der Kommission ausgeübt wird, ist meiner Meinung nach nicht zu befürworten, sondern nichts anderes als ‚moderner Imperialismus‘: eine maßgebliche Einmischung in die inneren Belange und damit die Souveränität der MOE-Staaten, zu der die EU kein Recht hat.

Bei der Erweiterung der Europäischen Union handelt es sich um eine Verbindung von:

- * alten Demokratien und jungen Demokratien,
- * alten Marktwirtschaften und neuen Marktwirtschaften sowie
- * entwickelten Volkswirtschaften und weniger entwickelten Volkswirtschaften.

Dies ist einmalig innerhalb der bisherigen Erweiterungsrounden der Europäischen Gemeinschaft.

Der am 14.03.1998 gefaßte Beschluß der EU zu den Beitrittsverhandlungen Zyperns mit der EU kann wie folgt zusammengefaßt werden: Die Beitrittsverhandlungen werden mit dem griechischen Teil Zyperns geführt, aber der Beitritt Zyperns wird nicht ohne die Zustimmung des türkischen Teils Zyperns erfolgen. Dies ist meiner Meinung nach ein fauler Kompromiß.

In ganz Westeuropa wächst die Ablehnungstendenz gegenüber der EU-Osterweiterung. Obwohl der luxemburgische Ministerpräsident Jean-Claude Juncker selbst sich verbal für die EU-Osterweiterung ausspricht, führt dieser in einem vor kurzem in der ‚Wirtschaftswoche‘ veröffentlichten Interview aus, daß 80 % der Bevölkerung in den EU-Mitgliedstaaten gegen die EU-Osterweiterung seien.

Das heißt praktisch, daß alle Steuerzahler gegen die EU-Osterweiterung sind, aus Gründen, die man nachvollziehen kann.

Die CSU hat vor zwei Tagen öffentlich gefordert, daß die Freizügigkeit der Arbeitskräfte in den MOE-Staaten nicht vor dem Jahre 2015 genehmigt werden dürfe.

Die Freizügigkeit zählt aber zu den vier Hauptgrundfreiheiten des Europäischen Binnenmarktes.

Die Politik der Bundesregierung verfolgt derzeit vor allem drei gleichrangige Ziele:

1. die EU-Osterweiterung,
2. die Abwicklung der Agrarpolitik und
3. den Umweltschutz.

Dies sind drei Ziele, die miteinander in Konflikt stehen. Deshalb ist abzusehen, daß das Ziel, das am schwierigsten zu erreichen ist, nämlich die EU-Osterweiterung, am weitesten hinausgeschoben wird.

Als Fazit meines hier aus Zeitgründen verkürzt vorgetragenen Statements kann herausgestellt werden: Die EU-Osterweiterung ist ein politisch-ökonomisches Abenteuer mit aus heutiger Sicht ungewissem Ausgang.

Manfred Busche:

Vielen Dank, Herr Machowski, für Ihre Ausführungen. Ich stimme bei weitem nicht in allen Argumenten mit Ihnen überein, aber ich möchte Ihnen deutlich in einem Punkt widersprechen, nämlich, wenn Sie von 'modernem Imperialismus' sprechen: Ich betrachte es als äußerst gefährlich einen solchen Begriff zu gebrauchen, weil dies rückwärts gewandten Nationalisten und Kommunisten Vorschub leisten würde. Ich möchte das auch gerne begründen:

Die Unterwerfung unter gemeinsame Regeln innerhalb der Europäischen Union ist schlicht erforderlich, das gilt auch für Polen und Tschechien. Auf Dauer dürfen sich weder Portugal noch Polen dem gemeinsamen Regelwerk entziehen: Jeder Mitgliedstaat der EU sollte die gleichen Rechte und Pflichten haben.

Daß 80 % der Bevölkerung der EU-Mitgliedstaaten die EU-Osterweiterung ablehnen, mag schon stimmen, aber wir, die wir aufklären sollten und wollen, sollten Gegenpositionen formulieren. Es ist eine historische politische und wirtschaftliche Aufgabe allerersten Ranges, den Beitritt der MOE-Staaten zur EU zu ermöglichen: Was würde denn geschehen, wenn die EU die Grenzen durch einen - und jetzt gebrauche ich auch einmal ein gefährliches Wort - "Ostwall" schließen würde, um den eigenen Wohlstand nicht zu gefährden? Dann würde auch Deutschland seine wirtschaftliche Weiterentwicklung verschenken, und die gesamte bisher erlangte Stabilität Europas wäre gefährdet.

Ich möchte damit sagen, Herr Machowski, es ist wichtig Gegenpositionen zuzulassen, aber am Ende sollte doch die Vernunft regieren - und das bedeutet im Falle Europas den Zusammenschluß der Staaten. Wir sollten die EU-Osterweiterung vorantreiben, und aus diesem Grund hat uns doch Herr Standke auch hier versammelt.

Heinrich Machowski:

Ich möchte nur nochmals betonen, daß ich mich nicht zu den 80 % der Bevölkerung zähle, die die EU-Osterweiterung ablehnen.

Allerdings bin ich der Meinung, daß Deutschland die EU-Osterweiterung wirtschaftlich noch nicht einmal bräuchte.

Herr Busche widerspricht Herrn Machowski sofort und gibt das Wort weiter an Herrn Schaaf.

Wolfgang Schaaf

Vergleich der Privatisierungskonzepte in Ostdeutschland, Polen und Tschechien

Es ist zunächst klarzustellen, daß die Transformation Ostdeutschlands mit der Polens, Tschechiens oder anderer MOE-Staaten nicht vergleichbar ist. Man kann lediglich eine Gegenüberstellung der Privatisierungskonzepte vornehmen.

Seitens der MOE-Staaten wird häufig angeführt, daß Ostdeutschland im Westen den reichen Bruder gehabt habe und somit den Transformationsprozeß viel leichter vollziehen konnte.

Hierzu ist zu sagen, daß Ostdeutschland zwar - im Unterschied zu den MOE-Staaten - auf ein funktionierendes Rechtssystem sowie auf Transferleistungen und Finanzdienstleistungen aus dem Westen Deutschlands zurückgreifen konnte, daß aber andererseits mit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vom 1. Juli 1990 in Ostdeutschland Löhne in harter D-Mark bezahlt werden mußten. Dies führte beinahe zu einem Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft.

In Ostdeutschland war eine eigene Möglichkeit zur Zollabwicklung vorhanden, was auf unsere osteuropäischen Partner nicht zutraf.

In Tschechien wurde mit Hilfe der Weltbank eine schnelle Privatisierung der staatseigenen Betriebe vorangetrieben. Diese Strategie war hier lange erfolgreich. So wurden, bedingt durch den öffentlichen Konsens, bis 1994 90.000 Unternehmen privatisiert, davon 14.000 Industrieunternehmen. Allerdings wurden dabei die monopolistischen Wirtschaftsstrukturen Tschechiens beibehalten: Ehemals staatliche Monopolisten wurden zu privatwirtschaftlichen Monopolisten.

Die Privatisierungsstrategie in Polen dagegen stieß auf große Widerstände der Alt-Kommunisten, weswegen diese auch bald fehlhief.

Mittlerweile werden in Polen jedoch rd. 70 % des BIP durch den Privatsektor erwirtschaftet; einen großen Anteil stellen hierbei vor allem die - größtenteils neugegründeten - etwa 2 Mio. Klein- und Kleinstbetriebe. Polen verfügt über einen hohen Anteil kleinbäuerlicher Strukturen, während der industrielle Sektor nur etwa 40 % zum Privatsektor beiträgt.

Darüberhinaus bestehen in Polen derzeit etwa 3.000 industrielle Großbetriebe, die noch nicht privatisiert wurden: In Polen kam - im Gegensatz zu Ostdeutschland und Tschechien - keine neoliberale Politik zum Einsatz, die zu schnellen Privatisierungen führt.

Das Modell der sog. 'Vouchers' in Tschechien - das die Emission von privaten Anteilsscheinen an staatlichen Großbetrieben, aber weiterhin eine 50%ige Staatsmajorität vorsah - hat im Jahre 1995 dazu geführt, daß zwar die Belegschaft an den Betrieben beteiligt wurde, aber daß weder Kapital noch Know-how in die Betriebe flossen, was den eigentlichen Sinn einer Privatisierung ausmacht:

Die Privatisierung von Staatsbetrieben dient dazu, die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft herzustellen und ist somit ein Kernziel im Rahmen der EU-Osterweiterung. Hierbei ist entscheidend, wieviel Kapital der Investor in einen Betrieb einbringt und wieviele Arbeitsplätze er schafft.

Wenn die tradierte Form der 'Vouchers' in Tschechien beibehalten wird, sehe ich eine negative Entwicklung für die davon betroffenen Betriebe voraus, die diesen nicht zu wünschen ist.

Manfred Busche:

Vielen Dank, Herr Schaaf, für diese Gegenüberstellung der unterschiedlichen Privatisierungskonzepte in den drei Transformationsländern.

Ich habe zunächst eine Frage an Herrn Lavicka:

Wir haben über die deutsch-polnischen und die deutsch-tschechischen Wirtschaftsbeziehungen geredet, aber wie sieht die Relation eigentlich zwischen Polen und Tschechien aus? Wie sehen Sie die Möglichkeiten einer verstärkten außenwirtschaftlichen Verflechtung mit Polen in den nächsten fünf oder zehn Jahren?

Václav Lavicka:

Die tschechisch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen sind sehr gut. Tschechien verzeichnet große Zuwächse im Außenhandel mit Polen. Viele polnische Arbeitskräfte sind im tschechischen Bausektor beschäftigt. Es gibt intensive Kontakte in den Grenzgebieten.

Allgemein ist zu sagen, daß die tschechisch-polnischen Beziehungen z. B. besser sind als die tschechisch-ungarischen Kontakte.

Manfred Busche:

Glauben Sie an eine weitere Verbesserung der Beziehungen Tschechiens zu Polen, wenn erst beide Staaten Mitglieder der Europäischen Union sind?

Václav Lavicka:

Ich glaube, das muß man abwarten.

Heinrich Machowski:

Tschechien und Polen sind verbunden über die mitteleuropäische Freihandelszone: Eine schrittweise Anpassung der Handelsbeziehungen hat sich schon im Rahmen der CEFTA vollzogen.

Manfred Busche:

Das wollte ich jetzt nicht in dieser Weise sagen. Es ist eine populäre Behauptung und zugleich ein populärer Irrtum, daß die Beziehungen besser werden, wenn erst der Intrahandel wieder steigt.

Herr Lavicka, Sie würden mir aber zustimmen, daß die tschechischen Exporte eher nach Holland oder Frankreich gehen als nach Rumänien oder Bulgarien, oder?

Herr Lavicka stimmt Herrn Busche zu.

Herr Schaaf, ist denn nicht neben der Herstellung von Wettbewerb und der Kapitalbeschaffung auch die Verlagerung von Wirtschaftsbeziehungen für die gesamteuropäische Stabilität wichtig?

Wolfgang Schaaf:

Das sehe ich auch so; aber noch ein weiterer Punkt erscheint mir wichtig: Es muß ein breiter Konsens in der Befürwortung der EU-Osterweiterung in der Bevölkerung der MOE-Staaten vorliegen, damit notwendige Reformen gemeinsam erreicht werden können.

IV. Erfahrungen aus der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Gesprächsleitung: Dipl.-Ing. oec. Jürgen Kloß
Oberbürgermeister der Stadt Zittau,
Stv. Vorsitzender der Euroregion Neiße
Mitglied des Deutsch-Polnischen Städteausschusses

Referenten: Helmut Moelle
Vorstandsvorsitzender Euroregion Spree-Neiße-Bober e. V., Guben,
Mitglied der Deutsch-Polnischen Regierungskommission und der
Kommission für grenznahe Fragen, Berlin / Bonn, Warschau

Dr. Reinhard Klein
Vorstandsmitglied der Deutsch-Polnischen Wirtschafts-
förderungsgesellschaft AG, Gorzow

Jürgen Kloß Grenznahe Erfahrungen auf kommunaler Ebene im Dreieck Deutschland-Polen-Tschechien

Wenn man im Südosten Sachsens um Zittau herum einen Kreis mit 50 km Radius zieht, durchquert man Tschechien, dann Deutschland, dann Polen und danach nochmals Tschechien. In unserem Grenzgebiet ist man also zur Zusammenarbeit mit Polen und Tschechien angehalten, egal, ob die EU-Osterweiterung anstehen würde oder nicht: Das Zusammenleben muß einfacher gestaltet werden, auch wenn Deutschland demnächst die EU-Ostgrenze an die osteuropäischen Länder weitergibt.

Die kommunale Zusammenarbeit in diesem ‚Drei-Länder-Eck‘ ist völlig unterschiedlich ausgeprägt. Zu Tschechien besteht seit 350 Jahren die gleiche Grenze, zu Polen erst seit rd. 50 Jahren, unterbrochen von 1981-1989, wo im Zuge der Solidarnosc keine Grenzüberschreitung zwischen der ehemaligen DDR und Polen möglich war. Aufgrund der unterschiedlichen historischen Bedingungen gestaltet sich auch das Zusammenleben sehr unterschiedlich, am problematischsten ist es zwischen Polen und Tschechien.

Man muß hierbei die bestehenden Vorurteile kennen und sie beherzigen: Man darf sie nicht ignorieren oder schönreden.

Zwischen Deutschland und Polen gibt es nur wenige private Beziehungen, dagegen bestehen zwischen Deutschland und Tschechien viele familiäre Beziehungen.

Es existieren internationale Verträge zwischen Deutschland und Polen einerseits und zwischen Deutschland und Tschechien andererseits; es gibt jedoch kein Grenzabkommen von Polen nach Deutschland oder von Tschechien nach Deutschland, wodurch kriminellen Energien Vorschub geleistet wird.

Kommunalpolitik in den Grenzregionen an der EU-Ostgrenze unterscheidet sich völlig von den Städtepartnerschaften zwischen Städten, die hunderte von Kilometern auseinanderliegen. Die Städtepartnerschaften funktionieren teilweise fortschrittlich (z. B. mit Polen: hervorragend), teilweise aber auch gar nicht gut. Hier müssen wir gegenseitig ein besseres Zusammenleben anstreben.

Sprachliche Barrieren bestehen insofern, daß der Deutsche erwartet, daß Polen und Tschechen Deutsch lernen, aber andererseits nicht bereit ist, Polnisch oder Tschechisch zu lernen.

Um die Beziehungen Deutschlands zu den osteuropäischen Nachbarn zu verbessern, scheinen folgende Gesichtspunkte entscheidend:

1. Trennung von Vorurteilen: So hat z. B. der Osterverkehr von Deutschland nach Tschechien stark abgenommen, weil Deutsche befürchten, daß ihnen in Tschechien ihr Auto entwendet wird.

2. Der Deutsche sollte sich in Polen und Tschechien wie ein normaler Gast aufführen. Dadurch, daß bestimmte deutsche Urlauberguppen immer wieder unangenehm auffallen, entstehen wiederum falsche Vorurteile der Polen und Tschechen gegenüber Deutschen.

3. Um die Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Nachbarn flexibler zu gestalten, muß auch schon einmal ein Gesetz etwas gebogen werden: So wollte der Freistaat Sachsen in unserer Grenzregion die Verabschiedung eines kommunalen Kooperationsabkommens zwischen zwei Feuerwehren aus Polen und Deutschland, das mit dem Bundesgrenzschutz abgesprochen worden war, für nichtig erklären, weil das Schließen solcher Abkommen in den Hoheitsbereich des Freistaats, nicht der Kommunen falle. Als diese Reaktion des Freistaats jedoch presseöffentlich wurde, stellte dieser die Kooperation der Feuerwehren von nun an als vorbildlich für die grenzüberschreitende Kooperation zwischen den beiden Ländern dar.

4. Um Unterstützung von der Europäischen Union für ein Modellprojekt des Drei-Länder-Ecks, das die Kooperation der Stadträte aus allen drei Ländern vorsah, zu erhalten, mußten von jedem einzelnen Land getrennt Fördermittelanträge gestellt werden: Bis heute besteht keine Gesetzesverbindung zwischen den drei Ländern und auch kein Antragsformular der EU, das den Antrag auf Förderung aller drei Länder gleichzeitig vorsieht. Es gibt eine spezielle EU-Förderung für den grenznahen Bereich Polens und Tschechiens, aber hierbei wird die deutsche Seite der Grenzregion jeweils nicht mitberücksichtigt.

Es gibt aber auch INTERREG-Programme der EU, die derzeit die deutsche Seite stärker fördern als die osteuropäische, weil Deutschland die EU-Ostgrenze aufweist. Wenn Polen und Tschechien allerdings erst Mitgliedstaaten der EU geworden sind, wird sich die Förderung der EU wiederum auf die Randgebiete, z. B. die Mitte bzw. den Osten Polens verlagern, weil sich auch die Ostgrenze der EU nach Osten verlagert. Deshalb sagen einige Gebietskommunen in der deutsch-polnischen bzw. deutsch-tschechischen Grenzregion, daß die Förderung ihrer Gebiete jetzt besser gewährleistet ist als sie es nach der Osterweiterung der EU sein wird.

Die Kooperation zwischen den drei Ländern Deutschland, Polen und Tschechien funktioniert auf dem Gebiet der Armee sehr gut: Hier sei das gemeinsame feierliche Gelöbnis sächsischer Rekruten auf dem Marktplatz zu Zittau angeführt, das im Beisein von polnischen und tschechischen Soldaten sowie den Verteidigungsministern der drei Länder abgehalten wurde.

Zur wirtschaftlichen Kooperation in den Grenzgebieten ist zu sagen, daß ca. 20 % des Umsatzes der Zittauer Großmärkte durch Tschechen getätigt wird, von polnischer Seite in etwa der gleichen Grös-senordnung.

Auch ist eine Angleichung im Kaufverhalten zwischen sächsischen und polnischen oder tschechischen Konsumenten festzustellen: Es werden von letzteren mit wachsender Tendenz auch höherwertige Güter gekauft. Diesbezüglich ist zu erwähnen, daß durch das System der Mehrwertsteuer-Rückerstattung das Angebot auf deutscher Seite mittlerweile teilweise billiger ist als das auf osteuropäischer Seite.

Die Angleichung der Gesundheitssysteme und Schulsysteme ist nach wie vor ungelöst. So dürfen beispielsweise Deutsche und Tschechen im jeweils anderen Teil des Grenzgebiets nicht behandelt werden.

Die Schulausfahrten deutscher Schüler finden immer noch eher in die Toskana als nach Polen oder Tschechien statt. Das sollte sich ändern.

Schließlich ist zu erwähnen, daß es bereits Grenzübergänge gibt, die nicht mehr bewacht werden. Diese Freiheit muß unser gemeinsames Ziel sein, das auch dem grenzüberschreitenden Tourismus zuträglich wäre.

Ich darf nun Herrn Moelle bitten, der die spezifische Brandenburg-polnische Situation darstellen wird, das Wort zu ergreifen.

Helmut Moelle

Erfahrungen bei der Lösung von Problemen

beim grenzüberschreitenden Verkehr zwischen Deutschland-Polen-Tschechien

Ich möchte die Situation des Grenzgebiets im Südosten Brandenburgs darstellen, das in der Euroregion Spree-Neiße-Bober organisiert ist.

Auf deutscher Seite befinden sich Spree und Neiße, auf polnischer Seite der Bober, so daß an diesen drei grenznahen Flüssen im Jahre 1993 der Verein Euroregion Spree-Neiße-Bober e.V. entstand, der neben der Stadt Cottbus und dem Landkreis Spree-Neiße auch 38 polnische Ortschaften einschließt, wobei auf polnischer Seite etwa das Dreifache an Einwohnern vereinigt ist wie auf deutscher Seite.

Die Euro-Region hat auch die menschliche Seite stark gefördert: So existieren schon vor der Wende gegründete Arbeitsbeziehungen zwischen Gubin und Guben, aus denen sich Partner- und Freundschaften bildeten. Es gibt eine Europa-Schule, die deutschen und polnischen Schülern gleichsam das Abitur anbietet, ebenso wie die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder, die ein gemeinsames Studium, z. B. von Deutschen und Polen, ermöglicht.

Ich möchte nun jedoch zu dem eigentlichen Thema meines Vortrags kommen: den Erfahrungen bei den Lösungen der Probleme beim grenzüberschreitenden Verkehr in der Region.

Die Region verfügt über zwei Straßengrenzübergänge, ein weiterer ist im Bau, sowie über drei Gleisübergänge.

Direkt nach der Wende waren die Straßen in Guben mit LKW verstopft. Ebenso stellte sich die Lage auf der Autobahn Richtung Forst mit aus Guben kommenden LKW dar. Bei der Suche nach Lösungen kam man auf die Idee, auf einem ehemaligen Flugplatzgelände Parkplätze einzurichten, wo heute noch die Zollvorabfertigung erfolgt. Problematisch war

allerdings hierbei, daß die Zufahrt zu diesem "Auffangparkplatz" vom Landkreis selbst finanziert werden mußte.

Für die heute notwendige Erneuerung der Zufahrtsstraße fordert der Landkreis deshalb die Finanzierung durch andere Geldgeber.

Weiterhin einigten sich deutsche und polnische Seite auf einen sog. 'kleinen freien Warenverkehr'. Hierbei konnten diejenigen Personen, deren Fahrzeug ein Sonderkennzeichen aufwies, wenn sie aus Anlaß der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit unterwegs waren, ohne Wartezeit die Grenze passieren. Durch die Diskriminierung der LKW-Fahrer, die teilweise 2-2,5 Stunden warten mußten, hatte man sich dabei auch schon einmal geballten Fäusten gegenüberstehen. Die polnische Seite war zuerst gegen diese Privilegierung einzelner, weil sie argumentierte, daß alle polnischen Bürger Steuern zu zahlen hätten, und so keiner privilegiert sein dürfe, stimmte dem Konzept dann aber zu.

Derzeit soll die Abfertigungskapazität an den Grenzen erhöht werden; Probleme ergeben sich hier allerdings bei der Ausbildung der notwendigen Fachkräfte auf polnischer Seite.

Die Einkaufsgewohnheit von Polen in Deutschland weitete sich aus von anfänglich nur auf Baumärkte konzentriertem Kaufverhalten hin zu Supermärkten und Produkten kleiner und mittelständischer Betriebe bis hin zur High-Tech-Ware.

Allgemein kaufen Polen in Deutschland am liebsten dort, wo auch polnisch gesprochen wird. Deswegen ist Schülern der Grenzregion zu raten, auch Polnisch zu lernen, um später bessere (Geschäfts-) Kontakte knüpfen zu können.

Im Grenzgebiet kaufen mittlerweile die Polen, die die Hälfte der Einwohner der Grenzregion stellen, 60 % der im Grenzgebiet angebotenen Waren.

Inzwischen ist die ‚Straßenmeinung‘ grenzüberschreitenden Projekten gegenüber eher positiv einzustufen; nach wie vor negativ stellt sich die ‚Stammtisch-Meinung‘ Kooperationsprojekten gegenüber dar: Früher wurden viele der existierenden Kooperationsprojekte nicht öffentlich zur Schau gestellt, weil nicht nur die Stammtisch-Meinung, sondern auch weite Teile der Bevölkerung solchen Projekten ablehnend gegenüberstanden.

Als Vorzeigeprojekt für die grenzüberschreitende deutsch-polnische Kooperation gilt die Gemeinschaftskläranlage Guben-Gubin, die auf deutscher Seite neben den 26.000 Einwohnern Gubens auch 22.000 externe Bewohner der Grenzregion und auf polnischer Seite 22.000 Einwohner Gubins versorgt. Aus diesem Projekt sind auf lange Sicht Kostenvorteile aufgrund des größeren Absatzraumes zu erwarten.

Weitere Beispiele grenzüberschreitender Zusammenarbeit sind:

- das Projekt Eurowald, in dem bei der Schädlingsbekämpfung kooperiert wird,
- die Zusammenarbeit der Feuerwehren bei großen Waldbränden,
- die schulische Zusammenarbeit, aus der auch Eltern-Freundschaften entstanden sind, sowie
- die Zusammenarbeit von Truppen, die jeweils auf das eigene Land vereidigt werden und im Anschluß daran in gemeinsamen Übungen kooperieren.

Jürgen Kloß:

Vielen Dank, Herr Moelle, für die Darstellung der grenzüberschreitenden Kooperationsprojekte zwischen Brandenburg und Polen. Ich darf nun Herrn Klein bitten, die wirtschaftliche grenzüberschreitende Kooperation zwischen Deutschland und Polen zu erläutern.

Reinhard Klein

Grenznahe dauerhafte wirtschaftliche Zusammenarbeit im Vorfeld des EU-Beitritts Polens

Auch die Wirtschaft hat viel mit dem menschlichen Zusammenleben zu tun. Dies vorweg:

Die Chancen und Risiken, die mit der EU-Osterweiterung verbunden werden, sowie die Stimmungslagen in der Bevölkerung sind sehr differenziert zu sehen. Generell ist zu sagen, daß das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen so gut ist wie nie.

Polen exportiert 34 % seiner Ausfuhren nach Deutschland, womit Deutschland mit Abstand Polens größter Außenhandelspartner ist.

Auch der NATO-Beitritt Polens trägt die wichtige Bedeutung, daß Deutschland und Polen damit seit 50 Jahren erstmals wieder Verbündete sind.

Zu den Problemen grenzüberschreitender wirtschaftlicher Zusammenarbeit gehört die skeptische Betrachtung der Brandenburger Bevölkerung hinsichtlich einer von polnischer Seite an der polnischen Westgrenze initiierten Sonderwirtschaftszone, die auch zwei Gebiete in unmittelbarer Nähe zu Brandenburg einschließt. Die Brandenburger Bevölkerung befürchtet, daß durch die Sonderkonditionen, die diese Zone einräumt, Betriebe aus Brandenburg nach Polen abwandern.

Dem entgegensetzen ist jedoch, daß es auch in Ostdeutschland Gewerbeparks gibt, die sogar noch viel größere Präferenzen einräumen als die erwähnte polnische Sonderwirtschaftszone.

Andererseits werden auch in Polen preiswert produzierte Brötchen in Deutschland verkauft, ebenso wie - umgekehrt - in Deutschland hergestellte Autoreifen in Polen verkauft werden.

Weitere Probleme stellen sich wenn Deutschland zwar einerseits von den Polen Freizügigkeit der Waren im Gemeinsamen Markt fordert, andererseits aber die Freizügigkeit polnischer Arbeitskräfte ablehnt.

Wenn ein deutscher Geschäftsführer in Polen eine Arbeitserlaubnis benötigt, so erhält er diese viel leichter, als wenn ein polnischer Geschäftsführer in Deutschland eine Aufenthaltserlaubnis benötigte.

Sehr differenzierte Erfahrungen gibt es hinsichtlich des Verhaltens von Polen und Deutschen gegenüber Ausländern und Landsmännern.

Wenn man einem polnischen Besitzer eines gehobenen Mittelklassewagens ständig mißtraut (er habe sein Auto unrechtmäßig erworben), dann wird er eben nicht mehr länger in Deutschland mit deutschen Arbeitskräften produzierte Waren nach Polen exportieren, sondern aus einem anderen Land.

Eine Umfrage unter Entscheidungsträgern in deutschen und polnischen Unternehmen zur Sympathie zwischen Deutschen und Polen ergab jeweils, daß der jeweilige Partner an 11. Stelle der Sympathie-Skala genannt wurde. Fragt man dagegen nach dem liebsten

Nachbarn Polens, wird Deutschland an erster Stelle genannt, obwohl Polen sieben Nachbarn hat.

Eine weitere Umfrage der Deutsch-Polnischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft zum Verhältnis von deutschen und polnischen Mitarbeitern in deutschen Unternehmen in Polen ergab folgende Einschätzungen:

- 55 %: gut,
- 39 %: im Laufe der Zeit gut geworden,
- 4 %: mäßig und
- 2 % schlecht.

Das bedeutet, daß 94 % der befragten Beschäftigten das gegenseitige Arbeitsverhältnis zwischen Polen und Deutschen als 'gut' einschätzen.

Eine Untersuchung unter deutschen Unternehmern in Polen über das polnische Investitionsklima kam unter anderem zu folgenden Ergebnissen:

Für sehr gut wurde das Wirtschaftswachstum befunden,
für gut die steuerliche Belastung der Unternehmen,
für mittel die Situation der Einkommen,
für schlecht die Höhe der Sozialversicherungsbeiträge, da diese in Polen nur der Arbeitgeber trägt.

Weiterhin wurden beurteilt:

- die Qualifikation und Motivation polnischer Arbeitskräfte: sehr positiv,
- der Arbeitsmarkt: besonders gut,
- die Preise von Boden und Geschäftsmieten: sehr differenziert,
- die Rechtssicherheit und Administrationsabläufe: schlecht und sehr schlecht.

Jürgen Kloß:

Vielen Dank, Herr Klein, für diese anschauliche Darstellung der wirtschaftlichen Aspekte der grenzüberschreitenden Kooperation.

Ich eröffne nunmehr die Diskussion auch dem Publikum.

DISKUSSION ZU DEN TEILEN III und IV

Frage aus dem Publikum:

Wie sieht der konkrete Alltag der Menschen in der Grenzregion aus?

Helmut Moelle:

Es gibt den gegenseitigen Einkauf. Hierbei ist festzustellen, daß die Deutschen immer seltener in Polen einkaufen, da die Preise hier mittlerweile gestiegen sind.

Alltag bedeutet aber auch das Sich-Zusammenfinden: Die sog. "Heimweh-Touristen", d. h. die ehemaligen Bewohner der Grenzregion, besuchen immer noch ihre alten Nachbarn und werden dabei von diesen gut bewirtet.

Darüberhinaus wird von beiden Seiten der Grenze der gemeinsame Kindergarten-Besuch gewünscht.

100 bis 130 Polen gehen regelmäßig im deutschen Teil der Spree-Neiße-Bober-Region zur Schule. Es bestehen Kooperationen von Handwerksvereinigungen im Grenzbereich. Das gemeinsame Interesse von Deutschen und Polen an der Landwirtschaft führte zu gemeinsamen Pachtabschlüssen in der Landwirtschaft. Und schließlich kooperieren auch Vereine und Verbände im Bereich Sport und Kultur, z. B. deutsch-polnische Senioren-Chöre, gut miteinander.

Jürgen Kloß:

Deutsche kaufen in Polen vor allem Benzin und Zigaretten, in Tschechien vor allem Dienstleistungen (Friseur, Kosmetik und Schneidereien).

Das deutsch-polnische Zusammenleben funktioniert vor allem in drei Bereichen gut:

1. Kirche: Zittauer Pfarrer predigt regelmäßig im stark katholisch geprägten Polen, allerdings auf Deutsch.
2. Sport: Es besteht eine Europaliga im Radball, der deutsche wie polnische Vereine angehören.
3. Kultur: Es bestehen deutsch-polnische Orchester und Chöre, die die EU in starkem Maße fördert.

Allgemein ist zu beobachten, daß das grenzüberschreitende Zusammenleben zwischen älteren Leuten nicht sehr ausgeprägt ist, sondern eher von den Jüngeren praktiziert wird.

Rudolf von Sandersleben:

Für mich ist bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ein weiterer Aspekt zentral: die Bürokratie. Das größte Problem für die wirtschaftliche Entwicklung in Europa sind nicht die Löhne und die hohen Sozialversicherungsbeiträge, sondern die stetig wachsende, übermäßige Bürokratie. Wenn die in der EU bestehende Bürokratie von den Ländern Mittel- und Osteuropas übernommen wird, besteht dann nicht die Gefahr, daß es zu einer großen Ernüchterung in der Bevölkerung der Beitrittsländer kommen könnte, wenn aufgrund übermäßiger Bürokratie strukturelle Probleme nicht gelöst werden können?

Jürgen Kloß:

Ich teile Ihre Befürchtungen gegenüber der Überstülpung der Euro-Bürokratie. Damit würde eine Potenzierung der Probleme erfolgen.

Reinhard Klein:

In Polen besteht eine etwa gleich große Bürokratie wie in Deutschland oder anderen EU-Mitgliedstaaten, wobei man in Polen jedoch über einen spezifischen Pragmatismus verfügt, mit dem Bürokratie elegant umgangen wird. Allerdings erhält die Deutsch-Polnische Wirtschaftsförderungsgesellschaft immer wieder Beratungsanfragen von Unternehmern, die angeben, daß zwar der Markt für ihre Produkte vorhanden sei, daß sie aber an der großen Bürokratie nicht vorbeikämen.

Helmut Moelle:

Nachdem die Kooperation deutscher und polnischer Verwaltungen in der Bekämpfung des Oder-Hochwassers beendet war, beschlossen die Grenzvertreter und Bürgermeister, auch weiterhin zusammenzuarbeiten.

Hierbei stellte sich dann heraus, daß deutsche Bürgermeister von polnischen Bürgermeistern lernen können: In Polen wird mit einem Zehntel des deutschen Haushaltsvolumens das gleiche erreicht wie auf deutscher Seite.

Mit der Findigkeit der Köpfe wird die Bürokratie also in Grenzen gehalten.

Reinhard Klein:

Einen Hoffnungsschimmer sehe ich in der Tatsache, daß Polen derzeit sein System der 49 Wojewodschaften reformiert, wobei zentrale Verantwortlichkeiten mehr und mehr auf die Wojewodschaften selbst übertragen werden sollen, wodurch ein Abbau von Bürokratie erreicht werden könnte.

Jürgen Kloß:

In der durchschnittlichen Bevölkerung Polens und Tschechiens ist noch nicht ausreichend erkannt worden, daß der Weg zum vereinigten Europa auch etwas kosten wird und nicht nur etwas bringen wird. Das Europa-Bild von Polen und Tschechen reicht maximal bis zu den Beneluxländern, d. h. schließt Deutschland, Frankreich und die Niederlande ein, vernachlässigt aber Großbritannien, Portugal, Spanien, Griechenland und Italien. Der Gedanke eines vereinigten Europas ist in Polen und Tschechien noch nicht vorhanden. Hier sollte man sich Europa noch stärker öffnen.

V. Die gesellschaftspolitische und kulturelle Dimension

Gesprächsleitung: Gabriele Muschter
Staatssekretärin a. D.
Vorsitzende des Stiftungsrates der Kulturstiftung Haus Europa
Gründungsmitglied der Internationalen Akademie Schloß Baruth

Referenten: Prof. Dr. Dietger Pforte
Freie Universität Berlin
Geschäftsführer, Kulturfonds GmbH
Gründungsmitglied der Internationalen Akademie Schloß Baruth

Berthold Etrich
Direktor
Fürst-Pückler-Museum, Cottbus

Einführungsreferat Gabriele Muschter

Mit der Öffnung der Grenzen im Jahre 1989 in Ungarn und dem Fall der Mauer und den vorangegangenen Vorarbeiten hierfür in Polen und Tschechien hat sich die Welt verändert. Viel haben wir auch Michail Gorbatschow zu danken, dem Mann, der schon fast in Vergessenheit geraten ist, obwohl durch ihn das alles erst möglich gemacht wurde.

Probleme eines menschlichen Miteinanders gibt es dennoch genug.

Die menschliche Dimension ist vor allem eine kulturelle Dimension, besitzt aber auch einen gesellschaftspolitischen Charakter und somit auch wirtschaftliche Aspekte. Der Fortgang in der Annäherung der Kulturen kann beschleunigt werden, wenn man den Kulturbegriff nicht nur auf die Kunst beschränkt, sondern umfassend begreift.

Das vereinte Deutschland hat im Kleinen vergleichbare Probleme wie das vereinte Europa im Großen: Während vor dem Fall der Mauer der eine Teil unter Unterdrückung leiden mußte, konnte der andere Teil in Freiheit und Wohlstand leben und reisen. Es geht um eine Angleichung der Lebensverhältnisse. Kultur ist eine Brücke für solche Prozesse.

In den vergangenen 50 Jahren sind - auch gerade im Widerspruch zu bestehenden Systemen in den sozialistischen Staaten - Kunstwerke entstanden. Die Globalisierung - Zauberwort und Reizwort zugleich - stellt uns vor neue Herausforderungen.

Wie die neue Wirklichkeit von vielen Künstlern und Intellektuellen erlebt wird, zeigt ein Zitat des Künstlers Roger Löwichs aus dem Katalog zu der im Jahre 1990 in Dresden durchgeführten Ausstellung mit dem Titel "Ausgebürgert". Roger Löwich - er wurde zu DDR-Zeiten aufgrund seiner systemkritischen Kunst zu Gefängnis verurteilt, er wurde nach dem Fall der Mauer aber auch mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet - schrieb damals folgendes:

"Im hübscheren Deutschland bin ich noch immer nicht angekommen, wenn es auch so scheint, stimmt es doch nicht. (...) Ein drittes Deutschland gibt es nicht. So bin ich im eigenen Land ein Fremder, hier in den Freiluftparks ebenso wie früher in den kalten Strafecken des warmen Geheges. Mittlerweile haben mich hier die eingeholt und überholt, deren penetrante Stallausdünstung mir anderenorts einmal Übelkeit erregte. Zeit zu neuem Aufbruch, aber wohin?"

Europa wird so gut werden, wie wir es selbst, in aller Achtsamkeit und gegenseitigen Achtung, einrichten. Einen Umsturz der Wirklichkeiten, wie ihn Egon Fridell einmal gezeichnet hat, gab es im 20. Jahrhundert wohl vier Mal:

1. mit dem Umbruch des Jahrhunderts in den 20er Jahren,
2. mit dem unheilvollen Machtantritt der Nationalsozialisten 1933,
3. mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 - und damit der Spaltung Europas - und schließlich
4. 1989 mit neuen Chancen und vielen Hoffnungen.

Auch wenn es in einem gemeinsamen Europa darauf ankommt, kulturellen Austausch und Zusammenarbeit zu pflegen, sollten nationale Eigenheiten bewahrt werden. Wichtige Fragen hierbei sind:

Gibt es ein gemeinsames europäisches Identitätsempfinden?

Gibt es das eher unter Ost- und Mitteleuropäern oder unter Westeuropäern?

Auch hier kann Deutschland als Erfahrungsmodell gelten.

Jüngere Menschen sagen nicht selten, daß ihnen jeder Franzose näher ist als ein Osteuropäer oder ein Ostdeutscher und daß sie sich nie für Ostdeutschland oder Osteuropa interessiert hätten. Hier ist eine Annäherung, ein besseres gegenseitiges Kennenlernen, notwendig.

Wie gehen wir mit dem europäischen Erbe um? Wie kann das europäische Erbe zur Geltung gelangen, ohne nationale und regionale Vielfalt zu verdrängen.

Schließlich: Europa in seinen Außenbeziehungen:

Es wird in den kommenden Jahren darauf ankommen, die Türen nicht verschlossen zu halten, im Gegenteil: mehr in einen kontinuierlichen Dialog zu treten mit anderen Kulturen und anderen Völkern außerhalb Europas. Es geht um ein tolerantes Miteinander.

Multikulturalität bedeutet nicht Anpassung, sondern Wille und Fähigkeit, offen zu sein für Kulturen mit sehr unterschiedlichen Wurzeln.

Auf einem kulturellen Forum der Europäischen Union im Januar 1998 wurde hervorgehoben, daß die wechselseitige Kenntnis und das wechselseitige Verständnis von Kulturen und Geschichte europäischer Völker außerordentlich unbefriedigend sind.

Die nach dem Zweiten Weltkrieg gegründeten kulturellen Mittlerorganisationen InterNationes und IfA Institut für Auslandsbeziehungen sowie die Goethe-Institute sollten sich an einen Tisch setzen, um über eine neue Profilierung zu sprechen, die so aussieht, daß nicht nur deutsche Kunst nach

außen geht, sondern auch sehr viel mehr Austausch stattfindet.

Informationstechnologien und Medien können einen Beitrag zur kulturellen Einbeziehung von Menschen in abgelegenen Gebieten leisten, aber:

Begegnungen im Internet können keine persönlichen Gespräche ersetzen, Fernsehübertragungen sind nicht gleichzusetzen mit dem originalen Ereignis.

Kultur wird zunehmend im sozialen Bereich der Gesellschaft eine Rolle spielen: Mit der Verständigung über Kultur werden wir uns auch über Werte verständigen müssen. Die Grenzen und Probleme hierbei sind nicht nur zu benennen, sondern es müssen konkrete europäische Projekte initiiert werden, wozu diese Tagung eventuell dienen kann.

Dietger Pforte

Gemeinsame Kultur und Kulturpolitik in Polen, Tschechien und Deutschland

Von der Aufgabe, die Frau Muschter soeben dargestellt hat, sind wir weit entfernt.

So wie in Deutschland derzeit die Verantwortlichkeiten in der Kulturpolitik verteilt sind, sind wir nicht gerüstet für eine gemeinsame europäische Kulturpolitik.

Und doch: Die deutsch-polnischen und die deutsch-tschechischen Kulturbeziehungen - und das gilt analog auch für die Bereiche Bildung und Wissenschaft - sind gut.

Polen und Tschechien unterhalten Kulturinstitute in Deutschland und umgekehrt. Der Kulturaustausch auf den Gebieten Musik, Theater, Ballett und Ausstellungen floriert auf Grundlage von Kulturabkommen seit dem vergangenen Jahr zwischen Deutschland und Polen, noch nicht zwischen Deutschland und Tschechien.

Es gibt eine Vielzahl kultureller Kooperationen zwischen Deutschland und den MOE-Staaten:

- Der Freistaat Sachsen vergibt einen Preis für ost- und südosteuropäische Kultur.
- Chemnitz veranstaltet in Kooperation mit dem Freistaat, mit Bayern und Tschechien das Musik-Festival "In der Mitte Europas".
- Das Brandenburgische Literaturbüro veranstaltet in Westpolen und Brandenburg gemeinsame Lesungen von polnischen und deutschen Autoren und Autorinnen.
- Es gibt spezielle Film-Festivals über Osteuropa.
- Weitere Veranstaltungen gibt es analog auch von den anderen neuen Bundesländern.

Auch das Veranstaltungsprogramm der Europa-Woche gibt einen Überblick über die Veranstaltungen von Kulturschaffenden.

Aber: Es besteht keine Kontinuität in den Veranstaltungen, auch nicht in den Festivals. Von einer gemeinsamen Kulturpolitik sind wir sehr weit entfernt.

Deshalb möchte ich Ihnen nunmehr einige Thesen zur deutschen und europäischen Kulturpolitik vortragen:

1. Die europäische Kultur hat sich dezentral entwickelt; sie war und ist föderal strukturiert, wenn auch innerhalb einiger Sprachräume bzw. Nationen - im Gegensatz zum deutschsprachigen Raum - eine zentralistische Struktur zu beobachten ist.

2. Die europäische Kultur (die von außen gesehen mehr Gemeinsamkeiten zu haben scheint, als es innerhalb Europas wahrgenommen wird) ist zu bewahren und weiterzuentwickeln von Kulturschaffenden einerseits sowie Kulturpolitikern und -verwaltern andererseits.

3. In der Bundesrepublik Deutschland liegt die kulturpolitische Kompetenz (fälschlicherweise gern als 'Kulturhoheit der Länder' bezeichnet) vor allem bei den Ländern. Der seinerzeitige Verzicht auf ein Bundesministerium für kulturelle Angelegenheiten war zum einen Ausdruck dieser föderalen kulturpolitischen Verantwortung und ist zum anderen erwachsen aus den negativen Erfahrungen im nationalsozialistischen Deutschland mit einer zentralistischen Kulturpolitik.

4. Die schwache kulturpolitische Kompetenz des Bundes, die auch noch auf mehrere Bundesministerien verteilt ist, und die wegen des Einstimmigkeitsprinzips schwerfällige und sich vor allem mit Bildungs- und Hochschulpolitik und viel zu wenig mit Kulturpolitik befassende Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder (KMK) mögen in den ersten beiden Jahrzehnten der Bundesrepublik Deutschland ausreichend gewesen sein, obgleich bereits 1960 mit guten Argumenten auf einem Bundesparteitag der CDU die Errichtung eines Bundeskulturministeriums mehrheitlich gefordert worden ist.

5. Im Prozeß des Zusammenwachsens von Europa und nach der Einigung Deutschlands erweist sich das kulturpolitische Instrumentarium Deutschlands als unzulänglich. Den europäischen Verbündeten fehlt ein ständiger kompetenter Ansprechpartner in kulturpolitischen und kulturellen Angelegenheiten.

6. Notwendig ist eine Neuordnung der Kulturpolitik in Deutschland, um nach innen und außen die Interessen der Kulturschaffenden und der Rezipienten kultureller Angebote effizient vertreten zu können.

7. Bei uneingeschränkter Wahrung der kulturpolitischen Kompetenz der Länder (die freilich eine Reform der KMK erforderlich macht) sollte die kulturpolitische Kompetenz des Bundes für die Vertretung gesamtstaatlicher und europäischer Interessen in einem Bundesministerium gebündelt werden. Die einzelnen Länder in Deutschland und die KMK hätten endlich einen Ansprechpartner, der ihre gemeinsamen länderübergreifenden, gesamtstaatlichen kulturpolitischen Interessen ebenso kontinuierlich zu vertreten hätte wie ihre auf einzelne europäische Staaten bzw. auf ganz Europa bezogenen kulturpolitischen Interessen.

8. Unter dieser Voraussetzung wäre es leichter als heute möglich, daß die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen und Bayern mit ihren östlichen Nachbarn eine gemeinsame regionale Kulturpolitik betreiben, so wie Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland und Nordrhein-Westfalen mit ihren westlichen Nachbarn. Unter dieser Voraussetzung würde Deutschland die von ihm gebildete Brücke für die Kulturen Ost- und Westeuropas, Nord- und Südeuropas begehbarer und belastbarer machen können, weil der Bund die gesamtstaatlichen und die europäischen kulturpolitischen Interessen nicht bloß koordinieren, sondern im Konzert mit den europäischen Nachbarn Kulturpolitik gestaltend betreiben könnte.

9. Auszubauen sind mit Blick auf Polen auf der Grundlage des Abkommens über kulturelle Zusammenarbeit vom Juli 1997 und mit Blick auf Tschechien, mit dem ein neues Kulturabkommen noch nicht ausgehandelt ist, vor allem der Austausch von Künstlerinnen und Künstlern in allen Kunstsparten (viel zu wenige Künstlerinnen und Künstler aus Deutschland haben bislang Polen und Tschechien kennengelernt), die gemeinsame individuelle Förderung von Künstlerinnen und Künstlern durch die Vergabe von Reise- und Aufenthaltsstipendien, eine Erleichterung der Ausbildung in künstlerischen Berufen von Studierenden aus dem jeweiligen Nachbarstaat (Anerkennung der Ausbildungsabschlüsse), die Kooperation kultureller Institutionen.

Zu stärken ist die Arbeit der Goethe-Institute in Prag, Warschau und Krakau sowie des Tschechischen Kulturinstituts in Berlin und der Polnischen Kulturinstitute in Berlin, Leipzig und Düsseldorf (ohne daß deshalb Goethe-Institute in Frankreich und Italien geschlossen werden), indem die Arbeit z. B. des Institut Francais und des British Council in ganz Europa mit der Arbeit der polnischen, tschechischen und deutschen Kulturinstitute vernetzt wird. (Der Traum vom gemeinsamen Haus für das Institut Francais, das Goethe-Institut und ein polnisches Kulturinstitut in Warschau sollte endlich realisiert und ein Beispiel für ganz Europa werden!)

Fortzusetzen und finanziell aufzustocken sind Übersetzungsförderungsprogramme für Literaturen aus Ost- und Südosteuropa ins Deutsche und deutschsprachiger Literatur in die Sprachen Osteuropas. Die lange Teilung Europas hat dazu geführt, daß wechselseitige wichtige Autorinnen und Autoren der Moderne und der Gegenwart zu wenig, wenn nicht gar überhaupt nicht bekannt sind. (In Deutschland galt und gilt es nach 1990, auch jene Literatur, die in Osteuropa aufgrund der Zensur nur verstümmelt überliefert worden ist, in ihrer ursprünglich vom Autor gewollten Gestalt neu ins Deutsche übersetzt zu bekommen.)

10. Auch auf dem Gebiet der Kultur sollte das Europa der Regionen endlich die aus der Kleinstaaterei erwachsene Mentalität der gegenseitigen Ab- und Ausgrenzung überwinden.

Gabriele Muschter:

Vielen Dank, Herr Pforte, für diesen umfassenden Vortrag über eine mögliche künftige grenzüberschreitende Kulturpolitik in Deutschland und Europa. Ich darf nun das Wort unserem Referenten Herrn Ettrich überlassen, der uns in die Geschichte des Fürstenhauses Pückler an Hand einer heute grenzüberschreitenden Parklandschaft einweisen wird.

Berthold Ettrich
Überlegungen zur Erhaltung und Zusammenführung eines europäischen
Gartenkunstwerkes
in einer historisch bestimmten Kulturlandschaft
(Disposition)

Wenige Kilometer südöstlich von Cottbus liegt der kleine, heute zu Cottbus gehörende Ort Branitz. Hier hinterließ der schon zu Lebzeiten berühmte Gartenkünstler Hermann Fürst von Pückler-Muskau (1785-1871) sein zweites großes Lebenswerk nach der grandiosen Planung und Gestaltung seines Parkes in Bad Muskau, der heute durch die deutsch-polnische Grenze geteilt ist.

Nach dem Verkauf seiner Muskauer Standesherrschaft im Jahre 1845 begann Pückler, auf dem heruntergekommenen Familienbesitz seiner Vorfahren eine "Oasis in der Wüste" zu schaffen. Im Gegensatz zur Muskauer Anlage schuf Fürst Pückler in Branitz/Cottbus eine Ideallandschaft, wo sich vorher nur eine mit kargen Nadelbäumen, kaum erschlossene "Sandbüchse" in flacher Ebene befand.

Das 1772 von Reichsgraf August Heinrich von Pückler, dem Großvater des Fürsten im spätbarocken Stil erbaute Schloß Branitz, ließ er nach Anregungen des berühmten Dresdener Architekten Gottfried Semper repräsentativ erneuern. Dazu wurden die angrenzenden Ensemblebauten, wie der Marstall, das Kavalierhaus, im englischen Tudorstil umgebaut und die Pergola mit einer reichen plastischen Ausstattung, dem "Garten der Liebe", neu errichtet.

Auf vielen Reisen, vor allem durch England und Irland, hatte sich der Fürst und anonyme Verfasser der zum Bestseller avancierten "Briefe eines Verstorbenen" intensive Anregungen zur Konzeption und Umsetzung gigantischer Parkanlagen geholt.

Der Garten als "Bildergalerie", wie Pückler es ausdrückte, hat in der Branitzer Anlage seinen "Rahmen" gefunden. Weiträumige Rasenflächen werden von wohlproportionierten Baumgruppen, einzeln stehenden Bäumen und den sich durch die ganze Anlage ziehenden Wasserläufen und "Seen" durchbrochen. Der ca. 100 ha große sogenannte "innere Park" ist darüber hinaus von einer "unsichtbaren" Wegeführung durchzogen, die an künstlich geschaffenen Hügeln und Bodenerhebungen vorbeiführt.

Der "Erdbändiger", wie Rahel Varnhagen von Ense den Fürsten nannte, hat darüber hinaus mit seinen Erdpyramiden, von denen eine als Begräbnisstätte dient, ein "Unikum" in Europa gestiftet, das allein jährlich viele Tausend Besucher aus dem In- und Ausland in den Branitzer Park zieht. Wie die Pyramiden mit einem vielschichtigen symbolisch-mythologischen Gehalt versehen sind, hat auch der Fürst mit der Gesamtanlage des Branitzer Parkes nicht nur einen verschönten Adelssitz in seiner Zeit geschaffen (Bauzeit 1845-1888), sondern hat diesem Landschaftspark den Bedeutungsgehalt einer "Lebensreise" gegeben. Diesen Gehalt vermittelt nicht nur die idealisierte Natur, sondern

auch die Architekturen in der "Gartenromanze" Branitz. Gemeinsam mit den Sammlungen des Fürsten Pückler verschmelzen sie zum letzten großen Gesamtkunstwerk eines Romantikers in den Wogen des aufkommenden Industriezeitalters.

Die 1995 gegründete 'Kommunale Stiftung Fürst-Pückler-Museum Park und Schloß Branitz' hat sich zur Aufgabe gestellt, das gartenkünstlerische und gegenständliche Erbe des Fürsten Pückler nach seinen Intentionen zu bewahren, zu erhalten, zu erforschen und für die Besucher aus Nah und Fern zu erschließen.

DISKUSSION ZU TEIL V

Hans-Heinz Krill de Capello:

Herr Pforte, wie stellen Sie sich eine zentrale Kulturpolitik in einem föderalen System wie der Bundesrepublik Deutschland vor? Entweder man hat einen Föderalismus, dann liegt die Kulturhoheit bei den Ländern, oder es liegt ein Zentralstaat vor, dann existiert auch ein "Bundeskulturministerium," das eine zentrale Tendenz besitzt. Wie hat man sich eine zentrale Kulturpolitik also in einem Föderalismus vorzustellen?

Gabriele Muschter:

Wenn ich dies, bevor Herr Pforte antwortet, vielleicht voranstellen darf: Frankreich beispielsweise besitzt ein zentrales Kulturministerium.

Auf Deutschland bezogen frage ich mich, wieso der Bundesinnenminister den Bundesfilmpreis verleiht? Im vereinten Deutschland gibt es in der Innenpolitik doch schon genug Probleme, mit denen dieser auch ohne kulturelle Zuständigkeit genügend zu tun hätte.

Ein ähnliches Problem besteht im Land Berlin: Die Zusammenlegung der Ressorts Kultur, Bildung und Wissenschaft führte dazu, daß der nun zuständige Senator zwar alle Bereiche abdeckt, aber keinen richtig.

Dietger Pforte:

Die Wirtschafts-, die Sozial- und die Kulturpolitik sind als Eckpfeiler der Innenpolitik in jedem föderalen Land für die jeweilige Bevölkerung durch Landesministerien geregelt. In allen Bereichen der Politik sind föderale Strukturen vorhanden, nur nicht in den Bereichen der Wissenschafts-, Bildungs- und Kulturpolitik. Wir brauchen auch hier eine nationale Hoheit, ebenso wie die Länderhoheiten.

Für die Kulturpolitik - und analog auch für die davon zu trennenden Bildungs- und Wissenschaftspolitiken - ist eine landesspezifische Aufgabenerledigung wichtig, es ist jedoch eine Abstimmung zwischen den Ländern notwendig. Es gibt große Unterschiede in den Länderkulturpolitiken, aber im Endeffekt haben diese eine gemeinsame Aufgabe zu erledigen. Abstimmungen in den Bereichen Theater und Museen sind beispielsweise kein Problem.

Aber es gibt Bereiche, die ein Land nicht allein regeln kann. Dies sind Probleme auf bilateraler oder trilateraler Ebene.

In Deutschland nahm die in den 60er Jahren aufgekommene große Idee einer Nationalstiftung für Kultur in den 70er Jahren Gestalt an, wurde dann aber zerredet von Vertretern eines allzu orthodoxen Föderalismusverständnisses. Übrig blieben von dieser Idee die Spartenfonds und die Kulturstiftung der Länder als Solidargemeinschaft.

Die Spartenfonds erhalten einzeln ihr Geld von der Kulturstiftung der Länder, die für die Wahrung des kulturellen Erbes zuständig ist und in diesem Bereich vom Bund finanziert wird, der insgesamt rd. 55 % der Kulturausgaben in Deutschland trägt.

Wir brauchen für die Kulturpolitik einen festen Ansprechpartner und nicht einen jährlich wechselnden Präsidenten, wie es bei der Kultusministerkonferenz der Fall ist. Die Kompetenzen des Bundes sollten gebündelt werden. Die Ständige Konferenz der Kultusminister braucht auf EU-Ebene einen festen Ansprechpartner. Es geht nicht an, daß Deutschland EU-Zahlmeister ist, aber im Bereich Kultur zu wenig Eigenes schafft.

Klaus-Heinrich Standke:

Herr Pforte, ich möchte Ihre Ausführungen zur deutschen Kulturpolitik, die vielleicht einmal Inhalt einer weiteren Konferenz der Internationalen Akademie Schloß Baruth sein könnten, noch einmal etwas zurückführen auf das eigentliche Thema, nämlich, welche Bedeutung sie für alle drei Länder hat.

Ein ranghoher polnischer Diplomat hat mir einmal mit bitterem Unterton Klage darüber geführt, wieso es so lange gedauert hat, bis das Kulturabkommen zwischen Deutschland und Polen verabschiedet war: Man habe aus seiner Sicht im Auswärtigen Amt offenbar für das Abkommen eine Art von Standardvertrag zugrundegelegt, der vielleicht für Afghanistan angemessen war, weswegen Polen lange nicht unterschreiben wollte, weil es das Abkommen für nicht angemessen empfand für zwei partnerschaftliche Länder in der Mitte Europas vom Range Deutschlands und Polens.

Eine andere Frage möchte ich für alle drei Länder stellen: Was müßte geschehen, um die jeweilige Sprachen der drei Länder zu verbreiten? Oder werden wir demnächst alle Englisch als gemeinsame lingua franca der internationalen Zusammenarbeit sprechen müssen?

Ein dritter Punkt ist folgender: Der Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Dr. Manfred Stolpe, sagte gestern in seinem Grußwort zu unserem Symposium, daß die Kulturpolitik bei den Erweiterungsprozessen eine große Rolle spielt. Was können wir tun, damit die Idee des Völkerverständnisses, die die UNESCO weltweit vertritt, auch im Verhältnis zwischen den drei Ländern im Rahmen der EU- und NATO-Osterweiterung mit Leben erfüllt wird?

Gabriele Muschter:

Vielen Dank. Gibt es weitere Fragen?

Rudolf von Sandersleben:

Herr Pforte, wie stellen Sie sich eine Kulturpolitik vor, die vom Bund geregelt wird?

Ich bin gerade dabei, im Grenzgebiet Tschechien-Polen-Oberlausitz eine Ausstellung über die Habsburger zu organisieren, die bereits die Zustimmung der Österreicher und Schweizer hat, die jedoch das Haushaltsvolumen des Freistaats Sachsen übersteigt.

Wer finanziert die Kultur im Europa der Regionen, in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit? Bräuchten wir hier nicht eine Instanz als Zwischending zwischen föderaler und zentralistischer Kulturpolitik?

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch den Ministerpräsidenten Sachsens, Professor Biedenkopf, aus seinem Vortrag auf der letzten Leipziger Buchmesse zitieren: "Die Größe Europas in der Welt hat in seiner Kultur Bestand."

Dietger Pforte:

Ein gewisses Modell der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit stellt die kulturelle Kooperation zwischen Bayern, Sachsen und Tschechien dar: Der Staat soll Rahmenbedingungen schaffen, sich aus der konkreten Realisation von Kulturprojekten jedoch heraushalten. Zwischen Bayern, Sachsen und Tschechien funktioniert dieses Modell, aber nur bei Projekten, die den Grenzbereich Tschechiens, aber nicht ganz Tschechien betreffen.

Wenn das ganze Land Tschechien involviert ist, dann ist die KMK als länderübergreifende Institution gefragt oder - aus meiner Sicht - eben ein Bundeskulturministerium.

Zu der Frage nach den Sprachen:

Auch in Europa ist die Leitsprache Englisch nicht wegzudenken. In Polen und Tschechien, und selbst in Ungarn und den baltischen Staaten, ist die 1. Fremdsprache an den Schulen Englisch.

In Polen und Tschechien gibt es Deutsch als 2. Fremdsprache: für Oberschüler, Gymnasiasten und teilweise für qualifizierte Ausbildungsberufe.

In Tschechien bieten Haupt- und Realschulen Deutsch als 1. Fremdsprache an, aber nicht aus Gründen der kulturellen Annäherung, sondern um die Chancen der Absolventen, in Deutschland Arbeit zu finden, zu verbessern. Es kommen hierbei großvolumige Umschulungsprogramme zur Anwendung, in denen ehemalige Russisch-Lehrer zu Deutsch-Lehrern umgelernt werden.

Gleichzeitig ist es aber auch ein Verlust, daß die russische Sprache - als ehemalige 'Sprache der Feinde' nicht mehr unterrichtet wird.

Vielleicht ist es aber für das Europa, das wir uns wünschen, wichtig, daß wir wieder Russisch lernen - nicht mehr als 'Sprache des Feindes', sondern als 'Sprache des Freundes'.

Darüber hinaus wird mit Unterstützung von deutschen Kulturinstitutionen sowohl in Tschechien als auch in Polen Deutsch für Deutschstämmige angeboten, die kaum mehr der deutschen Sprache mächtig sind.

Allerdings gibt es in Polen diesbezüglich Ängste, daß eine Achse geschmiedet wird, die zu stark 'deutsch' ist. Die Bundesregierung sollte diese Programme nicht zu stark fördern. Ganz davon abgesehen, existieren auch seitens der Bundesregierung Vorbehalte gegenüber aus Osteuropa kommenden Menschen.

Die Neugier von Deutschen auf Künstler aus Osteuropa ist zu gering. Es darf keine Einbahnstraße sein: daß nur Osteuropäer neugierig auf Westeuropa sind. Hier muß gegenseitige Neugier geweckt werden.

An dieser Stelle möchte ich meine eigene Stiftung, die 'Stiftung Kulturfonds' vorstellen. Die Stiftung Kulturfonds unterhält zwei Stiftungen. Eine dieser beiden Stiftungen ist die Stiftung Wiepersdorf, die weltweit Stipendien vergibt, mit Hilfe derer Künstler z. B. aus China, den USA, Israel, Polen und Ungarn für 3-5 Monate im tiefen Lande zusammen leben und arbeiten können. Hierbei sind nicht die unterschiedlichen Sprachen das Problem - sie stellen eine Mischung aus Englisch und Deutsch dar -, sondern die Ängste, die geschürt wurden gegenüber Ostdeutschland und Osteuropa, auch vom Westen: durch in der Werbung falsch vermittelte Wohlstandsbilder.

Ich möchte in diesem Zusammenhang den Bundespräsidenten a. D. Richard von Weizsäcker zitieren, der einmal sagte: "Wir müssen einander voneinander erzählen, damit wir einander kennenlernen und begreifen, warum wir so sind, wie wir sind. Und wenn wir das begriffen haben, dann können wir vielleicht auch zusammenkommen."

Vertreter einer europäischen Bildungsstätte aus dem Raum Berlin:

Das Problem im Bereich von Schulaustauschprogrammen zwischen Deutschland und Osteuropa ist nicht die Sprache, sondern daß das Interesse und die Neugier am anderen Land nachlassen. Während unsere Bildungsstätte in den Jahren 1992 und 1993 für deutsche Schüler jährlich noch ca. 40 Wochenseminare in Osteuropa durchführen konnte, waren es in den letzten Jahren nur noch 6-8 pro Jahr. Bisher ist es uns nicht gelungen, die Schulaufsichtsbehörden und die Lehrer zu motivieren, dagegen vorzugehen.

Andererseits besteht ein reges Interesse osteuropäischer Schulen an Deutschland, wobei osteuropäische Schüler auch über erstaunliche Sprachenkenntnisse verfügen.

Gabriele Muschter:

Nicht nur das Interesse an Osteuropa, sondern auch das Interesse an (die Neugier auf) Ostdeutschland wird immer geringer. Dieses war vor acht Jahren noch sehr groß.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch die Gelegenheit nutzen, meine eigene Institution, die Kulturstiftung Haus Europa, vorzustellen, die eine Art 'kleine Clearingstelle' für andere Institutionen darstellt (eine kleine Stelle unter anderen, da eine große Clearingstelle nicht existiert).

Eine Initiative der Kulturstiftung Haus Europa ist das Projekt "Deutsche Lebensläufe", für das jeweils zwei Personen vergleichbarer Berufe, eine aus dem Ost- und eine aus dem West-Teil Deutschlands zusammenkommen, die sich sonst nicht treffen würden: Z. B. waren schon dabei:

Volker Hassemer und Thomas Krüger oder die Rechtsanwälte Peter Raue und Gregor Gysi.

Dieses Projekt könnte auch Ansatzpunkt für ähnliche Modelle auf grenzüberschreitender europäischer Ebene sein. Und für solche Projekte könnte auch diese Tagung wertvolle Anreize geben.

Vielen Dank Ihnen allen.

VI. 'Sensible' Themen -

Sensible Themen bei der NATO- und EU-Erweiterung: Hoffnungen und Ängste

Gesprächsleitung: Prof. Dr. Hanns-Dieter Jacobsen
Studienforum Berlin und Freie Universität Berlin

Referenten: Ludmilla Rakusanova
Radio Free Europe
Mitglied des Deutsch-Tschechischen Diskussionsforums, Prag

Rolf Seutemann
Vizepräsident des Landesarbeitsamtes Berlin-Brandenburg, Berlin

Wolf Burkhard Wenkel
Hauptgeschäftsführer,
Fachgemeinschaft Bau Berlin-Brandenburg, Berlin

Einführungsreferat Hanns-Dieter Jacobsen

Thesen:

1. Die Dimensionen der Sensibilität beginnen sich erst allmählich zu entfalten

Bislang hat sich das Problem der EU- und NATO-Osterweiterung auf einer weitgehend abstrakten Ebene abgespielt. Es waren vor allem Politiker, Diplomaten und Bürokraten, Wissenschaftler und Journalisten, die sich bislang mit den entstehenden Problemen der Umstrukturierung und Anpassung beschäftigt haben. Was die Erweiterungen im konkreten Fall für die betroffenen Menschen und Institutionen, für ihre Hoffnungen und Ängste bedeuten, wird erst allmählich klar. Erst jetzt kann in den Kandidatenländern deutlich werden, daß der Beitritt - und das gilt weniger für den Beitritt zur NATO, sondern vor allem für den in die EU - mit Konsequenzen verbunden ist, der für sie selbst zu gravierenden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen führen wird.

2. Fragen der nationalen Identität in Ost- und Mitteleuropa gewinnen an Bedeutung

Historisch, kulturell und geografisch sind die ost- und mitteleuropäischen Länder Teil Europas, und die EU hat kein Monopol zu bestimmen, welches Land dazu gehört und welches nicht. Jetzt kommt es darauf an, die militärische, politische und ökonomische Einbeziehung zu vollziehen. Zwar haben sich in den letzten Monaten und Jahren in der Tschechischen Republik und Polen (weniger in Ungarn) gewisse Vorbehalte gegenüber einer zu starken Hinwendung zur EU ergeben, und es waren Befürchtungen geäußert worden, die nationale Identität dieser Länder könnte leiden. Trotz dieser Ängste befürwortet aber der überwiegende Anteil der jeweiligen Bevölkerungen eine rasche und vollständige Mitgliedschaft, weil in dem EU-Beitritt auch ein willkommener Katalysator für die nationalen Reformen gesehen wird.

Im übrigen ist "nationale Identität" keine feste Größe, sondern sie verändert sich im historischen Ablauf. Das wird besonders deutlich, wenn man sich das Umgehen verschiedener Länder mit ausgewählten Problemfeldern vergegenwärtigt und nicht nur die Unterschiede, sondern auch den Auffassungswandel betrachtet. Das drückt sich außenpolitisch etwa in der geänderten Einschätzung der Rolle Deutschlands in Europa aus, strukturell in der andersartigen Rollenbestimmung des Staates (z. B. gegenüber der Wirtschaft), gesellschaftlich in der gewandelten Rolle der Konfessionen, der Bildungssysteme, Sozialsysteme usw. Die OME-Staaten verfügen über gewachsene Traditionen, aber es dürften sich als Ergebnis der Öffnung ohne Zweifel Annäherungen ergeben. Die EU ihrerseits ist ebenfalls nicht homogen, so daß eine Vielzahl von Interessensüberschneidungen entstehen dürfte, die aber dennoch nicht automatisch zu einem Verlust an nationaler Identität führen werden.

Einen Sonderfall stellt die Katholische Kirche in Polen dar, da sie nicht nur sehr konservative, sondern auch nationalistische Züge trägt. Die Polnische Katholische Kirche war immer Zufluchtsort und Hort der Identitätswahrung. Was die Kirche befürchtet, etwa die Verrohung der Sitten, wachsende Gewalt und zu freizügige Sexualität, kann nicht als

Folge eines EU- oder NATO-Beitritts interpretiert werden, sondern ist - wenn überhaupt - der Wende geschuldet. Die Kirchen benötigen Zeit, um sich an die neuen Bedingungen anpassen zu können.

3. Die Lastenteilung in NATO und EU ist unklar

Es nützt dem politischen Diskurs in den prospektiven Beitrittsländern wie der Tschechischen Republik, aber auch den anderen Ländern der ersten Runde (NATO: Polen und Ungarn; EU: Polen, Ungarn, Slowenien und Estland) überhaupt nicht, wenn Vertreter aus den Mitgliedstaaten die zu erwartenden Schwierigkeiten bei den Beitrittsverhandlungen verschweigen oder schönreden. Zunächst einmal ist die EU selbst noch nicht erweiterungsfähig. Der Vertrag von Amsterdam verfehlte das politische Ziel, die Voraussetzungen für eine Anpassung der EU an die neuen Herausforderungen zu schaffen, so daß es erneuter Reformanstrengungen bedarf, damit die EU den Beitritt der Kandidaten aus Ost- und Mitteleuropa verkräften kann. Aber auch wirtschaftliche Voraussetzungen müssen verändert werden. Ein besonders drastisches Beispiel sind die von der EU gewährten Subventionen: Wenn das heutige System der Agrar-, Struktur- und Kohäsionsfonds auf die Tschechische Republik und die anderen Beitrittsländer - insbesondere Polen - übertragen würde, wäre die EU in kurzer Zeit bankrott.

4. Die vielfältigen Konsequenzen des Anpassungsschocks sind noch nicht absehbar

Aber auch die Beitrittskandidaten selbst erfüllen die Bedingungen für einen baldigen Beitritt zur Union noch nicht. Der Anpassungsschock bei einer baldigen Öffnung wird enorm sein. Schließlich treten die EU-Kandidaten nicht nur einer Wirtschafts-, sondern auch einer Rechtsgemeinschaft bei, was zur Folge hat, daß die EU-Gesetze und - Bestimmungen übernommen und auch angewendet werden müssen.

Überdies müssen eine Reihe von schwierigen Problemfeldern (z. B. Immobilienkauf durch EU-Ausländer, Freizügigkeit in der EU) geregelt werden, was lange Anpassungsfristen brauchen wird. Wie bekannt, hat der Beitrittsprozeß Portugals mehr als sieben Jahre gedauert.

5. Komplexität des EU-Beitrittsprozesses größer als bei bisherigen Erweiterungen

Der Beitritt zur EU wird nicht nur eine Frage der Entscheidungen von Regierung und Parlament sein, sondern betrifft alle Bereiche der Gesellschaft. Bei den anstehenden Diskussionen kommt es darauf an, zwischen diffusen Ängsten und berechtigten Sorgen auf beiden Seiten der Grenze zwischen EU und Beitrittskandidaten zu unterscheiden. Und solche Sorgen, so stellte z. B. Christiane Bretz, die ehemalige Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg, fest, betreffen auf deutscher Seite vor allem den Arbeitsmarkt und die Auswirkungen einer Grenzöffnung auf die Beschäftigung. Allein in Berlin-Brandenburg gibt es etwa 500.000 Arbeitslose, und es müsse nach ihrer Ansicht z. B. durch die Einrichtung eines Übergangs- und Beitrittsfonds sichergestellt werden, daß Sozialdumping verhindert sowie damit einhergehende diffuse Ängste und Fremdenhaß abgebaut werden. Da die meisten Schwierigkeiten politischer und psychologischer Natur sind, kommt es darauf an, auf beiden Seiten intensiver über die Konsequenzen der Erweiterung zu sprechen und die Bürger an den Entwicklungen mehr als bisher zu beteiligen.

6. Hoffnungen überwiegen gegenüber den Ängsten

In den letzten Jahren - z. B. bei Wahlkämpfen in der Tschechischen Republik und in Polen - hat es erhebliche, teilweise geradezu nationalistisch anmutende Vorbehalte gegen die Auswirkungen einer Öffnung dieser Länder gegenüber der EU gegeben. Es wurde von Ausverkauf des Landes gesprochen, von Verzerrungen bei den Immobilienpreisen, dem Zugriff der multinationalen Konzerne und insbesondere von den negativen Einflüssen auf die Moral der Gesellschaft. Diese Vorbehalte waren emotional und basierten weitgehend auf Unwissen und Fehlinformation. Zwar existieren im wirtschaftlichen Bereich eine Reihe von berechtigten Befürchtungen (Zunahme der Konkurrenz, Wachstum der Arbeitslosigkeit), aber sie müssen gegen die Chancen aufgerechnet werden, die sich für die Wirtschaft und Gesellschaft der OME-Staaten ergeben: zunehmende Verfügbarkeit von Waren, verbesserter Lebensstandard, Import von Kapital und zunehmende Investitionen, Abbau von Arbeitslosigkeit. Die Beitrittskandidaten können eigentlich nur gewinnen. Jedoch müssen z. B. im Bildungsbereich erhebliche Anstrengungen unternommen werden, um zum einen zum Abbau von Vorurteilen und zum anderen zur Vertrauensbildung beizutragen.

7. Beide Seiten müssen zu Kompromissen bereit sein

In den Mitgliedstaaten der EU ebenso gibt es eine Reihe entschiedener Gegner der Erweiterungen und auch etliche Personen, die die entstehenden Anpassungslasten auf beiden Seiten erheblich unterschätzen. An dieser Stelle sei nur an das Beispiel der deutschen Einheit erinnert. Aber auch Vertreter der politischen Klasse in Ost- und Mitteleuropa scheinen zu glauben, bei den Verhandlungen über den Beitritt über hohe Gestaltungsspielräume zu verfügen. Das dürfte sich jedoch bald als Illusion erweisen. Bei der unabdingbaren politischen Begleitung des Erweiterungsprozesses durch Medien, politische Parteien, Stiftungen, Bildungszentralen, usw. ist es notwendig, auf beiden Seiten übertriebene Ängste ebenso wie überzogene Erwartungen zu reduzieren, damit der Katzenjammer - und den wird es geben - nicht zu groß wird. Ich möchte schließen mit einem Zitat Gunnar Myrdals: "Gleiche Behandlung von Gleichheit führt zu Ungleichheit."

Und damit darf ich das Wort weitergeben an Frau Rakusanova, die uns von den Hoffnungen und Ängsten auf tschechischer Seite berichten wird.

Statement Ludmilla Rakusanova

In Tschechien hat man schon in der Zeit der Wende gerufen: "Zurück nach Europa!". Die Befürwortung des Beitritts zu EU und NATO war schon lange erklärtes Ziel der tschechischen Außenpolitik.

In dieser Woche haben wir einen beachtlichen Erfolg erzielt: die Zustimmung zum Beitritt Tschechiens zur NATO sowohl von der Regierung als auch von der Opposition.

Viele hätten jedoch ein Referendum lieber gehabt. Ein solches wäre zeitlich jedoch gar nicht durchführbar gewesen, weil die Institution NATO in der tschechischen Verfassung gar nicht erwähnt ist und deshalb erst eine zeitaufwendige Verfassungsänderung durchgeführt hätte werden müssen.

Viele tschechische Politiker, darunter auch Václav Havel und der frühere Außenminister der ehemaligen Tschechoslowakei, Jiri Dienstbier, brauchten nach der Wende lange, um

zu verinnerlichen, daß die NATO nicht beabsichtige, sich nach dem Zerfall des Warschauer Paktes ebenfalls aufzulösen.

Heute schüren die Republikaner noch alte Ängste und sprechen sich gegen die NATO-Erweiterung aus, ebenso wie die Kommunisten, die vor allem populistisch und demagogisch argumentieren. Aber diese beiden Parteien konnten mit dieser Argumentation bei der Bevölkerung keine neuen Stimmen mobilisieren; trotzdem gibt es auch noch andere NATO-Gegner, die sich nicht zu den Wählern dieser beiden Parteien zählen.

Insgesamt ist die Befürwortung des NATO-Beitritts in der Bevölkerung jedoch ziemlich hoch: Während im Herbst 1996 noch 43 % eine positive Einschätzung gaben, waren es im Herbst 1997 bereits 55-56 %.

In Bosnien waren im Rahmen eines SFOR-Einsatzes auch tschechische Soldaten stationiert; damit hat die tschechische Regierung bewiesen, daß die Tschechische Republik bereit ist, zur kollektiven Verteidigung einen sinnvollen Beitrag zu leisten.

Hierfür und zur Angleichung ihrer Verteidigungsausgaben an den Durchschnitt der NATO-Mitgliedstaaten hat die Tschechische Republik beschlossen, ihre Verteidigungsausgaben jährlich um 1,5 % zu erhöhen, was einer jährlichen Steigerung von 0,1 % des tschechischen BIP entspricht.

Von welcher Qualität die angestrebte NATO-Mitgliedschaft Tschechiens sein wird, das hängt von der Fähigkeit ab, alle notwendigen Gesetze - z. B. zum Informationsschutz oder Doktrin zur Sicherheit des Landes - umzusetzen und davon, wie Tschechien sich in den NATO-Strukturen zurechtfindet.

Zwischen Bratislava und Prag besteht noch eine offene Rechnung von früher (es geht um Gold), weswegen das Verhältnis Tschechiens zur Slowakei, was die NATO-Mitgliedschaft anbelangt, noch Komplikationen mit sich bringen könnte.

Obwohl die ehemalige Mähren-Linie beim Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union zur EU-Außengrenze werden wird, ist die Befürwortung des Beitritts in der Bevölkerung seit der Antragstellung der Regierung auf volle Mitgliedschaft im März 1996 von 42 % bis heute auf 60 % gestiegen. Dies ist am ehesten damit zu begründen, daß sich die Hoffnungen der tschechischen Bevölkerung, aus eigener Kraft einen schnellen Aufschwung ihrer Wirtschaft zu erreichen, zerschlagen haben und man deshalb jetzt auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage durch den EU-Beitritt hofft.

Allerdings hat es seitens der Politik in Tschechien auch große Versäumnisse gegeben, die einen wirtschaftlichen Aufschwung aus eigener Kraft behindert haben: eine uneffektive Administration, verschleppte Reformen des Bankwesens, wildes Verhalten auf dem Kapitalmarkt, nicht verwirklichte Dezentralisierung des Landes, Ignoranz des Problems der Roma-Minderheit (dieses letzte Defizit kann nicht exportiert werden, d. h. muß vor dem EU-Beitritt national gelöst werden; erst kürzlich ist man hier zu ersten Beschlüssen gelangt).

Es gibt in der Tschechischen Republik heute keinen Euro-Skeptizismus mehr, wie ihn Václav Klaus noch geschürt hat.

Aber es gibt Kommunikationsschwierigkeiten zwischen der tschechischen Regierung und der EU: Z. B. hat Tschechien den Import von Äpfeln aus der EU nach Tschechien quotiert mit dem ungewollten Resultat, daß die EU als Reaktion hierauf die Zölle auf tschechische Fleischausfuhren in die EU erhöht hat. In diesem Konflikt behauptet die tschechische Regierung, daß Probleme wie der Apfelüberschuß bereits im Assoziierungsabkommen mit der EU gemeldet worden seien, wohingegen die EU in

Brüssel behauptet, mit der Äpfelquotierung vor vollendete Tatsachen gestellt worden zu sein.

Das Ergebnis des letzten Eurobarometers, der Umfrage zu der Einschätzung der EU-Osterweiterung, hatte Tschechien so nicht erwartet: In Österreich und Bayern mehren sich die Gegner der EU-Osterweiterung (während in den neuen Bundesländern 58 % der Bevölkerung für und nur 25 % gegen die EU-Osterweiterung sind).

Parallel zu allen technischen Fragen des EU-Beitritts sollte man die Diskussion um die historischen tschechischen Altlasten gegenüber den tschechischen Nachbarländern eröffnen: Wenn dies nicht erfolgt und die historischen Ängste nicht überwunden werden, würde ein EU-Beitrittsreferendum in Tschechien negativ ausfallen. Momentan gilt die EU-Integration in der Bevölkerung jedoch als willkommenes Instrument, um die historischen Schwierigkeiten mit den Nachbarn zu bewältigen.

Auch darf die Europäische Union nicht mit Deutschland gleichgesetzt werden, da die tschechische Bevölkerung hierauf sehr emotional reagieren würde, wie man zuletzt bei der Diskussion um die Deutsch-Tschechische Aussöhnungserklärung sehen konnte: Die deutschen Sozialdemokraten verdeutlichten damals sachlich, daß die Ablehnung der Erklärung durch die tschechische Seite ein Grund für die Nicht-Aufnahme Tschechiens in die EU sein könnte.

Die tschechischen Sozialdemokraten empfanden dies als Druckmittel von Deutschland und fühlten sich in ihrer Eigengestaltung und Souveränität eingeschränkt.

Zwischenfrage Hanns-Dieter Jacobsen:

Bezüglich Tschechiens Beitritt zur NATO gab es kein Referendum, wird es aber eventuell ein Referendum der tschechischen Bevölkerung zum EU-Beitritt geben?

Ludmilla Rakusanova:

Es ist geplant, ein institutionelles Referendum in die Verfassung aufzunehmen. Alle Parteien haben sich für ein EU-Referendum ausgesprochen, das auch stattfinden wird.

Allerdings steht die eigentliche Feuerprüfung noch bevor, weil man in Tschechien den Beitritt zu EU und NATO immer noch nicht als innenpolitische Realität betrachtet. Die Beitrittsprozesse sind nicht nur Angelegenheiten der Außen- und Verteidigungsminister, sondern noch viel stärker ein innenpolitisches Problem, das als solches jedoch noch nicht wirklich erkannt worden ist.

Aber ich stimme Ihnen abschließend zu, daß die positiven Energien die Ängste überwiegen und die Hoffnung bestärken, daß der Wandel Tschechiens zu einem stabilen Rechtsstaat bewältigbar ist. Man ist sich im Klaren darüber, daß die Mitgliedschaft Tschechiens in EU und NATO endgültig die Unumkehrbarkeit der Wende garantiert und untermauert. Vielen Dank.

Hanns-Dieter Jacobsen:

Vielen Dank, Frau Rakusanova, für diese umfassende Darstellung der Problematik aus tschechischer Sicht. Vielleicht darf ich Ihnen, bevor ich das Wort an Herrn Seutemann weitergebe, noch eine Frage stellen: Wenn sich die Problemlösung der binnenwirtschaftlichen Probleme Tschechiens zu lange hinzieht, kann es dann einen Rückschlag in der Stimmung der Bevölkerung geben insofern, daß die Enttäuschung über die Europäische Union sehr groß sein wird?

Ludmilla Rakusanova:

Es gibt in der tschechischen Bevölkerung viele Hoffnungen auf Europa, die keinen realistischen Boden haben. Aber die tschechische Regierung kann es sich nicht leisten, die inneren Probleme des Landes nicht zu lösen: Wenn der Druck nicht von der EU käme, dann käme er z. B. vom Internationalen Währungsfonds.

Hanns-Dieter Jacobsen:

Vielen Dank. Ich darf nun Herrn Seutemann das Wort erteilen, der uns über die spezifischen Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf den deutschen Arbeitsmarkt im allgemeinen und auf die Region Berlin-Brandenburg im speziellen berichten wird.

Statement Rolf Seutemann

Ich möchte Ihnen im folgenden einige Thesen zur Situation des deutschen Arbeitsmarktes mit Schwerpunkt auf der Region Berlin-Brandenburg, im Rahmen der EU-Osterweiterung vortragen:

1. Angespannte Arbeitsmarktsituation insbesondere in den neuen Bundesländern

Nach wie vor belastet in den neuen Bundesländern der transformationsbedingte Wirtschaftsumbruch den Arbeitsmarkt schwer. In Ostdeutschland waren Ende März 1998 1,548 Mio. Personen arbeitslos, die Quote, bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen, lag bei 22,1 %. Die Arbeitslosenquoten in den Dienststellen entlang der Grenze zu Polen und Tschechien liegen bei rd. 30 %. Rechnet man die verdeckte Arbeitslosigkeit hinzu, so ergeben sich in diesen Regionen Arbeitsplatzdefizite von bis zu 50 %.

2. EU-Osterweiterung verstärkt Kohäsionslücke

Mit der Osterweiterung der Europäischen Union werden sich die Wohlstandsunterschiede innerhalb der Gemeinschaft noch wesentlich erhöhen. Die Lohnrelation - in Wechselkursparitäten gerechnet - lag im Vergleich zu z. B. Österreich bei 10,8 %, respektive 11,2 %. Diese extremen Lohnunterschiede, die im Vergleich zu West-Deutschland noch stärker sind, verdeutlichen einerseits komparative Kostenvorteile für arbeitsintensive Produktion, zeigen andererseits aber auch erhebliche Wanderungsanreize.

3. Weitere wirtschaftliche Integration wird Arbeitslosigkeit in den MOE-Staaten zunächst erhöhen

Die Arbeitslosenquote lag nach Schätzungen des Sachverständigenrates in Polen im Jahre 1997 bei 11,5 %, in Tschechien bei 4,5 %. Ein bis zwei Jahre zuvor lag die Quote in Polen noch bei rd. 15 %. Bemerkenswert sind die regionalen Disparitäten. Es ist davon auszugehen, daß die Arbeitslosigkeit in Tschechien, aber auch in Polen, durch die weitere

Einbindung in die internationale Arbeitsteilung und den beschleunigten Strukturwandel vorübergehend steigen wird.

4. Innergemeinschaftliche Arbeitskräftewanderungen sind gering

Die grenzüberschreitende Arbeitskräftemobilität ist ein wesentliches Merkmal des EG-Binnenmarktes. Die bestehenden wirtschaftlichen Unterschiede in den Ländern der EU sind kein ausreichender Grund mehr, um einen massiven Mobilitätsprozeß auszulösen. Das heißt aber nicht, daß es in Deutschland nicht in einzelnen Sektoren - auch aufgrund von spezifischen hohen Arbeits- und Sozialkosten - zu verschärften Konkurrenzsituationen kommen kann.

- Vor allem die europäische Verflechtung wird auch in den nächsten Jahren in der Bauwirtschaft noch stärker Einzug halten. Nach einer Schätzung sind derzeit 100.000 bis 200.000 entsandte Beschäftigte aus EU-Mitgliedstaaten im deutschen Baugewerbe tätig. Bis Anfang 1996 war es Subunternehmern aus dem EU-Ausland aufgrund der Lohnvorteile möglich, vor allem bei einfacheren Tätigkeiten mit Löhnen zu kalkulieren, die 50-70 % unter denen deutscher Arbeitnehmer lagen.

Nach dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) ist es wegen der besonderen Lage in der Bauwirtschaft möglich, bei der Ausübung der Dienstleistungsfreiheit nationale Beschränkungen vorzunehmen. Das Entsendegesetz wurde von den Tarifparteien eingeführt, um "Lohndumping" von Ausländern und damit Konkurrenz für die deutschen Bauarbeiter auszuschließen.

- In Polen liegt der Anteil des Agrarsektors bei rund einem Viertel der Erwerbstätigen. Es ist mit erheblichen Freisetzungen in der Agrarwirtschaft zu rechnen.

Die längerfristigen Beschäftigungsperspektiven bleiben im Zuge des weiter voranschreitenden Strukturwandels und einer weiteren Liberalisierung des Welthandels, die das heimische Angebot an Agrarerzeugnissen erhöhen wird, ungünstig. Ein zusätzliche Verschärfung des Anpassungsdrucks in der Landwirtschaft könnte die Belastbarkeit auf eine ernste Probe stellen.

5. Zur derzeitigen Beschäftigungsmöglichkeit von Arbeitskräften aus Mittel- und Osteuropa

Mit der Öffnung der Grenzen zu den mittel- und osteuropäischen Staaten sind wesentliche Auswirkungen auf die Arbeitskräftemobilität verbunden. Aufgrund der Unterschiede im wirtschaftlichen Entwicklungsniveau und daraus resultierenden Einkommensdifferenzen entstand für die europäischen Industriestaaten von Seiten der mittel- und osteuropäischen Länder ein neuer und erheblicher Wanderungsdruck. Illegale Zuwanderung und illegale Beschäftigung mit ihren unerwünschten Begleiterscheinungen waren die Folge.

6. Werkvertragsbeschäftigung zurückgenommen

Zu Zeiten des Vereinigungsbooms wurde die Zahl der Werkverträge - insbesondere auch unter Qualifizierungsaspekten der Arbeitskräfte in den MOE-Staaten - erheblich ausgeweitet. Bis Ende 1992 wurde bei der Erteilung der Zugangsberechtigung zum deutschen Arbeitsmarkt keine Arbeitsmarktprüfung vorgenommen. Wegen der sich verschlechternden Situation am Arbeitsmarkt wurden 1993 sog. 'Arbeitsmarktschutzklauseln' eingeführt. Das bedeutet, daß in allen 'gesperrten' Arbeitsamtsbezirken Werkverträge mit Firmen aus Mittel- und Osteuropa weiterhin nicht

genehmigt werden, wenn nicht Ausnahmetatbestände vorliegen. Während 1993 im Bundesgebiet die Anzahl der Werkvertragsbeschäftigten noch bei knapp 80.000 lag, sank die Anzahl bis 1997 auf 28.700.

7. Beschränkungen der Saisonbeschäftigung

Nach dem Arbeitserlaubnisrecht von 1991 bietet die Saisonbeschäftigung die Möglichkeit einer befristeten Tätigkeit von bis zu 3 Monaten pro Jahr. Insbesondere Wirtschaftszweige mit saisonalem Arbeitskräftebedarf erschließen sich auf diese Weise ein zusätzliches Arbeitskräftepotential, das auf dem heimischen Arbeitsmarkt vermeintlich nicht oder in nicht ausreichendem Maße zur Verfügung steht. Die Arbeitsbedingungen entsprechen häufig nicht den tariflichen oder ortsüblichen Gegebenheiten.

8. Grenzgängerbeschäftigung ist gering

Ein Standortmerkmal des Landes Brandenburg ist die unmittelbare Grenze zu Polen. Im Rahmen der Grenzgängerbeschäftigung wurden von Januar bis Juli des Jahres 1997 570 allgemeine Arbeitserlaubnisse erteilt. Es handelte sich hierbei um polnische Staatsangehörige mit Wohnsitz in der polnischen Grenzzone.

9. Mobilität und Freizügigkeit

Die Freizügigkeitsregelung für Arbeitnehmer ist eine der Haupterrungenschaften der Europäischen Integration. Weniger als 2 % der EU-Bürger leben derzeit in einem anderen Mitgliedsland.

Die Qualifikationsstruktur der innergemeinschaftlichen Wanderungsbewegungen zwischen den EU-Ländern hat sich in den letzten dreißig Jahren entscheidend verändert. Von der ursprünglichen "Gastarbeiter"-Wanderung niedrigqualifizierter Arbeitskräfte hat sich die Nachfrage in Richtung hochqualifizierter Arbeitskräfte entwickelt. Dieser Prozeß kann sich aber unter Berücksichtigung der Lohndisparitäten regional anders darstellen.

10. Schrittweise Einführung der Freizügigkeit erforderlich, um Überforderung der Arbeitsmärkte zu vermeiden

Die Erfahrungen mit den EU-Beitrittsländern Irland (1973), Griechenland (1980) sowie Spanien und Portugal (1986) zeigen, daß sich die Wohlstandsunterschiede nur sehr langsam verringern. Während auf der Länderebene noch ein leichter Konvergenzprozeß feststellbar ist, ist dies auf der Regions-ebene nicht der Fall. Die enormen Produktivitätsunterschiede Osteuropas werden sich erst mittelfristig abbauen. Ein Teil dieses Prozesses wird über Personalverringerung erfolgen. Damit ist in jedem Fall mit arbeitsplatz- und/oder einkommensbedingtem Wanderungsdruck zu rechnen.

Die gegenwärtige Arbeitsmarktkrise hat trotz massiven Gegensteuerns auch die Jugendarbeitslosigkeit verschärft. Von den Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren sind 1995 in Westdeutschland nur 31 % erwerbstätig gewesen, 1991 waren es noch 41 %. Der starke Beschäftigungsrückgang bei den Jugendlichen ist zu knapp 40 % demographisch zu erklären.

Die Arbeitslosenquote lag Ende März 1998 in den neuen Bundesländern bei 18 %, in den alten Bundesländern bei 11 %. Eine Ausweichreaktion auf die schlechten Beschäftigungschancen ist eine stark gestiegene Bildungs- und Ausbildungsbeteiligung.

Ein Blick in die Zukunft zeigt, daß die demographische Entwicklung (zusätzlich eine Million Jugendliche allein in Westdeutschland bis 2010) sowie eine wachsende Zahl von Ausbildungsnachfragern, Ausbildungsabsolventen und arbeitslosen Jugendlichen die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt in den nächsten Jahren weiter verschärfen dürfte.

In Deutschland werden andererseits längerfristig demographische Trends eine Zuwanderung notwendig machen. Die Alterspyramide wird sich tendentiell umkehren. Ab etwa 2000 wird es insgesamt mehr über 50jährige geben als unter 30jährige Erwerbspersonen. Deren Anzahl wird sich bereits bis 2000 - trotz überwiegend wieder stärker besetzter Nachwuchsjahrgänge - gegenüber 1990 um rd. 4 Mio. verringern. Nach einer Modellrechnung des Instituts für Arbeitsmarkts- und Berufsforschung (IAB) wird der Geburtenrückgang das Potential an Erwerbspersonen zwar von Jahr zu Jahr drastisch senken; berücksichtigt man die Trends der Frauenerwerbsneigung und außerdem die Wiederanhebung der allgemeinen Altersgrenze, so bedarf es bis 2010 jedoch einer Nettozuwanderung von jährlich ca. 200.000 Personen, um das Potential ungefähr auf dem heutigen Stand zu halten.

Gleichwohl dürfte das Zuwanderungspotential diese Größenordnung bei weitem übersteigen. Zudem ist die qualifikatorische Komponente zu berücksichtigen. Der Lohndruck auf Einfachqualifikationen würde enorm zunehmen. Mit Auswirkungen auf die inländischen Arbeits-, Tarif- und Sozialbedingungen muß gerechnet werden. Hier gilt es, durch schrittweise Liberalisierung der Freizügigkeit Überforderungen ansässiger Arbeitsmärkte zu vermeiden.

Hanns-Dieter Jacobsen:

Vielen Dank, Herr Seutemann, für diese umfassende Darstellung der Arbeitsmarktsituation aus deutscher Sicht und der Problematik, die sich aus der EU-Osterweiterung v. a. für den ostdeutschen Arbeitsmarkt ergibt.

Wir werden bei dem nächsten Vortrag von Herrn Wenkel noch stärker ins Detail gehen. Herr Wenkel wird uns nämlich jetzt die Konsequenzen der EU-Osterweiterung für den Berlin-Brandenburger Bausektor erläutern.

Statement

Wolf Burkhard Wenkel

Die Berlin-Brandenburger Bauwirtschaft trägt zu 15-30 % zum BIP der Region Berlin-Brandenburg bei. In Brandenburg werden von 60 Mrd. DM Gesamt-BIP rd. 20 Mrd. DM im Baubereich erwirtschaftet, was einmal mehr den Zusammenbruch der sonstigen industriellen Strukturen in den neuen Bundesländern verdeutlicht.

Unter Europa leiden die einen, die anderen profitieren. Von Europa profitiert vor allem die Großwirtschaft - zu denen man auch die großen Banken und Versicherungsgesellschaften zählen kann - d. h. die stark exportorientierten, üblicherweise in Aktiengesellschaften organisierten Großunternehmen. Diese erwirtschaften jedoch nur etwa 30 % des deutschen BSP.

Der große Rest von etwa 70 % des deutschen BSP wird von kleinen und mittelständischen Unternehmen beigetragen, die im Binnenmarkt tätig sind. Diese profitieren nicht von Europa, und es gibt keine politische Partei, die sich für die Interessen des Mittelstands und des bei ihm angesiedelten Potentials interessiert. Diese Ignoranz gegenüber kleinen und mittelständischen Unternehmen, auch der Bauwirtschaft, kann die Politik irgendwann einmal bitter treffen. Tatsache ist, daß ausländische Arbeitskräfte im

Baubereich deutsche Arbeitskräfte verdrängen, was zu erhöhter Arbeitslosigkeit in diesem Sektor führt.

Insgesamt haben wir derzeit in Deutschland 5 Mio. Arbeitslose, es wird von weiteren 2 Mio. verdeckter Arbeitslosigkeit gesprochen; vielleicht sind es insgesamt auch 8, 9 oder 10 Mio., auf jeden Fall werden es irgendwann zu viele: Man muß sich fragen, wie lange die noch junge Demokratie in Deutschland diese hohe Arbeitslosigkeit aushält. In der Region Berlin-Brandenburg gibt es 110.000 Bauarbeiter, von denen in Berlin 32 % arbeitslos sind (bei einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 17-18 %) - und das obwohl sich in den letzten Jahren das Bauvolumen in der Region nahezu verdoppelt hat. In Brandenburg besteht eine Arbeitslosenquote im Baubereich von etwa 30 %.

Von den 110.000 Bauarbeitern in der Region Berlin-Brandenburg sind nur 10.000 einheimische Bauarbeiter. Für den heimischen Arbeitsmarkt in diesem Sektor ist eine weitere Verdrängung zu befürchten; dies gilt auch für den polnischen oder tschechischen Arbeitsmarkt, wo eine Verdrängung durch Bauarbeiter aus Rußland oder Weißrußland erfolgt.

Der Grund für diese geringe Beschäftigung einheimischer Bauarbeiter ist zudem in dem großen Anteil illegaler Beschäftigung am Bau zu sehen. Wenn gegen illegale Beschäftigung allerdings wirksam vorgegangen würde, dann würde man die Errungenschaften des demokratischen Rechtsstaats in Frage stellen, weshalb auf diesem Gebiet wenig geschieht.

Auch die Unterschiede in den Löhnen der einzelnen Länder Europas sind immens: Während der Bauarbeiter in Deutschland pro Stunde 25,25 DM erhält, wird der portugiesische Bauarbeiter mit 6,50 DM, der polnische mit 3,50 DM und der weißrussische gar mit 1,20 pro Stunde angesetzt.

Zum 1.1.1993 ist EG-weit der freie Binnenmarkt für Waren, Dienstleistungen und Kapital eingeführt worden, dieser ist jedoch teilweise in einen Menschenhandel - um nicht zu sagen ‚modernen Sklavenhandel‘ - umgeschlagen, weil es bisher versäumt worden ist, parallel zu dem Europäischen Binnenmarkt eine Vereinheitlichung von Steuer- und Sozialversicherungssystemen in der EU vorzunehmen.

Allerdings ist eine solche Harmonisierung von vielen Staaten Mittel- und Osteuropas gar nicht gewollt, weil diese ihren Wettbewerbsvorteil im Bausektor gegenüber den Hochlohnländern behalten wollen.

Eine Lösung des Problems ist schwierig, die bisher existierenden Pläne halte ich für nicht plausibel.

Zwischenfrage Hanns-Dieter Jacobsen:

Hätten Sie denn eigene Vorstellungen wie dieses Problem im Bausektor gelöst werden könnte?

Wolf Burkhard Wenkel:

Ich hätte schon eine Lösung, aber die wäre nicht nur anti-europäisch, sondern auch schlicht europarechtswidrig: In den Sechziger Jahren gab es in Deutschland ein ähnliches Modell. Es müßte jeder Bauarbeiter, der in Deutschland arbeitet, nachweisen, daß er bei einem Betrieb deutschen

Rechts - das muß kein deutscher Betrieb sein - arbeitet, und somit, daß er den ‚Lohn der Baustelle‘ erhält.

Dies würde jedoch dem Prinzip der Freizügigkeit des Europäischen Binnenmarkts widersprechen. Aber irgendwann wird dieses Problem vielleicht einmal so virulent, daß die EU-Verträge doch - zumindest für diesen Bereich - entsprechend geändert werden müßten.

Rolf Seutemann:

Das Modell, das Sie ansprechen, Herr Wenkel, wäre praktisch eine Verschärfung des bereits bestehenden Modells der Mindestlohnregelung. Allerdings müssen hierbei zwei Dinge verinnerlicht werden:

Zum einen greift diese Mindestlohnregelung nur dort, wo durch ordnungsrechtliche Aktivitäten, d. h. Kontrollen, eine Überwachung von Baustellen erfolgt. Im Jahre 1997 wurden in Berlin 18.000 Arbeitnehmer am Bau kontrolliert, von denen 8.000 gegen bestehendes Recht verstoßen haben.

Zum anderen setzt die Regelung, die Herr Wenkel vorschlägt, auch voraus, daß die Bauunternehmer überhaupt bereit sind, hohe Löhne zu zahlen. Und das ist die Frage, ob in dem harten Wettbewerb in Europa dann nicht trotzdem illegale beschäftigt werden und wir an dem strukturellen Problem gar nicht vorbeikommen, weil die Baubranche - im Gegensatz zu vielen Industriebetrieben - keine "Produktionsstätten", sprich Baustellen, in Billiglohnländer verlagern kann.

Hanns-Dieter Jacobsen:

Vielen Dank. Ich möchte hiermit die Diskussion auch dem Publikum eröffnen.

DISKUSSION ZUM TEIL VI

Pavel Cernoch:

Wenn wir über den bevorstehenden Beitritt Polens und Tschechiens zur Europäischen Union sprechen, muß man berücksichtigen, daß diese Probleme, die hier angesprochen wurden, schon vorher bestanden haben, und nicht durch die Erweiterung der Europäischen Union verursacht werden.

Ich bemerke, wenn ich mit Vertretern des Arbeitsministeriums in Bonn rede, aber auch, wenn ich Herrn Seutemann höre, eine Tendenz in Deutschland, die nach Maßnahmen administrativer Gegensteuerung ruft, um das Potential an Arbeitskräften aus den Ländern Mittel- und Osteuropas in Deutschland zu begrenzen.

Auch beim Beitritt Österreichs zur EU wurde in Österreich Stimmung insofern gegen die Erweiterung gemacht, daß man die Ansicht vertrat, portugiesische Billiglohnarbeiter würden nach dem Beitritt Österreichs das Land überschwemmen. Dies ist schon damals nicht eingetreten.

Wolf Burkhard Wenkel:

Man muß aber zur Kenntnis nehmen, daß im Bausektor in der Region Berlin-Brandenburg von 110.000 Bauarbeitern 30.000 EU-Ausländer sind und weitere 30.000 aus Mittel- und Osteuropa stammen.

Das Problem, das zudem lange auf dem europäischen Bausektor bestand, war, daß in fast ganz Europa eine schlechte Baukonjunktur und nur in Deutschland - bis letztes Jahr -

eine gute Baukonjunktur herrschte. Das bedeutete für den in Deutschland arbeitenden portugiesischen Bauarbeiter, daß er in Deutschland nicht nur mehr Geld verdiente, als er in Portugal erhalten hätte, sondern, daß er überhaupt eine Beschäftigung hatte, weil er in Portugal aufgrund der schlechten Baukonjunktur wahrscheinlich arbeitslos gewesen wäre.

Diese Form der Marktwirtschaft in Europa ist aber gewollt, weil der deutsche Konsument - inklusive des Bundes - davon immens profitiert, wenn er ein Haus - oder ein öffentliches Gebäude - z. B. durch eine polnische Baufirma zu einem Drittel der Kosten bauen kann, die ein deutscher Bauunternehmer dafür verlangt hätte.

Zwischenfrage Publikum:

Wenn die Lage so dramatisch ist, sollte dann nicht die illegale Beschäftigung von Erwerbspersonen auf dem Bau statt wie bisher mit einem ordnungsrechtlichen Bußgeld nicht sinnvoller mit strafrechtlichen Konsequenzen verfolgt werden?

Wolf Burkhard Wenkel:

Ich stimme Ihnen zu, daß strafrechtliche Maßnahmen in der Bekämpfung von illegaler Beschäftigung auf dem Bau wirkungsvoller sein können als ordnungsrechtliche Bestrafungen. Man muß hierbei jedoch auch berücksichtigen, daß auch auf deutschen Bundesbaustellen 60-80 % ausländische Arbeitnehmer beschäftigt sind, von denen auch manche der illegalen Beschäftigung zugerechnet werden können.

Rolf Seutemann:

Ordnungsrechtliches Vorgehen gegen illegale Beschäftigung im Bausektor beinhaltet Kontrollen, die das Voranschreiten des Bauvorhabens zum Teil nicht unbedeutend verlangsamten. Es winken dadurch Bauunternehmern, die illegale Beschäftigung betreiben, damit nicht nur Bußgelder, sondern auch empfindliche Konventionalstrafen, verbunden mit Vorstrafen der Vorstände, wenn ein Bauobjekt nicht im vereinbarten Zeitraum fertiggestellt wird. Insofern kann ordnungsrechtliches Vorgehen auch wirkungsvoll sein.

Allgemein ist festzustellen, daß auf deutschen Bundesgroßbaustellen insgesamt erheblich weniger illegale Beschäftigung festgestellt wird als bei anderen Baustellen; hier stellt die Presse den Bund oft schlechter dar, als die Realität zeigt.

Wir sollten aber die Probleme der EU-Osterweiterung nicht nur an der Schwarzarbeit im Bausektor festmachen, auch das Dienstleistungsgewerbe, z. B. Taxiunternehmer in Berlin, betreibt illegale Beschäftigung.

Wir sollten vielmehr den Wanderungsdruck ost- und mitteldeutscher Arbeitnehmer nach Deutschland dadurch begrenzen, daß wir in den Beitrittsländern das BIP steigern durch dortige Investitionen.

Rudolf von Sandersleben:

Wir doktoren hier an Symptomen herum, ohne die Ursachen zu bekämpfen. Es ist nicht der Fall, daß das Ausland uns Illegalität importiert.

Schätzungen zufolge hat die Schwarzarbeit in Deutschland ein Volumen von etwa 560 Mrd. DM jährlich, wodurch dem Staat etwa 360 Mrd. DM an Steuern und Sozialabgaben entgehen.

Solange wir in Deutschland eine Staatsquote von über 50 % haben, werden wir das Problem der Schwarzarbeit nicht in den Griff bekommen. Der Mittelstand, der immer noch

hauptsächlich die Arbeitsplätze schafft, kann nicht einfach wie Großunternehmen abwandern und globalisieren, er ist bodenständig.

Der Staat sollte zuerst einmal seine eigenen Aufgaben erfüllen, bevor er anderen Staaten sein System aufoktroyiert.

Wolfgang Harms:

Ein grundlegendes Problem ist meiner Ansicht nach die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland, vor allem in Ostdeutschland, die durch den verstärkten Wettbewerb im Zuge der Osterweiterung wahrscheinlich noch zunehmen wird.

Kann die Arbeitslosigkeit, die dort vor allem im mittelständischen Bereich und im Bereich der niedrigqualifizierten Beschäftigung entstehen wird, nicht dadurch überkompensiert werden, daß die anspruchsvollen Produkte nur noch z. B. in Rheinischen, also im westlichen Teil Deutschlands, produziert werden, um diese Produkte dann in dem erweiterten Markt verstärkt in Mittel- und Osteuropa abzusetzen?

Rolf Seutemann:

Deutschland muß sich zum Standort Hochlohnland und einer qualitativ hohen Fertigung bekennen. Der erweiterte Wirtschaftsraum kann dazu führen, daß in Stammwerken qualitativ gute Produkte produziert werden und dann verstärkt in den mittel- und osteuropäischen Ländern abgesetzt werden.

Das Schwergewicht hierbei wird jedoch in der Export-Industrie liegen. In der Region Berlin-Brandenburg macht der Exportanteil an der Fertigung jedoch nur 3-4 % aus.

Wenn wir der Arbeitslosigkeit im Mittelstand nicht wirtschaftspolitisch gegensteuern, werden wir Probleme der passiven Sanierung, d. h. zusätzliche wirtschaftliche Probleme, bekommen.

Klaus-Heinrich Standke:

Vielen Dank, Herr Seutemann. Ich bin erfreut darüber, daß die Diskussion der 'sensiblen' Themen im Rahmen der Erweiterungsprozesse Sie alle so ergriffen hat, daß noch zu so später Stunde 'die Köpfe rauchen', und freue mich, daß diese Themen hier auch wirklich ausführlich und kontrovers diskutiert wurden: Frau Rakusanova hat den Anfang gemacht, indem sie Hoffnungen und Ängste Tschechiens auf anschauliche Weise verdeutlichte, und auch die anderen Beiträge haben sich den 'sensiblen' Themen intensiv gewidmet. Vielen Dank Ihnen allen.

Ich möchte abschließend aber auch noch zwei eigene Punkte anführen:

1. Für den Prozeß der Integration der MOE-Staaten sollte aus den Erfahrungen des ost-west-deutschen Integrationsprozesses gelernt werden. Denn, wenn man sich die Zahlen betrachtet - Herr Busche hatte erwähnt, daß für die Erweiterung von 1993-1999 200 Mrd. ECU und danach von 2000 ab nochmals 275 Mrd. ECU von der EU bereitgestellt werden - und diese Beträge pro Kopf umrechnet, sieht man, daß diese sehr gering sind, auch verglichen mit den west-ost-deutschen Transfers.

2. Der Wanderungsdruck der Arbeitnehmer aus den mittel- und osteuropäischen Staaten in westeuropäische Staaten sollte gemildert werden, die Arbeitsplätze sind zu sichern und ein Aufbau ist notwendig.

Das Problem hierbei ist jedoch, daß der Kapitalexport der westdeutschen Großindustrie im Zuge der Globalisierung der Weltwirtschaft in verstärktem Maße stattfindet, aber eben

nicht primär von West- nach Ostdeutschland, sondern in Wachstumsmärkte weltweit. In Ostdeutschland wird nur dann investiert - und dies gilt für deutsche wie für ausländische Investoren gleichermaßen - wenn zuvor in erheblichem Maße Subventionen geflossen sind, die Beispiele EKO-Stahl und Leuna verdeutlichen das einmal mehr.

Auch sollte die Bevölkerung mehr in den Prozeß der Erweiterung involviert werden, ihr sollten die Chancen, aber auch die Probleme aufgezeigt werden. Und schließlich müssen konkrete Wege der Lösung der Probleme gefunden werden.

3. Tag des Symposiums: Samstag, 18. April 1998

VII. Die Agenda 2000 der Europäischen Kommission

Gesprächsleitung: Dr. Eckart D. Stratenschulte
Leiter der Europäischen Akademie Berlin

Referenten: Bernd Kunzmann
Leiter der Außenstelle Berlin des Europäischen Parlaments

Pavel Cernoch
Vertretung der Europäischen Kommission, Prag
Mitglied des Koordinierungsrates des
Deutsch-Tschechischen Diskussionsforums
Orlof Zimmermann
Vorsitzender der Europa-Union, Düsseldorf
Gründungsmitglied der Internationalen Akademie Schloß Baruth
Generalsekretär, Komitee zur Förderung des Deutsch-
Französischen
Freundschaftsvertrages e.V.

Einführungsreferat Eckart D. Stratenschulte

Unser heutiges Panel ist überschrieben mit dem Thema "Agenda 2000 der Europäischen Kommission". Ich möchte Ihnen hierzu zunächst einige einleitende Thesen vortragen:

1. Die Zeit der wohlfeilen Gemeinplätze ist vorbei. Die Erweiterungsverhandlungen der Europäischen Union haben begonnen. Damit ist offenkundig geworden, daß nicht nur die Kandidatenländer, sondern auch die Europäische Kommission unter starkem Veränderungsdruck stehen.

2. Die Erweiterung der Union schafft diesen Druck nicht, aber sie verstärkt ihn. Man wird in der politischen Diskussion darauf achten müssen, daß der Beitrittswunsch der mittel- und osteuropäischen Länder nicht zum Sündenbock für die Abschaffung ohnehin obsolet gewordener Strukturen aufgebaut wird. Es darf schließlich nicht vergessen werden, daß es neben den drei 1993 vom Kopenhagener Gipfel beschlossenen Bedingungen für einen

Beitritt eine vierte gibt: Alle Mitgliedsländer müssen dem Beitritt weiterer Staaten zustimmen. Dies setzt eine hinreichende Akzeptanz der Erweiterung in den Bevölkerungen der Mitgliedsländer voraus.

3. Die ‚Agenda 2000‘ der Europäischen Kommission ist der Versuch, die vor uns stehenden Probleme anzupacken und zu lösen. Der perspektivische Ansatz der ‚Agenda 2000‘ widerspricht dem Entwicklungsprinzip der EU, das aus ständigem Sich-Durchwursteln bei Minimalkompromissen in letzter Sekunde besteht. Die überwiegend negative Reaktion der politischen Öffentlichkeit in Deutschland ist daher weder verwunderlich, noch bedenklich.

4. Die Konzentration der Strukturfonds-Mittel auf die wirklich bedürftigen Regionen in der EU ist richtig und sinnvoll, auch wenn dies in einigen Ländern (und beispielsweise auch in Berlin) zu schmerzhaften Einschnitten führt. Daß über 50 % des EU-Gebietes per definitionem strukturschwach sind, ist vom Ansatz her unsinnig. Die Mittelkonzentration liegt gerade im Interesse derjenigen, die die Mittelzuweisungen an die EU begrenzen wollen.

Auch die Schaffung eines neuen "Ziel 3" (Anpassung und Modernisierung von Ausbildungs-, Berufs- und Beschäftigungssystemen) ist sinnvoll. Die nachhaltige Reduktion der Arbeitslosigkeit in den Ländern ist nicht nur konstitutiv für die Akzeptanz der Europäischen Union, sondern generell für die des parlamentarisch-demokratischen Systems.

5. Die Agrarpolitik der Europäischen Union ist ein klassischer Fall von Planwirtschaft und funktioniert auch so. Auch 1998 werden knapp 50 % der gesamten EU-Mittel in die Agrarpolitik fließen. Die Abkehr vom Prinzip der Produktsubvention ist notwendig. Sozialpolitik kann nicht über den Markt gemacht werden. Wenn der Staat von den Landwirten andere Leistungen haben möchte (z. B. Landschaftspflege), muß er diese bestellen und bezahlen. Er kann sie aber nicht über einen künstlichen Milchpreis realisieren. Auch hier macht die Agenda 2000 sinnvolle Vorschläge.

6. Mit der Aussage, das bisherige Finanzierungssystem habe sich bewährt und solle bis 2006 nicht geändert werden, wird die Europäische Kommission nicht weit kommen. Es wird die Frage zu entscheiden sein, ob man einen Sündenfall rückgängig macht (nämlich den "I-want-my-money-back"-Rabatt Großbritanniens) oder weitere schafft und sie so zur Regel werden läßt (nämlich den "Wir-sind-der-größte-Nettozahler"-Rabatt für Deutschland einführt). Auch über die Berechnungsgrundlagen (beispielsweise BSP oder BSP pro Kopf) wird zu reden sein. Hier hat die Agenda 2000 wenig Mut bewiesen.

7. Eines der zentralen Probleme werden die institutionellen Reformen sein. Dabei geht es keineswegs nur darum, ob die EU sich 20 oder 25 Kommissare mit Dienstwagen leistet, sondern um Machtfragen. Welche Rolle spielt die Kommission, welche Entscheidungen fallen im Ministerrat mit (welcher) Mehrheit, welche Bedeutung hat das Europäische Parlament? Und wenn der Prozeß, dem Europäischen Parlament mehr Rechte zuzugestehen, weiterläuft - was wünschenswert ist - stellt sich die Frage der (mangelnden) Repräsentativität dieses Parlamentes. Faktisch wird es nach einem Schlüssel gewählt, der mehr Ähnlichkeit mit dem preußischen Dreiklassenwahlrecht hat als mit grundlegenden demokratischen Ansprüchen. (Ein Luxemburger gilt so viel wie 12 Deutsche und 1 Ire so viel wie 2 Niederländer, um nur diese Beispiele zu nennen). Hier muß über eine Zweite Kammer nachgedacht werden. Leider benennt die Agenda 2000 den Themenkomplex der institutionellen Reform nur sehr allgemein und vorsichtig. Mit

dem vagen Hinweis, darüber müsse im nächsten Jahrtausend eine Regierungskonferenz stattfinden, wird es aber nicht getan sein.

8. Insgesamt ist die ‚Agenda 2000‘ ein wesentlicher Schritt vorwärts, vorerst allerdings nur als Anstoß für die politische Diskussion.

Statement Bernd Kunzmann

Meine persönliche Meinung ist, daß die ‚Agenda 2000‘ mehr ist als nur ein Ansatz für eine politische Diskussion, sondern sie ist die logische Fortsetzung der Überwindung der Teilung durch Jalta, die Überwindung der Blöcke (des RGW), die durch den Warschauer Vertrag geschaffen wurden.

Die ‚Agenda 2000‘ ist das erste Strategiepapier, das einen tatsächlich gangbaren Weg aufzeigt, wie man die Herausforderungen des neuen Jahrtausends anpacken kann.

Es geht im Kern um zwei Fragen:

1. Welche Voraussetzungen muß die EU für die Erweiterung schaffen? und
2. Ist die EU-Osterweiterung finanzierbar?

Zu Punkt 1 zeigt die ‚Agenda 2000‘ einen Weg auf, der tatsächlich gegangen werden kann.

Zu Punkt 2 hat das Europäische Parlament im Dezember 1996 - also schon vor der Herausgabe der Agenda 2000 - einen Bericht vorgelegt, der erstmals Kostenschätzungen für die Agrarreform und die Strukturhilfen enthielt. Für die Agrarreform setzte man hierin zwischen 9 und 11 Mrd. ECU pro Jahr an, für die Strukturhilfen 40 Mrd. ECU jährlich.

Wenn man diese Größenordnungen in Beziehung setzt zu dem Gesamtvolumen des Gemeinschaftshaushalts, das im Jahre 1998 reichlich 90 Mrd. ECU/Euro beträgt, ist ersichtlich, daß eine Finanzierung in dieser Größenordnung problematisch werden kann.

Auf dem Gebiet der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) schlägt die Europäische Kommission vor, die Agrarleitlinie beizubehalten und die 1992 begonnene Agrarreform fortzuführen. Diese war bisher insofern erfolgreich, daß die jährlichen Aufwendungen für die GAP in Höhe von etwa 2/3 des Gesamtvolumens des Gemeinschaftshaushaltes mittlerweile auf unter 50 % des Gemeinschaftshaushaltes gesenkt wurden und im Haushalt 1998 nur noch mit 45 % angesetzt sind.

Die Europäische Kommission schlägt zudem vor, für die Beitrittskandidaten für Preisstützungsmaßnahmen und Exportsubventionen im Agrarbereich jeweils zwischen 1,1 und 1,4 Mrd. ECU jährlich aufzuwenden.

Bezüglich der Strukturhilfen sieht der Kommissionsvorschlag eine Ausstattung der Strukturfonds von 2000 bis 2006 mit 275 Mrd. ECU/Euro vor (davon 45 Mrd. ECU/Euro für die 5+1 Beitrittskandidaten) - von 1993 bis 1999 sind es 200 Mrd. ECU.

Darüber hinaus soll der Kohäsionsfonds beibehalten werden.

Die Europäische Kommission sieht als Eckpunkt der Obergrenze der Beitragszahlung der Mitgliedstaaten 1,27 % des BSP (als Eigenmittel der Gemeinschaft) vor. Diese Obergrenze wird vom Europäischen Parlament (EP) als nicht so glücklich gesehen, weil man hier der Ansicht ist, daß, bevor man eine Obergrenze setzt, geklärt werden müsse, welche Mittel erforderlich sind, um eine bestimmte politische Strategie zu entwickeln, und

danach erst entschieden werden sollte, wie die Eigenmittel der Gemeinschaft entsprechend gestaltet werden können. Auch wird vom EP das System der Eigenmittelgenerierung aus den vier Quellen kritisiert, weil damit die Frage ausgeklammert werde, ob man nicht vielmehr zu einem System harmonisierter europäischer Steuern gelangen müsse.

Die grundsätzliche Frage der EU-Osterweiterung kann sich jedoch nicht nur am Budget entscheiden, sondern man muß sich fragen: Wie würde die europäische Entwicklung verlaufen, wenn die EU den Beitrittswünschen der MOEL nicht in absehbarer Zeit entsprechen würde? Und hier gibt es nur zwei Alternativen, die der frühere Präsident des Europäischen Parlaments, Klaus Hänsch, einmal folgendermaßen formuliert hat: "Entweder wir exportieren Stabilität in die beitragswilligen Länder oder wir importieren Instabilität aus diesen Ländern."

Und ich glaube, es ist unter diesem Aspekt nicht nur für die Beitrittsländer, sondern auch für die Gemeinschaft wichtig, einen realistischen Weg aufzuzeigen, der in den nächsten 5-10 Jahren - oder so lange die Beitrittsverhandlungen dauern werden - gegangen werden kann.

Eckart D. Stratenschulte:

Vielen Dank, Herr Kunzmann. Herr Cernoch, sicherlich sieht man auch in Tschechien den Zusammenhang zwischen EU-Erweiterung und innerer Reform der Europäischen Union. Haben Sie das Gefühl, daß die Agenda 2000 weit genug geht? Oder führt die Agenda 2000 in eine Sackgasse?

Statement Pavel Cernoch

Zunächst ist zu sagen, daß die Agenda 2000 nicht nur ein einzelnes Dokument ist, sondern aus einer ganzen Reihe von Dokumenten besteht, die aus verschiedenen Blickwinkeln das große Ziel der Erweiterung und das der Erweiterungsfähigkeit der Europäischen Union darstellen: Einerseits gibt es hierbei sehr konkrete Vorschläge zur Reform der Institutionen, andererseits enthält die Agenda 2000 aber auch einen Teil, den sog. "Avis", d. h. die Stellungnahmen der Kommission zu den Beitrittsanträgen der beitragswilligen Länder. Dieser Teil war für Tschechien der wichtigste unter den ganzen Dokumenten.

Seit dem Kopenhagener Gipfel 1993 war klar, daß die Länder beitreten dürfen, die die politischen und wirtschaftlichen Kriterien erfüllen. Mit der Agenda 2000 liegen jetzt endlich die konkreten Beitrittsbedingungen vor, über die man verhandeln wird.

Meine persönliche Meinung ist folgende: Die Agenda 2000 meint es mit der Erweiterung ernst; dort, wo sie konkret sein kann, ist sie auch konkret. Das war ein wichtiges Signal für die Beitrittsländer, daß man zu ernsthaft geführten Diskussionen kommen konnte.

Mit der Agenda 2000 ist zudem zum ersten Mal die gesamte Entwicklung in den Beitrittsländern unter dem Blickpunkt der Beitrittsfähigkeit gesehen worden; man hat nicht mehr nur über Einzelaspekte, wie z. B. die Demokratie, gesprochen.

So sind z. B. die Bedingungen in den Bereichen Verkehr und Umwelt konkret aufgelistet worden, wobei es jetzt für die Beitrittsländer nicht darauf ankommt, nur den *acquis communautaire* zu übernehmen, sondern auch dessen Umsetzung zu gewährleisten. Dadurch ist auch zum ersten Mal zum Vorschein gekommen, was Tschechien alles versäumt hat bisher: bei der Rechtsangleichung oder vielmehr bei der konkreten Umsetzung des *acquis communautaire*. Und ebenso traten dadurch die unterschiedlichen Sichtweisen der EU und der Beitrittsländer hervor.

Der Erweiterungsprozeß ist ein ganz langsamer Prozeß, auch ein Bewußtseinsprozeß, bei dem sich Partnerschaften entwickeln können. Betrachten wir z. B. die Öffnung von Gemeinschaftsprogrammen im Bereich Bildung für die Beitrittsländer: Die EU bietet in diesem Bereich rund 400 Programme an, z. B. ERASMUS, SOKRATES, LEONARDO DA VINCI oder "Jugend für Europa"; seit 1.10.1997 stehen solche Programme auch den Beitrittsländern, z. B. Tschechien, Polen und Ungarn, offen.

Solche Schritte sind notwendig, um einen politischen Realismus zu erreichen. Die Fähigkeit, aktiv an der Union teilzunehmen, ist wichtig: Die Unionspolitik ist nur so erfolgreich, wie in den einzelnen Ländern auch die Bereitschaft besteht, sie umzusetzen und sie auch aktiv mitzugestalten. Hierfür ist natürlich auch eine europäische Denkweise notwendig. Problematisch ist, daß trotzdem immer wieder nationale Sichtweisen im Vordergrund stehen. Das ist bei Deutschland als einem Land, das schon sehr lange Mitgliedstaat der EU ist, so, und erst recht gilt das für Tschechien.

Wir haben das Problem, daß relativ wenige Leute, sei es in der Politik oder in der Verwaltung, wirklich europäisch denken.

Ein weiteres Problem ist z. B. auch, daß die der Europäischen Kommission von Tschechien vorgelegten Vorschläge für Verwaltungsprogramme oft zu großen Mißverständnissen seitens der EU führen. Die EU sollte sich deshalb mehr an die Bedürfnisse der Beitrittsländer anpassen.

Die Agenda 2000 kann hierzu beitragen, durch sie kann man über konkrete Probleme auch mit Personen reden, die nicht in so starkem Maße europäisch denken.

Eckart D. Stratenschulte:

Vielen Dank, Herr Cernoch, für die Darstellung dieser vor allem tschechischen Sichtweise. Herr Zimmermann, die *raison d'être* des europäischen Vereinigungsprozesses war von vornherein als die Einfrierung des deutsch-französischen Gegensatzes geplant, was auch gelungen ist. Müssen die beiden Staaten im Zuge der Erweiterung der Europäischen Union nicht auch Privilegien abgeben? Werden die deutsch-französischen Beziehungen unter der Erweiterung der EU zu leiden haben?

Statement

Orlof Zimmermann

Der Deutsch-Französische Freundschaftsvertrag war nicht nur schon immer ein Eckpfeiler der europäischen Integration, sondern er ist auch ein Meilenstein für die Erweiterung der Europäischen Union.

Frankreich und Polen haben, historisch gesehen, immer eine enge Beziehung gehabt, die französische und die polnische Interessenlage in Europa war immer sehr ähnlich gewesen.

Es geht aber eigentlich noch viel mehr um Deutschland: Deutschland kann von der Erweiterung der Europäischen Union nur profitieren. Die Erweiterung wird den germanischen Sprachraum mit den romanischen und slawischen Sprachräumen verbinden.

Gerade weil die Empfindlichkeit der Polen, aber auch der Tschechen, nach wie vor sehr groß ist, muß das große Ziel des Deutsch-Polnischen, aber auch des Deutsch-Französischen Vertrages in der Überwindung dieser Empfindlichkeiten gesehen werden. Dabei dürfen auch nicht die Beziehungen zu Rußland vernachlässigt werden, dessen Situation wie folgt dargestellt werden kann:

1. Die russische Situation ist innenpolitisch desolat.
2. Rußland schätzt die NATO nicht so ein, wie sie eingeschätzt werden sollte.

Jedenfalls ist der Deutsch-Französische Vertrag kein Stolperstein für die Erweiterung, sondern ein Meilenstein. Deutschland und Frankreich können mit einer Stimme reden, aber das gibt ihnen nicht das Recht auf Majorität in der Europäischen Union. Sondern es sollten auch die Interessen der kleineren Mitgliedstaaten (z. B. Niederlande, Dänemark, Portugal) berücksichtigt werden.

Nun aber zu unserem eigentlichen Thema, der Agenda 2000:

Die Agenda 2000 ist ein hervorragendes Werk, an dem auch die beitrittswilligen Staaten enorm partizipieren können. Und sie ist ein großer Fortschritt gegenüber der EPZ, der Europäischen Politischen Zusammenarbeit, der Siebziger Jahre.

Die Voraussetzung für die Agenda 2000 ist, daß durch die Reform der Agrarpolitik ein leistungsfähiger Intrahandelsmarkt in der EU geschaffen wird.

Die Agenda 2000 wird auch für das Verhältnis der EU zu den AKP-Staaten gebraucht, ebenso wie zu den USA, die als größter Vergeuder der Welt rd. 25 % der Weltenergieproduktion verbrauchen.

Eckart D. Stratenschulte:

Vielen Dank, Herr Zimmermann, für diese globale Darstellung. Sie haben auch das Verhältnis zu den AKP-Staaten und die Problematik des "trans-atlantic-market-place" angesprochen, was wir aber hier nicht behandeln können, obwohl eine globale Sicht sicherlich wichtig ist.

Ich darf nun die Diskussion, auch für das Publikum, eröffnen.

DISKUSSION ZUM TEIL VII

Rudolf von Sandersleben:

Die Bevölkerung wird viele durch die Agenda 2000 hervorgerufene Veränderungen nicht mittragen. Herr Cernoch erwähnte, daß die Nationalismen wieder zunehmen. Die Probleme werden außerdem sein: die Bürgerferne der Europäischen Union, d. h. die Abgehobenheit deren Politik, und die Tatsache, daß die EU es bisher nicht geschafft hat, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Die Frage, die also zu stellen ist, lautet: Wo sind die Ansatzpunkte in der Agenda 2000, die die Bevölkerung in Europa in den Prozeß der Politik involviert? Wo werden die konkreten Probleme der Bevölkerung, z. B. Landwirtschaft in Polen oder Bergbau in Oberschlesien, thematisiert?

Bernd Kunzmann:

Die Europäische Union wird fälschlicherweise für Probleme wie z. B. die Massenarbeitslosigkeit verantwortlich gemacht, die auch ohne eine EU-Erweiterung bestehen würden.

Bisher kann die EU keine europäische Beschäftigungspolitik betreiben, denn es gibt keine Kompetenz dafür. Die erste Kompetenz, die die EU in diesem Bereich durch den Amsterdamer Vertrag erhalten hat, wird von einzelnen Mitgliedstaaten zudem mehr oder weniger stark kritisiert.

Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU stände auch ohne die EU-Osterweiterung auf der Tagesordnung. Seit den Sechziger Jahren ist man bestrebt, eine Reform der GAP durchzuführen. Diese sollte:

1. die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln gewährleisten,
2. ein angemessenes Einkommen für die Landwirte gewähren und
3. erschwingliche Preise für Lebensmittel ermöglichen.

Diese Reformziele, die in den Sechziger Jahren aufgestellt wurden, dürfen heute natürlich hinterfragt werden. Deshalb hat man im Jahr 1992 damit begonnen, die Preisstützungsmaßnahmen zu reduzieren und stattdessen Einkommensbeihilfen zu gewähren.

Die Frage ist aber nicht nur, ob die EU-Agrarpolitik sinnvoll ist, sondern auch, ob sie paßfähig zu anderen Politikbereichen ist. So wurden beispielsweise durch die Beschlüsse der GATT-/WTO-Runden starke Einschnitte in die EU-Agrarpolitik vollzogen.

Die Agenda 2000 bietet jedoch die Möglichkeit, die Ziele der alten Leitlinien wieder aufzunehmen.

Eckart D. Stratenschulte:

Vielen Dank. Meine Damen und Herren, Sie sehen das Thema, gerade der Agrarpolitik, ist kein leichtes. Hier gibt es noch viel zu tun. Wir konnten mit dieser Diskussion über die Agenda 2000 natürlich nur kurze Einblicke in die Gesamtproblematik geben. Es gibt sicherlich noch viele Fragen zu klären, aber hierzu dienen sicherlich auch noch die folgenden Teile des Symposiums; im nächsten wird dann auch Botschafter Cerný zu Ihnen sprechen. Ich darf mich für heute von Ihnen verabschieden. Vielen Dank.

VIII. Ausblick

Gesprächsleitung: Dr. Christoph Freiherr von Marschall
Der Tagesspiegel, Berlin

Referenten: Frantisek Cerný
Botschafter der Tschechischen Republik in der

Bundesrepublik Deutschland, Bonn
Gründungsmitglied der Internationalen Akademie Schloß Baruth

Prof. Dr. Jerzy Holzer
Direktor, Institut für politische Wissenschaften,
Akademie der Wissenschaften, Warschau
Co-Präsident des Forums Polen-Deutschland, Warschau
Gründungsmitglied der Internationalen Akademie Schloß Baruth

Einführung

Christoph von Marschall

Unter dem Begriff "Ausblick", mit dem dieser Symposiumsteil überschrieben ist, summiere ich einerseits eine Zusammenfassung der bisherigen Argumente, andererseits aber auch eine vertiefende Betrachtung dieser.

Man kann auf jeden Fall sagen, daß die EU-Osterweiterung kein Spaziergang werden wird. Wie Heinrich Machowski gestern ausführte, ist die EU weder durch den Amsterdamer noch durch den Luxemburger Gipfel für eine Erweiterung befähigt worden. Die Agenda 2000 besagt, daß ab dem Jahre 2003 - nicht schon ab 2000, wie es einige Politiker vertreten - mit Beitritten zur EU gerechnet werden kann.

Es ist insgesamt zu konstatieren, daß die EU selbst relativ wenig tut, um aufnahmefähig zu werden, während die Beitrittsländer relativ viel tun, um beitriffähig zu werden.

Hieraus lassen sich nun zwei unterschiedliche Schlüsse ziehen:

Man könnte aus der eigenen Reformunfähigkeit der EU noch einen Hinderungsgrund für die Erweiterung der EU nach Osten ableiten.

Man kann aber auch versuchen, aus der Summe der Herausforderungen, die der Erweiterungsprozeß beinhaltet, eine politische Dynamik abzuleiten. D. h. man kann sagen, daß der Druck, das zu ändern, was in den letzten zehn Jahren fehlgelaufen ist, erhöht wird durch die Erweiterung und daß deshalb schneller etwas geschehen muß als bisher, z. B. auf dem Gebiet der Agrarreform.

Die deutsche Exportwirtschaft hat jedenfalls schon stark vom Erweiterungsprozeß profitiert. Wenn man bei angenommenen 100 bis 150 TDM Kosten pro Industriearbeitsplatz die deutschen Ostexporte von 80-90 Mrd. DM in Arbeitsplätze umrechnen würde, hieße das, daß durch die Ostexporte 600.000 bis 700.000 Arbeitsplätze entstanden sind, davon vielleicht 200.000 in Deutschland.

Angesichts 5 Mio., oder realistisch 7-8 Mio., Arbeitslosen in Deutschland mag diese Zahl vielleicht klein erscheinen, aber die deutsche Arbeitslosenstatistik sähe schlechter aus, wenn es diesen Ost- exportboom nicht gegeben hätte.

Eine kürzlich in Brandenburg erfolgte Umfrage zur Einschätzung der EU-Osterweiterung ergab, daß 28 % der Bevölkerung für die Erweiterung eintreten, aber das heißt nicht automatisch, daß 72 % der Bevölkerung gegen sie sind, sondern bei den Gegnern kommt man auf gleiche Größenordnungen: Der Rest weiß entweder nicht bescheid oder hat keine Meinung. Große Teile der Bevölkerung, nicht nur in Brandenburg, wissen nicht, wie die Osterweiterung der EU ihren persönlichen Alltag, auch ihr Portemonnaie, betrifft.

Und schließlich fehlt mir persönlich die Offenheit, auch einmal über die Chancen der Erweiterung zu sprechen.

Herr Botschafter Cerný, wie stellt sich der "Ausblick" aus ihrer Sicht dar, ohne daß er unrealistische Visionen beinhaltet?

Statement
Frantisek Cerný

Ich fände es gut, wenn es in der Tschechischen Republik überhaupt Visionen gäbe. Bisher konzentriert man sich sehr stark auf nationale Themen, auf die Innenpolitik, und liefert sich hier seitens der Parteien Schlammkämpfe über Programme - wenn man von solchen überhaupt sprechen kann.

Man ist sich lediglich darüber einig, daß Tschechien möglichst schnell eine volle Mitgliedschaft in den euro-atlantischen Strukturen anstreben soll. Eine Vision vermißt man jedoch bei den meisten Auftritten.

Als ich vor acht Jahren von Prag nach Berlin wechselte, ließ ich mich auch von dem unrealistischen Ruf "Zurück nach Europa!" leiten. Aber es wird nicht genügen, nur zu Europa zu gehören. Man muß sich vielmehr über drei grundlegende Fragen klar werden:

1. Welches ist der spezifische Beitrag Tschechiens zur Europäischen Union?
2. Was wird Tschechien in Kauf nehmen müssen, was muß von der EU übernommen werden?
3. Womit können wir uns als Tschechen in der EU profilieren? Hierbei erhält die vor rd. 100 Jahren im Rahmen der nationalen Wiedergeburt unseres Landes von einem Herrn, namens Schauer, gestellte Frage wieder Aktualität: "Ist es nicht wieder nötig, die tschechische Nationalität zu betonen?"

Ist es denn nicht legitim, daß man einen festen Punkt in der eigenen Nation sucht?

Die Begriffe Staat und Nation sind so unmodern geworden, aber werden sie nicht, gerade im Zuge der Globalisierung, wieder einen neuen festen Punkt, eine neue Qualität gewinnen?

Dies ist schon an einem kleinen Streit ersichtlich: Die Tschechen waren stolz darauf, daß sie gegen die EU die Kontingentierung von Äpfeln durchgesetzt haben. Aber die prompte Reaktion der EU in Form der Anhebung der Exportzölle auf tschechische Fleischwaren hat den Tschechen gezeigt, daß man sich als zukünftiges Beitrittsland so nicht mehr verhalten darf.

Abgesehen von Tschechien sind aber auch viele langjährige EU-Mitgliedstaaten im 'Kampf des nationalen Alleingangs' geübt.

Es gibt in der tschechischen Bevölkerung sehr ungenaue Vorstellungen von der Europäischen Union. Václav Havel sprach gar von einer "bösen, bösen Stimmung", womit er das Fehlen eines Optimismus und einer Aufbruchstimmung ausdrücken wollte, die Ängsten vor einem Verlust nationaler Kompetenzen gewichen ist und zudem von Vorurteilen geprägt wird.

Allerdings wird die starke Befürwortung Deutschlands im Bundestag bezüglich des NATO-Beitritts Tschechiens, auch Polens und Ungarns, als sehr positiv eingeschätzt.

Christoph von Marschall:

Vielen Dank, Herr Botschafter Cerný, für diese Darstellung der tschechischen Situation, auch der Situation der Bevölkerung.

Herr Holzer, ich darf auch Sie fragen: Wie stellt sich der "Ausblick" - aus Ihrer Sicht - dar?

Statement

Jerzy Holzer

Unter dem Begriff "Ausblick" verstehe ich eine "Perspektive": Die Beitrittsländer haben verschieden düstere und helle Formen der Perspektive.

Es werden zu oft strukturelle Fehler, die auch ohne die Erweiterung der EU zum Tragen gekommen wären, mit der Erweiterung ursächlich in Beziehung gesetzt.

Das Handicap hierbei ist, daß die Probleme, die sich aus der Erweiterung ergeben, und derer, die sich auch ohne die Erweiterung ergeben hätten, der Bevölkerung nicht richtig vermittelt werden.

Zur Frage des NATO-Beitritts: Einerseits erwartet man sich eine Sicherung des Friedens, andererseits aber auch eine volle Unabhängigkeit des jeweiligen Beitrittskandidaten bei gleichzeitiger Absicherung.

Es wird mit dem NATO-Beitritt in Polen keine direkte Gefahr eines Konflikts mit Rußland gesehen, aber es bestehen Ängste vor einer neo-imperialistischen Entwicklung in Rußland bzw. vor einer Auflösung der Staaten in Rußland. Diese Ängste sind in Polen, teilweise auch in Weißrußland relativ groß, in Tschechien und Ungarn eher gering. In diesem Zusammenhang erhofft man sich eine präventive Hilfe der USA bei der Lösung von möglichen Konflikten im mittel- und osteuropäischen Raum.

Bezüglich des EU-Beitritts befürchtet Polen eine zu weite Abschirmung von seinen östlichen Nachbarn (z. B. hinsichtlich der Forderung seitens einiger EU-Mitgliedstaaten nach Visa-Einführung). In manchen europäischen Staaten betont man einerseits die Notwendigkeit von guten Kontakten Polens zu seinen östlichen Nachbarn, andererseits unterschätzt man die Probleme, die mit der Abschirmung Polens verbunden sind (Verschlechterung der Atmosphäre zwischen Polen und seinen östlichen Nachbarn).

Allgemein erwartet man eine Aneignung des westeuropäischen politischen Modells durch die Beitrittsländer und eine stabilisierende Funktion der Integration Polens - sowohl in die NATO als auch in die EU - für das demokratische System.

Mehr differenziert ist die Einstellung gegenüber der Anpassung an das westliche System: Während diese unter den politischen Eliten eher positiv ausfällt, betreffen die Ängste der Bevölkerung eher die Fähigkeit, sich an westliche Werte anzupassen, d. h. an die Arbeitsmoral und die politisch-moralisch-kulturelle Toleranz.

Vor allem in Polen und Ungarn, weniger in Tschechien, bestehen Ängste vor dem westlichen Wertesystem: Vor allem auf der rechten Seite konzentrieren sich diese hauptsächlich auf den sog. "moralischen Verfall des Westens" (z. B. Pornographie, Kriminalität, Verfall nationaler und christlicher Eigenschaften). Dabei tritt die Angst vor dem deutschen geistigen und materiellen Einfluß hervor.

Hinzu kommt, daß die polnische Bevölkerung viele Probleme sieht, die das Tempo der Integration verlangsamen können (langwierige Transformationsdauer z. B. in den Bereichen Landwirtschaft und Bergbau), aber nicht, daß diese Probleme ohne die Erweiterung der EU auch gelöst werden müßten.

Positiv sieht die Bevölkerung in Polen dagegen die Teilnahme am Gemeinsamen Markt, das hohe Bildungsniveau und den relativ niedrigen Arbeitslohn (besonders, wenn man das hohe Bildungsniveau berücksichtigt). Man erwartet sich deshalb schnelle Wachstumsprozesse, befürchtet aber andererseits eine Ausbeutung durch fremde, vor allem deutsche, Kapitalien.

Die bestehenden Ängste sind teilweise traditioneller Art (z. B. stimuliert durch die Angst, nicht zu einer wettbewerblichen Wirtschaft fähig zu sein), aber sie sind teilweise auch berechtigt: Angst vor zunehmender Arbeitslosigkeit, vor einer Zerstörung der polnischen Landwirtschaft, vor einer westlichen Invasion, aber auch Angst vor einer Invasion von sehr billigen Produkten aus echten Niedriglohnländern.

Man muß sich darüber klar werden, daß sich nicht alle Probleme, die im kulturellen Bereich bestehen, beseitigen lassen; manche Probleme können maximal entschärft oder begrenzt werden. Deshalb sollte man den Einfluß von Problemen dieses Bereichs auf die Emotionen und Aktivitäten der Bevölkerung begrenzen.

Christoph von Marschall:

Vielen Dank, Herr Holzer. Sie haben auch deutlich das Nebeneinander der Argumente hervorgehoben: Daß man zwar profitieren will vom Beitritt in die EU, aber andererseits dafür nichts geben will.

Es sind zudem nicht - wie ursprünglich befürchtet - die osteuropäischen Beitrittsländer, die nach ihrer Aufnahme weiteren beitriftswilligen Staaten die Tür zuschlagen, sondern die EU ist es, die die Beitrittsländer aus bestimmten Gründen (Sicherheitsaspekt, Visa-Vorkehrungen) zwingt, mehr Abschirmung zu betreiben als diese eigentlich wollen.

Ich darf damit die Diskussion auch dem Publikum öffnen und vorschlagen, daß wir zunächst einige Fragen sammeln und dann nacheinander durch das Podium beantworten lassen.

DISKUSSION ZUM TEIL VIII

Hans-Heinz Krill de Capello:

Herr Cerný und Herr Holzer sprachen beide von den Schwierigkeiten in den Annäherungsprozessen zwischen den Beitrittskandidaten und der EU. Welche Chancen als "Annäherungsplattform" hat in diesem Zusammenhang die sog. 'Europäische Konferenz'?

Martin Jähn:

Mir scheint es, daß die Wirtschaft durch ihre vielfältigen Wirtschaftsbeziehungen mit den MOEL der Politik schon weit voraus ist, daß aber andererseits aufgrund einer 80:20-Ablehnung in der Bevölkerung die Politik der Bevölkerung ebenfalls weit voraus ist.

Haben wir nicht in allen Bereichen Defizite im Zusammenkommen von grenzüberschreitenden Kontakten? Herr Standke scheint hier ein einsamer Rufer zu sein, dem Dank gebührt.

Muß Deutschland nicht seinen Blick viel mehr nach Prag und Warschau richten und sollten nicht auch in Berlin osteuropäische Repräsentanten viel häufiger zu öffentlichen Anlässen eingeladen werden?

Müßten wir darüber hinaus nicht einmal den Blick wegnehmen von der EU-Osterweiterung und uns überhaupt einmal fragen: Wo stehen wir in tagespraktischen Dingen: Müßten wir

die bestehenden freundschaftlichen Kontakte nicht auf eine viel breitere Basis stellen? Gemeint ist, die Kernfrage der Regionalisierung einmal völlig ohne die Frage der EU-Osterweiterung zu diskutieren. Vielen Dank.

Heinrich Machowski:

1. Aus Gesprächen mit Brüsseler Beamten ergibt sich eindeutig, daß das Tempo des Beitritts der Kandidaten aus Ost- und Mitteleuropa nur vom Fortkommen des Beitritts Polens abhängig gemacht wird. Herr Cerný, kann man es erreichen, daß die Tschechen, die Slowenen, die Esten und die Ungarn de facto mit Polen zusammenarbeiten, um den Polen den Beitritt zu erleichtern?

2. Könnte dabei das 'Weimarer Dreieck' eine Rolle spielen? Das Problem liegt hierbei darin, daß das 'Weimarer Dreieck' keinen ökonomischen Unterbau hat.

Frantisek Cerný:

Zu der Frage nach der Europäischen Konferenz: Solche Institutionen sind in der Tschechischen Republik leider weitgehend unbekannt. Jede Plattform, die den Prozeß der Annäherung Tschechiens an die Europäische Union beschleunigen würde, wäre wünschenswert. Ich sehe zum derzeitigen Zeitpunkt hierbei aber keine Chance für die Europäische Konferenz, obwohl man auch sagen muß, daß die Annäherung an die EU - gegenüber früher (noch zu Zeiten der EG), als eine solche von der tschechischen Regierung unter Klaus verweigert wurde - heute seitens der tschechischen Regierung schon weit fortgeschritten ist.

Heute gibt es auch bereits viele positive Beispiele der Kooperation im grenznahen Bereich, z. B. die gemeinsame Kläranlage von Deutschland und Tschechien.

Jerzy Holzer:

Es liegen Assymetrien zweierlei Art vor:

1. Während in manchen EU-Mitgliedstaaten die Osterweiterung nur von einer Minderheit befürwortet wird, befürwortet diese in den MOE-Staaten die Mehrheit. Dabei ist es einerseits problematisch in einer Demokratie, wenn der Politik die Zustimmung der Bevölkerung fehlt, und andererseits gefährlich, wenn der Bevölkerung nicht vermittelt wird, daß die Probleme und Lasten, die durch die Osterweiterung zu Tage treten, auch ohne sie bestehen würden.

2. Die zweite Assymetrie besteht darin, daß die politischen Kreise in Deutschland die Osterweiterung am stärksten unter den Mitgliedstaaten befürworten, wohingegen die deutsche Bevölkerung der Osterweiterung am wenigsten innerhalb der EU-Staaten zustimmt. Es wird schwierig, aus einem demokratischen Land Stabilität nach den MOEL zu exportieren, wenn es nicht zu einer Annäherung von politischen Eliten und Bevölkerung in Deutschland kommt.

Polen ist von der Bevölkerungszahl her größer als alle anderen Beitrittsländer (Tschechien, Slowenien, Estland und Ungarn) zusammen. Die Probleme bei der Angleichung des Wohlstands Polens an den EU-Durchschnitt wird deshalb im Falle Polens schwieriger und langwieriger als bei den anderen Beitrittskandidaten.

Christoph von Marschall:

Polen hat aber durch den größten vorhandenen Markt unter den Beitrittskandidaten auch große Vorteile bei der Integration. Weitere Wortmeldungen?

Pavel Cernoch:

Man muß zwischen zwei Ebenen des Erweiterungsprozesses unterscheiden:

Da ist zunächst die politische Ebene, d. h. die Frage, ob zuerst Polen der EU beitrifft und dann erst alle anderen Beitrittskandidaten folgen. Hierüber entscheidet im Endeffekt nicht die EU-Kommission, sondern die Mitgliedstaaten, d. h. die nationalen Parlamente.

Wenn es ins Konkrete geht, dann kommt die Agenda 2000 in Betracht, aber zunächst handelt es sich um eine politische Entscheidung.

Der Erweiterungsprozeß kann auch nicht aufgehalten werden, wenn Polen seinen Beitritt verzögern müßte, weil es Probleme hätte, die Wohlstandsniveaus aneinander anzugleichen. Wenn Tschechien bei der Erfüllung der Kriterien schneller ist als Polen, wird Tschechien auch früher der EU beitreten. Polen ist zwar das größte Land unter den Beitrittsländern, aber es ist auch nur ein Land.

Die Europäische Konferenz und alle anderen Institutionen sind ein philigranes Werk. Wichtig ist vielmehr, daß die Kriterien - ähnlich einer Hausordnung - erfüllt werden: Ein Beitritt nur aus rein politischen Gründen ist nicht sinnvoll, sondern nur, wenn dieser auch von dem jeweiligen Land getragen werden kann; d. h. die Handlungsfähigkeit zur Partizipation muß konkret gegeben sein, wofür in erster Linie die wirtschaftlichen Kriterien erfüllt sein müssen.

Bernd Kunzmann:

Der Beitrittsprozeß ist vielerorts schon viel konkreter, als in dieser Diskussion dargestellt. Z. B. ist das Schengener Abkommen Teil des *acquis communautaire* und muß deshalb auch umgesetzt werden.

Auch muß die Entscheidung der Kommission, mit 5+1 Ländern die Beitrittsverhandlungen zu beginnen, respektiert werden; d. h. auch, daß diese Länder kein Anwalt der sonstigen beitriftswilligen Länder sein können, bevor diese nicht zu Beitrittsverhandlungen eingeladen worden sind.

Christoph von Marschall:

Das Schengener Abkommen muß aber nicht sofort mit dem Beitritt umgesetzt werden, wie die Erfahrung mit Österreich gezeigt hat. Hier erfolgte die Umsetzung von Schengen auch erst mit Verzögerung.

Bernd Kunzmann:

Es ist richtig, daß es die Möglichkeit gibt, Übergangsfristen einzuräumen, aber dies erfolgt nicht nach den individuellen Wünschen der Beitrittskandidaten.

Wolfgang Harms:

Mein persönlicher "Ausblick" ist es, daß der Beitritt der Kandidaten auf jeden Fall erfolgen wird. Deshalb müßten die Probleme des Beitritts auf wirtschaftlicher Ebene minimiert werden.

Es werden billige Produkte und billige Arbeitskräfte von Ost- und Mitteleuropa nach Deutschland strömen, zum anderen wird in den Beitrittsländern befürchtet, daß wettbewerbsfähige westliche Produkte den Osteuropa-Markt überschwemmen.

Dann entsteht dort das gleiche Problem wie in Ostdeutschland nach der Wende: Es tritt eine massive Deindustrialisierung auf - in Berlin sind von ehemals 400.000 Arbeitsplätzen in der gewerblichen Wirtschaft noch 100.000 übriggeblieben -, weil in Osteuropa nicht zu den gleichen Kosten produziert werden kann, wie in den westlichen Industriezentren (z. B. im Rheinischen), weil in Osteuropa die Infrastruktur fehlt.

Wir haben durch die ungeheuren - inzwischen weit über 1.200 Milliarden DM liegenden - West-Ost-Transfers in den neuen Bundesländern ein Großbiotop geschaffen, aber keine tragfähige industrielle Basis.

Man sollte deshalb in den MOE-Staaten selbst so schnell wie möglich Infrastruktur schaffen, damit dort dann vor Ort Industriebetriebe geschaffen werden können, um so massive Wanderungsbewegungen aus diesen Ländern in den Westen - wie es nach der Wende auch in Ostdeutschland der Fall war - zu begrenzen.

Frantisek Cerný:

Mir erscheint es wichtiger, die politischen Kriterien für einen Beitritt zur EU zu erfüllen. Diese sind auch der Bevölkerung besser nahezubringen, als wenn man ihr lediglich die wirtschaftlichen Vor- und Nachteile vorrechnet.

Bezüglich des Punktes 'Transeuropäische Netze/Infrastruktur', der angesprochen wurde, brauchen wir eine bessere grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Verwirklichung dieser Netze.

Wir dürfen auch wegen einem eurokratischen Brüssel nicht europaverdrossen werden. Allerdings, so wie die Deutschen Probleme haben, sich von der D-Mark zu verabschieden, so wird es auch in Tschechien nationale Befürchtungen geben: Tschechien wird es als einem Land, das sehr lange fremdbestimmt war durch ein kommunistisches System, schwerfallen, bereits nach acht Jahren Freiheit wieder nationale Kompetenzen (an übernationale Organisationen) abzugeben.

Hierbei muß leider auch gesagt werden, daß die politischen Repräsentanten für Tschechien wenig zur Beseitigung solcher Ängste in der tschechischen Bevölkerung beitragen, abgesehen von wenigen guten Beamten, wie Herrn Cernoch.

Weiterhin bin ich der Meinung, daß es eine Illusion ist zu glauben, daß man durch die Erfüllung von 80.000 Seiten *acquis communautaire* zu einem glücklichen Europa gelangen kann. Wir müssen vielmehr uns ständig mißtrauen, uns ständig neu hinterfragen: Wir wissen noch viel zu wenig von Europa, um den Prozeß der europäischen Annäherung schon bald abschließen zu können.

Jerzy Holzer:

1. Ein Minimum an politischen Kriterien, nämlich eine funktionierende demokratische Gesellschaft, muß gegeben sein.

Bei den wirtschaftlichen Kriterien sollte man zwischen der freien Marktwirtschaft einerseits und einem bestimmten Wohlstands- und Entwicklungsniveau andererseits unterscheiden: Letzteres ist für den Beitritt nicht so entscheidend wie der strukturelle Aspekt.

2. Die Beitrittsstaaten sollten Anwälte der später beitretenden Staaten sein. Tschechien ist es den baltischen Staaten, Slowenien, auch der Ukraine, die kein Beitrittskandidat ist, schuldig zu helfen. Die Beziehungen zu diesen Staaten dürfen nicht verschlechtert werden, nur weil die 5+1 Staaten etwas früher zu Beitrittsverhandlungen mit der EU eingeladen wurden.

Das muß auch im Westen nicht nur als Phrase gesehen werden, sondern auch in der Praxis berücksichtigt werden.

3. In Bezug auf die Bedeutung der Infrastruktur innerhalb des Integrationsprozesses muß konstatiert werden, daß es wirtschaftlich eine unglaublich starke Intensivierung der Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und den Beitrittskandidaten gegeben hat. Dabei ist Polen nicht nur, aber auch Transitland für den Verkehr nach Rußland, Weißrußland und Litauen. Tschechien ist dagegen weniger Transitland und es ist auch kein Zufall, daß die erste größere ungarische Autobahn nach Wien gebaut wurde.

Christoph von Marschall:

Vielen Dank, Herr Holzer. Sie haben das Baltikum angesprochen. Wenn wir bei der nächsten Erweiterungsrunde einen baltischen Staat ausklammern würden, werden wir ganz große Probleme bekommen, wenn dann eine EU-Außengrenze das Baltikum teilt. Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen und allen Referenten für die Beteiligung an der Diskussion und für Ihre Aufmerksamkeit und darf das Wort weitergeben an Herrn Standke, der Ihnen nun die Zusammenfassung der Tagungsergebnisse präsentieren wird.

IX. ZUSAMMENFASSUNG DER TAGUNGSERGEBNISSE

KLAUS-HEINRICH STANDKE

EINFÜHRUNG

Vielen Dank, Dr. von Marschall, daß Sie zweimal die Gesprächsleitung im Rahmen unseres Symposiums übernommen haben.

Ich danke auch besonders Herrn Botschafter Cerny, der kaum von Prag aus in Bonn sein neues Amt angetreten hat, unser Symposium als Rahmen für seinen ersten offiziellen Auftritt in Deutschland gewählt hat. Für diese freundschaftliche Geste sind wir Ihnen ganz besonders dankbar.

Und schließlich möchte ich auch unserem heutigen Gast aus Polen, Professor Holzer, vielmals für sein Kommen danken und dafür, daß er die polnische Seite hier auf eine so überzeugende Weise vertreten hat.

Ich möchte Ihnen nun zum Abschluß dieses Symposiums eine notwendigerweise sehr subjektive Zusammenfassung der wichtigsten Tagungsergebnisse vortragen:

Bei der Eröffnungssitzung habe ich schon darauf hingewiesen, dass im Mittelpunkt der Überlegungen - trotz vieler Gemeinsamkeiten der zu behandelnden Themen zwischen allen EU-Staaten und allen beitriftswilligen MOE-Staaten - die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Konsequenzen der EU- und NATO-Osterweiterung von drei ausgewählten Ländern stünden, nämlich von Deutschland, Polen und Tschechien. Entscheidend für diese Auswahl war der Umstand, daß Polen und Tschechien als einzige der beitriftswilligen MOE-Staaten eine gemeinsame Grenze mit Deutschland haben und überdies durch vielfältige historische oft leidvolle Erfahrungen und Grenzverschiebungen

mannigfacher Art im Lauf der Jahrhunderte auf ganz besondere Weise miteinander verbunden sind.

Des Weiteren wurde in der Einführung betont, dass die ‚unsichtbare Agenda‘ sozusagen als Leitmotiv in jedem der zu behandelnden acht Tagesordnungsbausteine die im Tagesordnungspunkt VI gesondert herausgestellten ‚Sensiblen Themen bei der NATO- und EU-Erweiterung‘ seien und die von diesem schicksalhaften Prozeß ausgelösten Hoffnungen und Ängste bei den direkt und auch bei den indirekt Beteiligten.

I. DIE POLITISCHE DIMENSION

Die an der Behandlung dieses Themas beteiligten Diplomaten aus Deutschland, Polen und Tschechien stellten zu Anfang die Sinnfrage der ihnen vorgegebenen Themenstellung, denn schließlich "Alles ist Politik". Dies ist neben der omnipräsenten ‚Sensibilität‘ der zweite ‚rote Faden‘, der sich durch alle Tagungsordnungspunkte zieht.

Während Christoph von Marschall als Gesprächsleiter die Eingangsfrage stellte: "Wer verändert sich im Prozeß der EU- und NATO-Osterweiterung?" und die Antwort gab: "Beide Partner müssen sich anpassen", meinte der tschechische Gesandte, Boris Lazar, zwar habe es am Ende des Kalten Krieges im Jahre 1989 auf keiner Seite Verlierer gegeben, sondern nur Sieger; dennoch müsse er feststellen, daß es bei der deutschen Wiedervereinigung keine Synthese von Westdeutschland und Ostdeutschland gegeben habe, sondern in Ostdeutschland seien die westlichen Werte übernommen worden. Die EU mache nun das gleiche mit den MOE-Ländern. Eine Übernahme anderer Werte sei aber keine einfache Sache.

Für ihn ist der starke Druck, den die ‚Agenda 2000‘ zur Erreichung der Aufnahmekriterien in die EU ausübe, insgesamt ‚sehr positiv‘. Bei der Erreichung dieser Kriterien sei die Hilfe der westlichen Partner, insbesondere Deutschlands, sehr wichtig.

Der Gesandte der Republik Polen, Jerzy Marganski, sieht für sein Land bei der Aufnahme in die NATO keine Interessenunterschiede gegenüber den Verhandlungspartnern. Durch die vorgesehene Aufnahme Polens in die EU und in die NATO wird die Jaltateilung Europas endgültig aufgehoben. Dennoch ist festzustellen, daß die ursprünglich überschwengliche Euphorie in Polen gegenüber der EU einer kritischeren Haltung Platz macht. Waren es zunächst 90% der Bevölkerung, die den polnischen EU-Beitritt unterstützten, so sind es inzwischen nur noch 64%. Sie ist damit insgesamt immer noch überwiegend pro-europäisch und es gibt keinen Zweifel an dem ungeteilten Wunsch nach einer vollen EU-Mitgliedschaft, die Polen "einen Teil Europas zurückgibt" und in der die Nordflanke künftig eine größere Rolle spielen wird.

Die weitere Öffnung der EU bedeutet für alle Mitglieder zwangsläufig eine größere Teilnahme an den Problemen der Nachbarländer, mehr Handel aber auch mehr politische Kontakte. Sowohl die EU aber auch die NATO müßten nach der Erweiterung ihre Rollen neu definieren. Die neuen Mitglieder würden schließlich nicht nur die Mitgliederzahl erhöhen, sondern sie würden auch eine neue Qualität einbringen.

Die Reform der Agrarpolitik der EU wird nicht leichter als die Reform der polnischen Agrarpolitik.

Eine ‚E-25‘ sei zweifelsohne schwieriger als die gegenwärtige ‚E-15‘. Die neuen Mitglieder müßten daher möglichst schnell und möglichst reibungslos in die EU-Strukturen integriert werden. Intergouvernementale Mechanismen könnten dabei helfen. Als Beispiel nannte der polnische Gesandte das ‚Weimarer Dreieck‘, welches als Diskussionsforum konzipiert worden sei, welches aber auch konkrete Projekte konzipieren könne.

Albrecht Conze (Auswärtiges Amt) trat Spekulationen entgegen, neben dem ‚Weimarer Dreieck‘ könne es beliebig viel andere ‚Dreiecke‘ geben: "Das ‚Weimarer Dreieck‘ ist etwas ganz Besonderes". Außenpolitik sei entweder ‚bilateral‘ oder ‚multilateral‘, bei allen anderen Konstellationen stehe der politische Nutzen oft nicht im Verhältnis zum betriebenen Aufwand.

Er stellte fest, daß die EU-Osterweiterung sich allein schon deswegen grundsätzlich von der NATO-Osterweiterung unterscheide, weil die USA bei dieser ein entscheidendes Mitspracherecht besitzen. Für die beitragswilligen MOE-Länder zur NATO gelte das ‚Hamlet-Prinzip‘ aus der Schlußakte von Helsinki: "*The right to be - or not to be - a member of an alliance.*"

Was die künftige NATO-Erweiterung über die drei Kandidaten Polen, Tschechien und Ungarn hinaus anbelangt, so sei der Weg dieser ersten drei nicht unbedingt derselbe für die anderen.

Was die Frage nach einer Führungsrolle Deutschlands in diesem Prozeß anbelange, so sei aus den bekannten Gründen ‚derzeit nicht viel geistige Kapazität festzustellen, die über Deutschland hinausdenke‘. Die EU-Osterweiterung werde zweifelsohne eine stärkere politische Änderung auch der politischen Position Deutschlands mit sich bringen als dies noch gegenwärtig in der Öffentlichkeit perzipiert werde.

In der anschließenden animierten Diskussion bezeichnete der Leiter der politischen Abteilung der Russischen Botschaft in Berlin, Nikolai Platoschkin, die NATO-Osterweiterung als großen Fehler, der die russischen Reformkräfte zunehmend ins Abseits treibe. Die NATO-Osterweiterung werde sich als schwersten Fehler für die Demütigung eines Landes nach den Versailler Verträgen erweisen.

Auf die Frage von Godehard Uhlemann, Ressortleiter Außenpolitik der Rheinischen Post, ob die Osterweiterung der EU nicht die bereits erhebliche Europaverdrossenheit in der Bevölkerung noch vergrößere, antwortete der Vertreter des Auswärtigen Amtes, daß in der Tat das Programm der ‚Agenda 2000‘ eine Herkulesarbeit sei, aber um etwas erreichen zu können, müßte man auch die Kraft besitzen, unpopulär sein zu können. Das Reformprogramm der EU berge viel Zündstoff. Vor allem gelte es daher, den in Deutschland jahrzehntelang gültigen Konsens zwischen Regierung und Regierten nicht zu gefährden.

II. DIE SICHERHEITSPOLITISCHE DIMENSION

Die Einführung in die Thematik und die Gesprächsleitung hat Wolfgang Harms übernommen. Er stellte die Eingangsfrage, warum sich Rußland durch die NATO-Osterweiterung, die ein eindeutiges Verteidigungsbündnis sei, bedroht sähe.

General a.D. Werner von Scheven sieht den Begriff der ‚NATO-Osterweiterung‘ als mißverständlich, weil es sich bei den drei betroffenen Ländern schließlich nicht um Osteuropa handele, sondern um Mitteleuropa. Während die alte Bundesrepublik atlantisch orientiert war, richtet das neue Deutschland seinen Blick von der Mitte Europas aus, ohne die transatlantische Dimension zu vernachlässigen.

Das "Modell Europa" müsse seine Optionen ausloten: Folgt es im Verhältnis zu den USA dem britischen Modell oder im Verhältnis zu Rußland dem französischen Modell? Sehen sich Europa und die USA primär als Handelspartner oder als Rivalen? Reicht die G-7 als Koordinierungsmechanismus aus?

NATO und EU seien zwei Bausteine einer europäischen Friedensstruktur. Das NATO-Programm ‚Partnerschaft für den Frieden‘ insbesondere mit Rußland sei ein wichtiger Bestandteil dieser gesamteuropäischen Friedensstruktur. Die NATO-Erweiterung dürfe unter keinen Umständen als Provokation für Rußland empfunden werden.

In seiner Gastrede führte General v. Kirchbach aus, daß die NATO von heute längst nicht mehr die NATO des Kalten Krieges sei. Das Bündnis stelle sich in wachsendem Maße neuen Aufgaben wie z.B. dem friedensstiftenden Einsatz in Bosnien. Die Zielsetzung der NATO sei die Bereitschaft zur Verteidigung des Bündnisgebiets aufrecht zu erhalten.

Die mit großer Mehrheit fraktionsübergreifend erfolgte Zustimmung des Deutschen Bundestages zur Osterweiterung der NATO gebe diesem Prozeß eine wichtige demokratische Legitimation. Eine ähnliche Zustimmung erwarte Werner von Scheven vom U.S.-Kongreß.

Für Deutschland liege es im ureigensten Interesse, daß es von nun an nicht nur von Bündnispartnern im Westen, sondern auch im Osten umgeben sei. Im Kern schaffe die Öffnung der NATO für die drei MOE-Länder eine neue Stabilität, weil es einen Raum bilde, in dem es keinen Krieg mehr gäbe.

Der neue NATO-Rußland-Rat wurde geschaffen, funktionsfähig erarbeitet und schließt die Ukraine mit ein. General von Kirchbach zufolge wird und darf es keine Absprachen in der NATO zu Lasten Rußlands geben.

III. DIE WIRTSCHAFTLICHE DIMENSION

Manfred Busche wies eingangs - ebenso wie Winfried Häusle (Bundesministerium für Wirtschaft) - darauf hin, daß die deutschen Wirtschaftsbeziehungen mit den MOE-Ländern im Jahre 1997 mit einer Steigerung von rund 25 % gegenüber dem Vorjahr neue Rekordhöhen erreichten und inzwischen etwa 10 % des gesamten deutschen Außenhandelsvolumens ausmachen. Damit fiel die Steigerung doppelt so hoch aus wie die des gesamten deutschen Außenhandels. Bei Exporten in die MOE-Länder in Höhe von gut 92 Mrd. DM und Importen in Höhe von 75 Mrd. DM ergab sich ein Handelsüberschuß im Osthandel zu Gunsten Deutschlands in Höhe von 17 Mrd. DM. Auf die zehn beitriftswilligen MOE-Länder entfielen rund 70 % an diesem Osthandelsvolumen. Die MOE-Länder konnten ihre Exporte nach Deutschland ebenfalls um rund 25 % steigern.

Für die Integration der Volkswirtschaften der zehn beitriftswilligen MOE-Länder stellt die Kommission im Rahmen ihres Programms zur technischen Hilfe, PHARE, rund 45 Mrd. ECU für den Zeitraum 2000-2006 bereit. (Zum Vergleich der Größenordnung, sofern dieser überhaupt möglich ist: Die innerdeutschen Transferzahlungen sind pro Jahr ungefähr doppelt so groß wie die technischen Hilfsleistungen der EU für alle 10 Beitrittskandidaten).

Im Strukturfonds der EU-Kommission standen in den Jahren 1993 - 1999 etwa 200 Mrd. ECU zur Verfügung, dieser Betrag soll in den Jahren 2000-2006 auf 275 Mrd. ECU aufgestockt werden. Davon sollen rund 45 Mrd. ECU für die Beitrittsländer reserviert werden.

Die bisherigen Empfängerländer, vornehmlich die südlichen EU-Staaten - aber auch EU-Gründungsmitglieder wie Deutschland oder Frankreich - sehen hierdurch ihre Besitzstände gefährdet: "Die Verteilungskämpfe innerhalb der EU haben bereits begonnen".

Für Václáv Lavicka von der tschechischen Tageszeitung DNES hängt die Beitrittsfähigkeit der Tschechischen Wirtschaft davon ab, wie schnell es ihr gelingt

* eine deutliche Reduzierung des Abstandes beim tschechischen BIP pro Kopf zum EU-Durchschnitt zu erreichen. Dieser liege nominell bei rund 20 % der EU, auf Grund der Kaufkraftparität bei rund einem Drittel. Im Vergleich zu Deutschland liege das tschechische BIP bei knapp 14 %;

* eine Annäherung an die aggregierten EU-üblichen Größenordnungen bei der jährlichen Inflationsrate und bei dem Zinsniveau zu erreichen. In der Rückschau meinen manche Beobachter, wie kürzlich der Gouverneur der tschechischen Nationalbank, Pavel Kysilka, daß der vielbewunderte schnelle Aufschwung der tschechischen Wirtschaft in den Jahren 1994-1997 insgesamt ungesund war: "Wir waren im Auto zu schnell unterwegs, das zahlreiche Konstruktionsmängel aufweist".

Die tschechische Regierung habe Sorge, daß eine Einschränkung beim freien Verkehr von Arbeitskräften die Funktionsfähigkeit des Binnenmarktes hemmen könne. Eine eingeschränkte Mobilität impliziere auch eine Einschränkung bei der Beweglichkeit von Kapital und Dienstleistungen. Herr Lavicka warnte in diesem Zusammenhang vor den Aussagen kürzlich in Deutschland und Österreich veröffentlichter Studien, denen zufolge gerade diese Staaten befürchteten, von billigen Arbeitskräften aus dem Osten überschwemmt zu werden. Im Falle der Tschechischen Republik sehe er für diese Sorge keine Berechtigung: "Unser Land verfügt über keine arbeitsmigratorische Tradition. Zudem kommt, daß das Interesse zum ‚Pendeln‘ deutlich nachgelassen habe. Unter Voraussetzung einer dynamischeren Wirtschaftsentwicklung ist von einem baldigen Angleichen der Lohnniveaus mit den benachbarten EU-Staaten zu rechnen." Insgesamt ist er der Auffassung, daß die Tschechische Republik auf dem besten Wege sei, die makroökonomischen Voraussetzungen für eine Aufnahme in die EU zu erreichen.

Heinrich Machowski vertrat die Auffassung, daß die EU seit Amsterdam nicht erweiterungsfähig sei. Weder in Amsterdam noch in Luxemburg wurden Entscheidungen getroffen, die die hierfür erforderlichen Voraussetzungen geschaffen hätten. Er warnte davor, alle im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung genannten Zahlen für bare Münze zu nehmen: "Alle Zahlen sind unverbindlich und haben keinen größeren Aussagewert als das heutige Datum". Die Osterweiterung - dies werde gelegentlich vergessen - sei völlig anders als alle bisherigen Erweiterungsrounden. Dieses Mal gehe es um die Verbindung alter und junger Marktwirtschaften, um die Verbindung von entwickelten und unterentwickelten Volkswirtschaften. Ein weiterer häufig nicht ernst genug genommener ‚Stolperstein‘ vor der nächsten Erweiterungsrounde sei die Zypernfrage.

Machowski zitierte gewichtige Meinungen wie die des als erweiterungsfreundlichen luxemburgischen Ministerpräsidenten, Jean-Claude Juncker, der in ganz Westeuropa einen wachsenden Widerstand gegen die Osterweiterung diagnostiziert habe. Die Gewerkschaften wünschten keine EU-Erweiterung vor dem Jahre 2005 - besser noch nicht vor dem Jahre 2010. Die CSU verlange, daß die Freizügigkeit der Arbeitskräfte für die Beitrittskandidaten nicht vor dem Jahre 2015 erlaubt werden dürfe.

Der Bundesregierung hielt Machowski Unglaubwürdigkeit vor, mit ihrer Haltung gleichzeitig die Osterweiterung zu unterstützen und die Agrarreformen der Agenda 2000 aber abzulehnen und überdies als Nettozahler von der EU Geld zurückzufordern. In dieser Frage lesen wir heute ein Zitat im ‚Tagesspiegel‘ wonach der SPD-Kanzlerkandidat Gerhard Schröder den bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber (und damit auch die These von Heinrich Machowski) unterstützt: "Deutschland sei als Partner beliebter, wenn es kalkulierbarer sei und stabiler sei: Das innerdeutsche Chaos wird von den Nachbarn mit großer Sorge gesehen."

Wolfgang Schaaf stellte die nach seiner Auffassung im Grunde unvergleichbaren Privatisierungskonzepte Ostdeutschlands, Polens und Tschechiens gegenüber. Er hält beide Länder, Polen und Tschechien, reif für die Beitrittsverhandlungen. Für ihn ist allerdings das Jahr 2001 Illusion, bis 2004 seien wegen des großen Nachholbedarfs weitere erhebliche Anstrengungen nötig:

* in Tschechien auf dem Gebiet des ‚Institution Building‘

* in Polen auf dem Gebiet des weiteren Realisierens der bestehenden Privatisierungspläne und der wichtigen Regionalreform.

Nach Herstellung des Konsenses in beiden Ländern für den EU-Beitritt, gelte es nun den - möglicherweise weitaus schwierigeren - Konsens zur Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit herzustellen. Die Notwendigkeit hierzu seien in der ‚Agenda 2000‘ nachlesbar.

IV. ERFAHRUNGEN AUS DER GRENZÜBERSCHREITENDEN ZUSAMMENARBEIT

Dieses von dem Oberbürgermeister von Zittau, Jürgen Kloß, geleitete Programm-Modul war vielleicht das wirklichkeitsnächste von allen Programmteilen des Symposiums. Es stellte eine Reihe von wenig spektakulären, aber nachvollziehbaren Erfahrungen aus dem täglichen wirtschaftlichen und sozialen Zusammenleben in den deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Grenzregionen dar.

Oberbürgermeister Kloß betonte, daß die Zusammenarbeit auf kommunaler Basis an der EU-Ostgrenze zwar von internationaler Politik beeinflußt werde, sich aber in vielen Punkten von ihr unterscheide.

Kommunalpolitik an der EU-Ostgrenze unterscheide sich völlig von den Städtepartnerschaften zwischen Städten, die hunderte von Kilometern auseinanderliegen.

Die Zusammenarbeit an der Oder-Neiße-Grenze ist aufgrund des erst 50-jährigen Bestehens der Grenze nicht vergleichbar mit der deutsch-techechischen Grenze, die in dieser Form seit 350 Jahren besteht.

Auf die folgenden Probleme der Zusammenarbeit verwies der Oberbürgermeister:

* die Notwendigkeit des Abbaus von gegenseitigen Vorbehalten der Bevölkerung aller drei Länder;

* Vorurteile nicht durch sprachliche Argumente, sondern durch Tatsachen des Zusammenlebens widerlegen;

* das Ansprechen von Problemen, die das gegenseitige Zusammenleben beeinflussen;

* Beim Diskutieren bestimmter Lösungen darf nicht immer danach gefragt werden, wer den meisten Nutzen davonträgt. Allerdings darf auch nicht immer nur einer profitieren wollen.

Helmut Moelle berichtete von der täglichen Praxis bei der Lösung von Problemen beim grenzüberschreitenden Verkehr zwischen Deutschland und Polen.

Reinhard Klein gab eine Übersicht über die Erfahrungen beim unternehmerischen Engagement der deutschen Wirtschaft im grenznahen Bereich in Polen.

V. DIE GESELLSCHAFTSPOLITISCHE UND KULTURELLE DIMENSION

Hier ging es unter der Gesprächsleitung von Gabriele Muschter um die sog. ‚weichen Faktoren‘ der Osterweiterung, nämlich die gesellschaftspolitische und die kulturelle Dimension. Durch die Zusammensetzung des ‚Panels‘ hat der kulturelle Aspekt dieser Frage dominiert, während die gesellschaftspolitischen Fragestellungen eher im Themenkomplex VI (‚Sensible‘ Themen) behandelt wurden.

Frau Muschter betonte, daß die menschliche Dimension des europäischen Einigungsprozesses vor allem auch eine kulturelle sei: "Kultur ist unverzichtbarer Bestandteil des Lebens jedes einzelnen und der Gesellschaft als Ganzes - sie kann den Fortgang der Annäherung wesentlich beeinflussen und fördern, sie ist also ein wichtiger gesellschaftspolitischer Faktor, der auch zum Wirtschaftswachstum beiträgt." Sie wies darauf hin, daß das vereinte Deutschland im kleinen vergleichbare Probleme habe wie das vereinte Europa im großen - es komme für beide darauf an, eine neue Identität zu entwickeln. Nicht genügend gefragt und diskutiert werde das zentrale Problem der Suche nach einem gemeinsamen europäischen Identitätsempfinden. Gibt es ein solches eher unter den Ost- und Mitteleuropäern oder eher unter den Westeuropäern? Auch hier könne in gewisser Weise Deutschland als Erfahrungsmodell gelten.

Sie stellte die Fragen - die Gegenstand einer eigenen Konferenz des ‚Villa Kampffmeyer-Typs‘ sein könnten: "Gibt es ein gemeinsames europäisches Erbe und wie kann man es zur Geltung bringen, ohne nationale und regionale Vielfalt zu verdrängen? Wie verhält es sich mit den Sprachen? Sie beklagte in diesem Zusammenhang - anders als Anfang der Neunziger Jahre - die nachlassende Neugierde der Künstler im Westen Europas auf Begegnungen mit ihren Kollegen in Mittel- und Osteuropa.

Die wechselseitige Kenntnis und das wechselseitige Verständnis von Geschichte und Kulturen europäischer Völker ist nach wie vor außerordentlich unbefriedigend. Wichtig sei, Grenzen und Möglichkeiten nicht nur innerhalb von Konferenzen zu benennen, sondern konkrete ost-westeuropäische Projekte zu initiieren.

Für Dietger Pforte besteht eines der wesentlichen Probleme in der kulturellen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn in dem föderativen deutschen Kultursystem, d. h. konkret im Fehlen eines zentralen Ansprechpartners. Im Prozeß des Zusammenwachsens von Europa und nach der Einigung Deutschlands erweist sich das kulturpolitische Instrumentarium Deutschlands als unzulänglich. Den europäischen Verbündeten fehle ein ständiger kompetenter Ansprechpartner in kulturpolitischen und kulturellen Angelegenheiten. Es müsse leichter möglich sein für die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen und Bayern mit ihren östlichen Nachbarn eine gemeinsame regionale Kulturpolitik betreiben, so wie Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, das Saarland und Nordrhein-Westfalen mit ihren westlichen Nachbarn.

Unter dieser Voraussetzung würde Deutschland die von ihm gebildete Brücke für die Kulturen Ost- und Westeuropas, Nord- und Südeuropas begehbarer und belastbarer machen können, weil der Bund die gesamtstaatlichen und die europäischen kulturpolitischen Interessen nicht bloß koordinieren, sondern im Konzert mit den europäischen Nachbarn Kulturpolitik gestaltend betreiben könnte.

Auch auf dem Gebiet der Kulturpolitik sollte das Europa der Regionen endlich die aus der Kleinstaaterei erwachsene Mentalität der gegenseitigen Ab- und Ausgrenzung überwinden.

Berthold Ettrich illustrierte anhand zahlreicher Darstellungen am Beispiel der Fürst Pückler'schen Parks seine Überlegungen zur Erhaltung und Zusammenführung eines europäischen Gartenkunstwerkes in einer historisch bestimmten Kulturlandschaft in der Mitte des neuen alten Europas.

VI. ‚SENSIBLE‘ THEMEN

Wir haben in Teil I der Veranstaltung gelernt, daß ‚alles Politik ist‘ und wir haben in Teil VI der Veranstaltung gelernt, daß alles gleichzeitig auch ‚sensibel‘ ist.

Der Gesprächsleiter Hanns-D. Jacobsen führte in die Diskussion mit 7 Thesen ein:

1. Die Dimensionen der Sensibilität beginnen sich erst allmählich zu entfalten.
2. Fragen der nationalen Identität in Ost- und Mitteleuropa gewinnen an Bedeutung.
3. Die Lastenteilung in NATO und EU ist unklar.
4. Die vielfältigen Konsequenzen des Anpassungsschocks sind noch nicht absehbar.
5. Die Komplexität des EU-Beitrittsprozesses ist größer als bei bisherigen Erweiterungsrounds.
6. Hoffnungen (gottlob - möchte man hinzufügen) überwiegen vor den Ängsten.
7. Beide Seiten müssen zu Kompromissen bereit sein.

Frau Ludmilla Rakusanova erinnerte daran, daß die Eingliederung Tschechiens in die euroatlantischen Strukturen zwar seit Jahren erklärtes Ziel der tschechischen Außenpolitik sei, daß aber selbst Präsident Václav Havel und der einstige tschechoslowakische Außenminister, Jiri Dienstbier, nach der Wende einige Zeit brauchten, um zu verinnerlichen, daß die NATO nicht beabsichtige, sich nach dem Zerfall des Warschauer Paktes ebenfalls aufzulösen. Andererseits ging Jiri Dienstbier in seinem Buch 'Träumen über Europa' bereits in den Achtziger Jahren von einem blockfreien Kontinent mit einem vereinigten Deutschland aus.

Nährboden fänden die NATO-Zweifler nicht nur in historischen Reminiszenzen (Zeitzeugen des Münchner Abkommens seien noch unter uns), sondern auch in der nach 1989 wieder wachsenden Angst vor dem mächtigen Nachbarn Deutschland.

Das Verhältnis zur Slowakei dürfte auch durch Tschechiens angestrebte Mitgliedschaft in der EU verändert werden. Nach einem tschechischen EU-Beitritt wird die einstige Landesgrenze zwischen Mähren und der Slowakei zur EU-Außengrenze.

Von dem von Václav Klaus oft zur Schau getragenen 'Euroskeptizismus' fehle derzeit in Prag jede Spur. Man setze sich auch nicht damit auseinander, ob die Gründe dafür vielleicht nicht in einem unausgestandenen Trauma aus dem Zerfall der Tschechoslowakei und der damit verbundenen Angst vor Kompetenzabgabe an Brüssel zu suchen sei.

Für Tschechien sei es wichtig, im Lande eine offene Auseinandersetzung mit historischen Altlasten im Bezug auf die Nachbarvölker zu führen. Geschähe dies nicht, so sei nicht auszuschließen, daß sich die Tschechinnen und Tschechen letztlich (in einem Referendum etwa) selbst die Tür zur EU zuschlagen könnten. Aus dieser Sicht sei es günstig, daß der EU-Beitritt nicht unmittelbar bevorstünde. Noch sei die EU- und NATO-Problematik nur innenpolitische Frage. Das wirkliche Ausmaß der Beitrittsunterstützung würde sich wohl dann erst zeigen.

Rolf Seutemann hat in 12 thesenartigen Aussagen zur Osterweiterung der EU seine Überlegungen aus der Sicht des deutschen Arbeitsmarktes insbesondere vom Standort Berlin-Brandenburg dargestellt:

1. Angespannte Arbeitsmarktsituation insbesondere in den neuen Bundesländern
2. EU-Osterweiterung verstärkt Kohäsionslücke
3. Weitere wirtschaftliche Integration wird Arbeitslosigkeit in den MOE-Staaten zunächst erhöhen
4. Innergemeinschaftliche Arbeitskräftewanderung ist gering
5. Besonders sensible Bereiche: Bauwirtschaft und Agrarsektor
6. Neuer und erheblicher Wanderungsdruck für die EU-Staaten seitens der MOE-Staaten
7. Rücknahme der Werkvertragsbeschäftigung
8. Beschränkung der Saisonbeschäftigung
9. Geringe Grenzgängerbeschäftigung
10. Mobilität und Freizügigkeit: Weniger als 2 % der EU-Bürger leben derzeit in einem anderen Mitgliedstaat
11. Schrittweise Einführung der Freizügigkeit, um Überforderung der heimischen Arbeitsmärkte zu vermeiden
12. Verschärfung der Jugendarbeitslosigkeit

In einem Ausblick über die zu erwartende Entwicklung zeigte Rolf Seutemann auf, daß die demographische Entwicklung Deutschlands in jedem Falle längerfristig eine Zuwanderung notwendig mache, da die Alterspyramide sich tendenziell umkehre. So bedürfe es bis etwa 2010 einer Nettozuwanderung von jährlich ca. 200.000 Personen, um das Potential ungefähr auf dem heutigen Stand zu halten. Gleichwohl dürfe das Zuwanderungspotential diese Größenordnung bei weitem übersteigen. Zudem sei die qualifikatorische Komponente zu berücksichtigen. Der Lohndruck auf Einfachqualifikationen würde enorm zunehmen. Mit Auswirkungen auf die inländischen Arbeits-, Tarif- und Sozialbedingungen müsse gerechnet werden. Hier gälte es, durch schrittweise Liberalisierung der Freizügigkeit Überforderungen ansässiger Arbeitsmärkte zu vermeiden.

Wolf Burkhard Wenkel gab vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen als Hauptgeschäftsführer der Fachgemeinschaft Bau in Berlin und Brandenburg eine Reihe von illustrativen Beispielen aus seiner Branche über die unmittelbare Auswirkung der Mobilität von Arbeitskräften aus Niedriglohnländern der EU (aus Portugal, Spanien, Griechenland, aber auch aus Großbritannien) sowie in wachsendem Maße aus den Nachbarländern im Osten Deutschlands.

VII. DIE ‚AGENDA 2000 DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION‘

Eckart D. Stratenschulte stellt als Gesprächsleiter 8 einleitende Thesen vor:

1. Die Zeit der wohlfeilen Gemeinplätze ist vorbei. Nicht nur die Kandidatenländer, sondern auch die EU selbst stehe unter starkem Veränderungsdruck.
2. Die Erweiterung der Union schafft diesen Druck nicht, aber sie verstärkt ihn.
3. Der perspektivische Ansatz der Agenda 2000 ist ein Versuch, die vor uns liegenden Probleme anzupacken und zu lösen.
4. Die Konzentration der Strukturfonds-Mittel auf die wirklich bedürftigen Regionen in der EU ist richtig und sinnvoll, auch wenn dies in einigen Ländern - und beispielsweise auch in Berlin zu schmerzhaften Einschnitten führt.
5. Die Agrarwirtschaft der EU sei ein klassischer Fall von Planwirtschaft und funktioniert auch so.
6. Mit ihrer Aussage, das bisherige Finanzierungssystem habe sich bewährt und

solle bis 2006 nicht geändert werden, wird die Europäische Kommission nicht weit kommen.

7. Eines der zentralen Probleme werden die institutionellen Reformen sein.
8. Insgesamt ist die ‚Agenda 2000‘ ein wesentlicher Schritt vorwärts.

Bernd Kunzmann sieht in der ‚Agenda 2000‘ mehr als nur einen Anstoß für politische Diskussionen. Die Agenda 2000 sei ein Strategiepapier, das einen gangbaren Weg aufzeigt.

Er gibt einen Überblick über die Dimensionen der Finanzierung und der Finanzierbarkeit der EU-Osterweiterung aus Sicht des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission.

Für Pavel Cernoch ist die Stellungnahme der Kommission zu den Beitrittsanträgen der Länder Mittel- und Osteuropas (‚Avis‘) eines der wichtigsten analytischen Dokumente, welches nach dem Fall des ‚Eisernen Vorhanges‘ veröffentlicht wurde. Zur zentralen Frage, beinahe einer ‚Zauberformel‘ gleich, ist der Ausdruck ‚*acquis communautaire*‘ geworden, d.h. das Paket der europäischen Rechtsnormen, welcher jeder neue Mitgliedsstaat übernehmen muß. Die Agenda 2000 spielt überdies eine ganz wichtige Rolle für die Erklärung eines komplizierten Prozesses für alle die, die nicht zu den wenigen Experten der Materie gehören.

Orlof Zimmermann führt in die Diskussion um die ‚Agenda 2000‘ die globale Dimension ein, innerhalb deren sich die Osterweiterung der EU abspielt.

PERSÖNLICHE SCHLUßFOLGERUNGEN VON KLAUS-HEINRICH STANDKE:

Was sind die - sehr persönlichen- Eindrücke aus dieser ‚Tour de Force‘ von rund 22 Stunden in 9 gemeinsamen Sitzungsrunden und von vielen Einzelgesprächen? Einige prägende Zitate aus den einzelnen Programmteilen sollen stellvertretend für viele Anregungen eine Art von Zusammenfassung vermitteln:

1. Die politische Dimension:

- * ‚Alles ist Politik‘ - aber auch ‚Alles ist sensibel‘
- * ‚Der Konsens von Regierenden und Regierten darf durch die Osterweiterung von NATO und EU in den beteiligten Ländern- in West wie in Ost- nicht infragegestellt werden.‘
- * Die für die politische Führung der Länder verantwortlichen Regierungen haben die Pflicht, die Dinge beim Namen zu nennen.‘

2. Die sicherheitspolitische Dimension:

Die NATO-Osterweiterung durch die Aufnahme von Polen, Tschechien und Ungarn in das Bündnis wird von Regierungen wie von der Bevölkerung durch einen hergestellten Grundkonsens voll mitgetragen. Die Sensivität Rußlands in dieser Frage- aber auch die Sensivität der anderen MOE-Länder sowie der Ukraine- die nicht auf der ‚Short list‘ für weitere NATO-Aufnahmen stehen, sind ernst zu nehmen.

3. Die wirtschaftliche Dimension:

- * Die Nachbarländer Deutschlands im Osten dürfen nicht nur ‚Boom-Märkte‘ für den Westen sein, die Verluste im Asiengeschäft kompensieren.

* Das Handelsdefizit von Polen und Tschechien - wie im West-Ost-Warenverkehr insgesamt - hat gefährliche Ausmaße angenommen. Das ‚Handelsdefizit‘ zwischen Ost- und Westdeutschland- wenn man dies im Binnenhandel überhaupt so bezeichnen könnte- ist ein gefährliches Menetekel für eine unausgewogene Entwicklung.

* Die Herstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von Polen und Tschechien und der anderen Beitrittskandidaten muß im Interesse von beiderseitigen dauerhaften Wirtschaftsbeziehungen höchste Priorität haben.

* Die ‚Agenda 2000‘ hat dieser Thematik insbesondere in den Kapiteln "Innovationsfähigkeit durch verstärkte Forschung und technologische Entwicklung " und ‚kleine und mittlere Unternehmen‘ besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

* Im EU-Aufnahmeprozess muß darauf geachtet werden, daß die EU eine "Differenzierung ohne Diskriminierung" vornimmt und ein "Ablehnungsschock" vermieden wird, der sich mittelfristig nur negativ auf den Transformationsprozess, die Wirtschaftsentwicklung und nicht zuletzt auf die politische und gesellschaftliche Entwicklung in den betreffenden Ländern auswirken müsste.

4. Erfahrungen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Es hat sich gezeigt, daß die Behandlung dieses Themenkreises sozusagen im Mikrokosmos des täglichen Miteinanderlebens in den Grenzregionen das vorwegnimmt, was im Großen in der Konferenzthematik um die EU-Osterweiterung diskutiert wurde:

* Vorurteile nicht durch sprachliche Argumente, sondern durch Tatsachen des Zusammenlebens widerlegen.

* Ansprechen von Problemen, die das gegenseitige Zusammenleben beeinflussen.

Bei dem Ansprechen bestimmter Lösungen darf nicht danach gefragt werden, wem es am meisten nutzt- allerdings darf auch nicht immer nur einer profitieren wollen.

5. Gesellschaftspolitische und kulturelle Dimension

Mit Sorge erfüllen folgende Aussagen:

* die Neugier auf den Nachbarn läßt nach,

* gegen Null tendierendes Interesse besonders von westlicher Seite,

alte Klischees, alte Denkmuster aus dem Kalten Krieg haben viele Verwundungen verursacht und vor allem bei der älteren Generation tiefe Wurzeln geschlagen;

Fazit: Die wechselseitige Neugier im Ost-West-Verhältnis muß wieder geweckt werden.

Die Probleme müssen entschärft werden. Den Einfluß auf die Emotionen reduzieren.

6. Sensible Themen

* Alles ist Politik (siehe Kapitel I) - aber alles ist auch sensibel,

Viele Gefahren sind zu bannen, wenn wir sie benennen.

7. ‚Agenda 2000‘

* Für die einen ist die ‚Agenda 2000‘ ein Instrument eines westeuropäischen Imperialismus, mit dem die EU-Kommission die MOE-Ländern ‚gängeln‘ will,

* Für die anderen stellt die ‚Agenda 2000‘ einen großen Fortschritt dar als Dokument, das Fahrplan und die Bedingungen zur Erreichung des Zieles der EU-Osterweiterung transparent macht,

* Der Wiedervereinigung Deutschlands 1990 lag kein ähnlich ökonomischer ‚Master Plan‘ vor und es ist seitdem für den sogenannten "Aufbau-Ost" auch kein ähnliches Instrument entwickelt worden wie die ‚Agenda 2000‘,

* Auf was es ankommt, ist nicht nur in den beitriftswilligen Ländern sondern auch innerhalb der E-15 der ‚Agenda 2000‘, deren Diskussion sich in den Medien fast

ausschließlich auf den Agrarsektor beschränkt, einen größeren Bekanntheitsgrad zu vermitteln,

* Die Symposium hatte u.a. das Ziel, einen Beitrag zur notwendigen größeren Transparenz zu leisten.

8. Ausblick

Dr. Christoph von Marschall:

* Die Osterweiterung der EU wird kein einfacher Spaziergang werden,

* Es kommt entscheidend auf die Haltung an, mit der wir mit diesen Dingen umgehen,

* Wir brauchen Visionen,

* Aus der Herausforderung muß sich eine politische Dynamik ableiten, das Begonnene schneller, nicht langsamer werden.

Botschafter Frantisek Cerny:

* Die Tschechische Republik braucht Visionen. Was wird in 10 Jahren sein? Der Hinweis auf die baldige Vollmitgliedschaft und auf die damit verbundene psychologisch wichtige ‚Rückkehr nach Europa‘ ist alleine kein Konzept,

* Sorge , daß eine Volk wie Tschechien mit seinen 10 Millionen Einwohnern sich ‚als kleiner Punkt‘ in der großen EU verlieren wird,

* Sorge darüber, daß das Schaffen der europäischen Einheit zu sehr in den Händen von Fachbeamten liegt und daß die Bevölkerung sich die EU nicht wirklich vorstellen kann,

* "Europa des ‚*acquis communautaire*‘ von 80.000 Seiten",

* Fehlen einer begeisternden ‚Aufbruchstimmung‘.

Prof. Dr. Jerzy Holzer:

* Es gibt in Polen sehr unterschiedliche Erwartungen, Hoffnungen und Ängste, welche mit der NATO- und EU-Osterweiterung in einem Zusammenhang stehen. Viele dieser Emotionen sind in unterschiedlicher Intensität auch in anderen post-kommunistischen Ländern anzutreffen, die zur ersten Runde der NATO- und EU-Osterweiterung gehören,

* Man erwartet einerseits eine Sicherung des Friedens durch die NATO, aber andererseits auch eine Erhaltung der vollen Unabhängigkeit des Landes (bei einem großen Teil der Bevölkerung) oder eine gleichberechtigte Position im integrierten Europa (bei einem bedeutenden Teil der Politiker und der intellektuellen Eliten).

EU- und NATO-Osterweiterung: Konsequenzen für Deutschland, Polen und Tschechien.

TEILNEHMERLISTE:

REFERENTEN:

Busche, Manfred, Prof. Dr., Vorsitzender der Geschäftsführung, Messe Berlin GmbH,
Vorsitzender des Ost- und Mitteleuropa Vereins, Berlin-Hamburg

Cernoch, Pavel, Vertretung der Europäischen Kommission, Prag

Cerný, Frantisek, Botschafter der Tschechischen Republik, Bonn

Conze, Albrecht, Dr., Legationsrat, Auswärtiges Amt, Bonn

Eggers, Holm, Vorsitzender, Landesgruppe Niedersachsen und Regionalbeauftragter

Polen, Verband der Reservisten der Bundeswehr

Ettrich, Berthold, Direktor, Fürst-Pückler-Museum, Cottbus

Harms, Wolfgang, Prof. Dr., ehemaliger stellvertretender Vorsitzender des

Geschäftsführenden Präsidiums der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik
e. V., (DGAP), Berlin
Häusle, Winfried A., Dipl. oec., Ministerialrat, Bundesministerium für Wirtschaft,
Berlin/Bonn
Holzer, Jerzy, Prof. Dr., Direktor, Institut für politische Wissenschaften,
Akademie der Wissenschaften, Warschau
Jacobsen, Hanns-Dieter, Prof. Dr., Studienforum Berlin und Freie Universität Berlin
Kendler, Arved, Leiter, Außenstelle Berlin, Bundeszentrale für politische Bildung
Kirchbach, Hans-Peter von, Generalleutnant, Kommandierender General, IV. Korps,
Potsdam
Klein, Reinhard, Dr. Vorstand, Deutsch-Polnische Wirtschaftsförderungsgesellschaft
Kloß, Jürgen, Oberbürgermeister der Stadt Zittau
Kunzmann, Bernd, Leiter, Außenstelle Berlin des Europäischen Parlaments
Lavicka, Václáv, Leiter, Wirtschaftsredaktion, DNES Mlada Fronta
Lazar, Boris, Dr., Gesandter und Leiter der Außenstelle Berlin,
Botschaft der Tschechischen Republik
Machowski, Heinrich, Dr., Kooperationsbüro Osteuropa-Wirtschaftsforschung im
Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
Marganski, Jerzy, Dr., Gesandter und Leiter der Außenstelle Berlin, Polnische Botschaft
Marschall, Christoph Frhr. von, Dr., Der Tagesspiegel, Berlin
Meer, Antje von Groth + Graalfs GmbH, Berlin
Moelle, Helmut, Euroregion Spree-Neiße-Bober
Muschter, Gabriele, Staatssekr. a.D., Geschäftsführerin, Kulturbrauerei Berlin
Pforte, Dietger, Prof. Dr., Freie Universität, Geschäftsführer, Kulturfonds GmbH
Rakusanova, Ludmilla, Radio Free Europe,
Deutsch-Tschechisches Diskussionsforum, Prag
Schaaf, Wolfgang, Geschäftsführer, Treuhand Osteuropa Beratungs GmbH
Scheven, Werner von, General a. D., Geltow/Potsdam
Seutemann, Rolf, Vizepräsident, Landesarbeitsamt Berlin-Brandenburg
Standke, Klaus-Heinrich, Prof.E.h. Dr., Präsident, Internationale Akademie Schloß Baruth
Stratenschulte, Eckart D., Dr., Leiter, Europäische Akademie Berlin
Zimmermann, Orlof, Vorsitzender, Europa-Union Düsseldorf, Generalsekretär,
Komitee zur Förderung des Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrages e.V.

TEILNEHMER:

Ancuta, Emanoil, Stiftung für Demokratie und politische Bildung
Atzerodt, Albin
Atzerodt, Wilhelmine, Deutsche Vereinigung
Berg, Rainer, Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz
Bodnar, Peter-Ernst, GEOSTAR GmbH Berlin
Doepf, Alexander von, Deutsch-Baltischer Verein e.V., Berlin
Förster, Dietrich, Geschäftsführer, Dietrich Förster Werbeagentur GmbH & Co.,
München
Förster, Evelin, Künstlerin, Berlin
Frenzel, Gerd Dr., Leiter, Büro Berlin, Thüringische Staatskanzlei
Grether, Matthias R., Student, Freie Universität Berlin und wissenschaftlicher
Mitarbeiter, Internationale Akademie Schloß Baruth
Hagemann, Gert-Johannes, Blücher-Kaserne JgBtl 1 Berlin
Hammerstein-Loxten, Christoph Frhr.von, Geschäftsführender Gesellschafter
Hammerstein Consult GmbH

Hennings, Ulrich, Dr., Rechtsanwalt, Döser Amereller Noack - Baker & McKenzie, Berlin

Hesse, Wolfgang, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Heyer, Wolfgang von, Zentralinstitut des Sanitätärdienstes der Bundeswehr

Hille, Volker, Prof. Dr., Zentralstelle für Arbeitsvermittlung und Managementvermittlung

Jähn, Martin, Geschäftsführer, Martin Jähn & Partner, Berlin

Jurinova, Magda, Legislativni Rade Vlady, CR

Kaul, Walter, taz, Tageszeitung, Berlin

Kasikam, Tosporn, Chiang Mai University, Thailand

Keune, Christian

Keuthage, Wolfgang, Dipl.-Ing., Architekt

Klein, Friedhelm, M.A., Oberst i. G.

Knoll, Werner, Dr., ehemals Referent in der OstWestWirtschaftsAkademie,

Koebel, Gregor, Ministerium der Justiz und Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg,

Koelner, Leopold, Österreichische Botschaft

Köyer, Clemens, Standortverwaltung Berlin

Krell, Joachim, ehem. Direktor in der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung, Berlin

Krill de Capello, Hans-Heinz, Dr. Präsident, Komitee zur Förderung des Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrages e.V. Berlin/Paris

Lauer, Udo Photojournalist, Agentur Merlin, Berlin

Lißke, Michael, Landeszentrale für politische Bildung des Landes Mecklenburg- Vorpommern

Maucher, Helmut, Dipl.-Ing., Architekt, Berlin

Meisner, Friedhelm, Geschäftsführer, Wirtschaftsforschung GmbH

Momtcheva, Veneta, Gesandte und Leiterin der Außenstelle Berlin, Botschaft der Republik Bulgarien

Nemitz, Eberhard

Neugebauer, Bernhard, Dr., Botschafter a.D., Stv.Vorsitzender, Berliner Komitee für UNESCO-Arbeit e.V.

Nowak, Mirco, Dipl.-Verw. Geschäftsführender Gesellschafter, LuNo GmbH, Hamburg, kaufmännischer Geschäftsführer, Internationale Akademie Schloß Baruth

Nowak, Silke LuNo GmbH, Hamburg

Petersen, Uwe, Dr. Unternehmensberater, Berlin

Platoschkin, Nikolai Leiter der politischen Abteilung, Außenstelle Berlin der Botschaft der Russischen Föderation

Richter, Thomas, Europäische Staatsbürger-Akademie (ESTA), Berlin

Ringhand, Heide

Ringpfeil, Manfred, Prof. Dr., Geschäftsführer, Biopract GmbH, Berlin

Ruminski, Eckhard, Konrad-Adenauer-Stiftung, BW Berlin

Sandersleben, Rudolf von Schwedischer Honorarkonsul, Leipziger Messe GmbH, Chefkoordinator und Sonderbeauftragter der Geschäftsleitung, Euro-Asia Buisness Center

Schröder, Sven, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Schwefel, Erika, Dipl.-Soz. Informationszentrum für Sozialwissenschaften der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V.(ASI),AS Berlin

Sechter, Jan Presse- und Kulturattaché, Tschechische Botschaft, Außenstelle Berlin

Segbers, Klaus, Prof. Dr. phil., Universitätsprofessor, Osteuropa-Institut, FUB, Berlin

Solms-Baruth, Julian Graf zu, Fürstlich zu Solms-Baruth'sche Verwaltung, Baruth

Sötje, Peter, Vizepräsident, Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung, Berlin
Spyra, Wolfgang, Prof. Dr. Universitätsprofessor, BTU Cottbus
Standke, Eckhart, B.A., Internationale Akademie Schloß Baruth
Tschapke, Volker, Dipl.-Ing., Präsident, Preußische Gesellschaft, Berlin
Uhlemann, Godehard, Politischer Redakteur, Rheinische Post, Düsseldorf
Ullmann, Jens, Industrie-und Handelskammer Potsdam
Vetter, Friedrich, Prof.Dr. Bundeszentrale für politische Bildung, Berlin
Wagner, Dieter, Maler, Zeichenstudio "Z", Klausdorf
Wallis, Enno, Produzent, TV Wallis, Rullstorf
Warth, Stefanie, Dr.Geschäftsführerin, Euregio-Team GmbH, Berlin
Weiß, Peter von, Oberst, Information-und Pressestelle Bundeswehr,Berlin
Wild, Michael, Dr., Zivildienstschule Bodelshausen
Wilkening, Volker
Wilmer, Christian
Zimmermann, Dagmar, Bayer AG, Leverkusen

EHRENGÄSTE:

Bühler, Dr. Heinz, Kurator der Deutschen Stiftung für internationale Zusammenarbeit
Butler, Dipl.rer.pol. Carl-J. von, Generalbevollmächtigter, NCC SIAB
Butler, Ruprecht von, Hauptmann, Adjutant von General von Kirchbach
Gessler, Barbara, stv. Leiterin, Vertretung in Berlin der Europäischen Kommission
Groth, Klaus, Geschäftsführender Gesellschafter, Groth+Graalfs GmbH
Hecht, Axel, Oberstleutnant i.G., IV. Korps
Kirchner, Prof. Dr. iur. Dr.rer.pol. Christian, Humboldt Universität Berlin
Klekot, Agnes, Botschaftsrätin, Außenstelle Berlin der Botschaft der Republik Ungarn
Krauss, Dr. Herbert, Gesandter und Leiter der Außenstelle Berlin der Botschaft der
Republik Österreich
Kunze, Prof. Dr. Jürgen, Rektor der Fachhochschule für Wirtschaft, Berlin
Lazar, Dr. Boris, Gesandter und Leiter der Außenstelle Berlin der Tschechischen
Botschaft
Lewis, Peter, Zweiter Sekretär, Außenstelle Berlin, Botschaft des Vereinigten
Königreiches von Großbritannien und Nordirland
Marganski, Dr. Jerzy, Gesandter und Leiter der Außenstelle Berlin der Botschaft der
Republik Polen
Markov, Oleg, Politische Abteilung, Außenstelle Berlin der Russischen Botschaft
Meyer-Sebastian, Hans-Michael, Ministerialdirigent, Leiter des Dienstsitzes Berlin des
Bundesministeriums für Finanzen
Motlová, Hana, Politische und Nordamerika-Abteilung, Außenministerium der
Tschechischen Republik, Prag
Ozores Salveria, Alvara, Generalkonsul von Spanien
Platoschkin, Nikolai, Leiter der politischen Abteilung, Botschaft der Russischen
Föderation,
Rachmann, Rogel, Vizekonsul des Staates Israel
Romberg, Dr. Walter, Finanzminister a.D., ehem. MdEP, Teltow
Rudolph, Dr. Hermann, Chefredakteur, Der Tagesspiegel
Simmer, Jürgen, Leiter des Stabes, Landesentwicklungsgesellschaft für Städtebau,
Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg mbH, Vorsitzender des
Wirtschafts-Presse-Stammtisches Brandenburg e.V.
Speidel, Hans, Brigadegeneral, Kommandeur des Standortkommandos Berlin
Surgajew, Andrej, Politische Abteilung, Außenstelle Berlin der Russischen Botschaft
Steers, Howard, Leiter der politischen Abteilung, Außenstelle Berlin, Botschaft der

Vereinigten Staaten von Amerika
Thunig-Nittner, Dr. Gerburg, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur,
Potsdam.